C21734 E

Arbeiterkampf

Jahrg. 4 Nr. 42/10. April 74 Arbeiterzeitung des Kommunistischen Bundes 50 Pf.

Bremer Metaller sagten in der 2. Urabstimmung NEIN Zu diesem Schwindel



Bremer Vulkan: Protestversammlung der Kollegen gegen den Schlichtungs-Spruch



Bremer Vulkan: Protestversammlung der Kollegen gegen den Schlichtungs-Spruch

Freitag, 22. März 1974:
Vor rund 20 000 streikenden Metallern des Bezirks Unterweser, die in mehreren Blöcken zum Bremer Rathaus marschiert waren, erklärte der IG Metall-Bezirksleiter Otto vom Steeg für jeden hörbar:

„Heute ist der vorletzte Tag der besonderen Schlichtung. Sollten die Arbeitgeber heute und morgen wiederum kein befriedigendes Angebot vorlegen, werden wir beim Vorstand beantragen, weitere Gebiete in den Arbeitskampf zu führen."

Darüber, was ein ‚befriedigendes Angebot' ist, gingen die Meinungen zwischen den versammelten Metallarbeitern und dem wortradikalen vom Steeg freilich weit auseinander. Immerhin bezeichnete der Bezirksleiter aber 14 % Lohn- und Gehaltserhöhungen als die „unterste (!) Grenze" dessen, was für die Verhandlungsführer der IGM „akzeptabel sein könnte".

Am runden Tisch der ‚besonderen Schlichtung' (in den lauschigen Räumlichkeiten des Bremer Esso Motor Hotels) sah man es nur einen Tag später anders:

Derselbe vom Steeg (und die beiden anderen Verhandlungsstrategen der IG Metall) stimmten – ebenso wie ihre ‚Partner' von Gesamtmetall – dem Vorschlag des ‚neutralen' Schlichters zu, Löhne und Gehälter der Metaller im Jahresdurchschnitt um 12,25 % zu erhöhen. Im Einzelnen sieht das Abkommen vor, daß sich die Lohn- und Gehaltserhöhungen in drei Stufen vollziehen: ab Januar '74 sind 11, ab April 12 und ab Juli 13 Prozent vorgesehen. Ferner sollen der Jahresurlaub für 1974 und 1975 um je zwei Tage verlängert und das Urlaubsgeld von 30 auf 50 % angehoben werden.

Für die Lehrlinge wurde ein zusätzliches Trinkgeld von 70 DM (monatlich) für ausreichend gehalten. Die tarifvertraglich garantierte ‚Alterssicherung' (ab 54 Jahre) sieht zukünftig vor, daß Metaller, die einem Betrieb

Forts. nächste Seite

Japans Arbeiterklasse startet ihre Frühjahrsoffensive 74

Einen Monat früher als in den vergangenen Jahren haben die Werktätigen Japans und ihre Gewerkschaften am 26. Januar ihre traditionelle ‚Frühjahrsoffensive' mit machtvollen Kundgebungen und Demonstrationen begonnen - nach Angaben der Gewerkschaften versammelten sich allein im Meijipark von Tokio rund 50 000 Kollegen, im gesamten Lande sollen sich an diesem Tag mehr als 1 Million Arbeiter und Angestellte an parallelen Protestaktionen beteiligt haben. („SZ", 28.1.74)

Die zweite Phase des diesjährigen Lohnkampfes begann Anfang März: An Kundgebungen und Demonstrationen beteiligten sich am Sonntag, den 3. März, rund 150 000 Menschen unter der zentralen Losung „Stoppt die Infaltion". („FAZ", 4.3.74)

Ihren ersten Höhepunkt erreichte die 'Frühjahrsoffensive' '74' mit den Massenstreiks vom 26. März ff.: „An den Arbeitsniederlegungen beteiligten sich nach Gewerkschaftsangaben insgesamt 2,44 Millionen (!) Arbeiter und Angestellte. Die verschiedenen Aktionen reichten von 48 stündigen Arbeitsniederlegungen bis zu ‚Dienst nach Vorschrift' ...

Forts. Seite 13

GEKÜNDIGTE HSW-VERTRAUENSLEUTE VORM ARBEITSGERICHT

Richter baut „Eselsbrücken"

GEKÜNDIGTE HSW-VERTRAUENSLEUTE VORM ARBEITSGERICHT

Richter baut „Eselsbrücken"

Am 21. März fand vor dem Hamburger Arbeitsgericht die zweite Verhandlung der drei gefeuerten Kollegen (Mitglieder des ehemaligen Vertrauensleute-Vorstandes) gegen HSW statt.

Nachdem HSW den ersten Termin hatte platzen lassen (der Anwalt war „unvorbereitet" erschienen), waren nun schon volle 2 Monate nach der Kündigung ins Land gegangen.

Die Marschroute der HSW-Geschäftsleitung für den Prozeß war klar abgesteckt. Heißt es doch übereinstimmend in den Kündigungsschreiben (s. AK 39):

Die Kollegen hätten
- den BR, die IGM und den Unternehmer unsachlich und beleidigend kritisiert.
- IGM-interne Informationen an den KOMMUNISTISCHEN BUND weitergeleitet.
- sich nicht von einem DKP-Flugblatt distanziert, wie es der BR von ihnen verlangt hatte.
- mit einem offenen Brief – in dem sie sich gegen den Abbau der demokratischen Rechte auf Betriebsversammlungen aussprechen – den Betriebsfrieden gestört.

Daß derartige Gründe zur Kündigung herangezogen wurden, sollte allen Kollegen drohend deutlich machen, was es bei HSW heißt, die Geschäftsleitung und den BR zu kritisieren.

Sichtbar unangenehm berührt waren die HSW - Vertreter und ihre Zeugen vom großen Andrang vor dem Gerichtssaal. Es waren ca. 50 Angehörige, Freunde und Kollegen der Kläger erschienen, um beim Prozeß dabei zu sein. (Der Richter verlegte daraufhin die Verhandlung in einen größeren Saal.)

Die Geschäftsleitung (GL) der HSW war durch den Personalchef Käppeler vertreten. Er - selbst einmal Beisitzer am Arbeitsgericht - ist Mitglied der SPD und politischer Kopf der SPD - Betriebsgruppe. In dieser Funktion leitet er auch die beiden Betriebsratsfürsten Venohr (1. Vors.) und Perlbach ("Arbeitnehmervertreter" im Aufsichtsrat) an. Beide waren als Zeugen der GL (!) erschienen. Sie sollten zu dem Antrag des BR aus-

Forts. Seite 11

Bremerhaven

Der Kampf um die Kinderschule

Am 14. März 1974 wurde die „Kinderschule Finkenstraße" (ein kirchlicher Kindergarten) in Bremerhaven-Grünhöfe auf Beschluß des evangelisch-lutherischen Gesamtverbandes offiziell geschlossen und sämtliche Geldmittel gestrichen – „vorläufig", wie es von städtischer und kirchlicher Seite heißt. Eltern, Kinder und Helfer der „Kinderschule Finkenstraße" (KSF) besetzten daraufhin die Räume der Kinderschule und versuchen, die Arbeit soweit wie möglich weiterzuführen. Diese offizielle Schließung der KSF stellt den vorläufigen Höhepunkt der Angriffe dar.

Die „Kinderschule Finkenstraße" existiert seit knapp zwei Jahren. In ihr werden ca. 60 Kinder von freiwilligen Helfern und einer hauptamtlichen Kraft betreut. Die Mitarbeiter haben sich ein Ziel gesetzt, das über den Rahmen der städtischen und kirchlichen Kindergarten-Arbeit hinausgeht, nämlich anstelle der Erziehung zur (widerspruchlosen) Anpassung an die bürgerliche Gesellschaft haben sie sich zum Ziel gesetzt, den Kindern ihre Situation und die Ursachen dafür bewußt zu machen, d.h. sie sie ansatzweise klassenorientiert und -bewußt zu erziehen.

Im Laufe dieser Arbeit konnte ein guter Kontakt zu den Bewohnern des Viertels hergestellt werden. Es begannen sich Bewohneraktivitäten über den Rahmen der KSF hinaus zu entwickeln (eine Mieteraktion erkämpfte für die letzten Familien im Viertel Mietverträge). Die sich entwickelnden Aktivitäten wurden auch von der Stadtverwaltung, bzw. SPD nicht übersehen, sie „begannen sich der Sachen anzunehmen", d.h. die SPD versuchte die selbständigen Aktivitäten in den Griff zu bekommen, um sie später abzuwürgen oder wenigstens zu kanalisieren.

Zunächst ging es offiziell nur um eine „Mitträgerschaft" der Stadt. Die wirklichen Ziele kristallisierten sich jedoch relativ schnell heraus. Durch Gründung eines Entscheidungsgremiums, eines „Dachverbandes", in dem nur Stadt und Kirche sitzen sollten, sollte der Einfluß von Eltern und Helfern ausgeschaltet werden, die Kinderschule praktisch zu einem „städtischen" Kindergarten umfunktioniert werden. (Wir berichteten darüber in AK 37.)

Die Pläne von Stadt und Kirche stießen innerhalb der Bevölkerung auf großen Widerstand. Auf einer Informationsveranstaltung, die am 7.2. von den Helfern und Teilen der Bewohner durchgeführt wurde und zu der Vertreter von Kirchenvorstand, Gesamtverband (der Kirche), Stadtverwaltung und SPD eingeladen wurden, wollte man klare Auskünfte über die Zukunft der KSF bekommen.

SPD und Stadt hielten es nicht einmal für nötig, überhaupt Kenntnis von der Sache zu nehmen, während der Kirchenvorstand (KV) und der Gesamtverband (GV) sich dazu bequemten, wenigstens ihr Nichterscheinen vorher bekannt zu geben und damit zu begründen, daß sie eine Information der Öffentlichkeit zum „jetzigen Zeitpunkt" – als die Verhandlungen noch im Gange waren - für „nicht sinnvoll" hielten. Ein „inoffiziell" anwesendes Mitglied des KV warnte die Eltern und Mitarbeiter der Veranstaltung davor, „durch ihre Haltung nicht das letzte Porzellan zu zerschlagen". Als es offensichtlich wurde, daß sich Eltern und Helfer nicht einschüchtern lassen wür-

Forts. Seite 21

Texaco, Hamburg

IG Chemie Führer blasen zur Kommunisten-Jagd

In den 3 Hamburger Texaco-Werken haben die IG-Chemie-Führer (Kodolitsch & Co.) samt ihrem Anhang aus rechten Sozialdemokraten, CDU'lern, sog. „Unabhängigen" und politisch – noch! – heimatlosen Rechten unter dem Schutz der Texaco-Bosse zur Treibjagd auf fortschrittliche und kommunistische Gewerkschafter geblasen. In einem geschickten Rollenspiel – die hier genannte Garde arbeitet nur ungern allzu offen zusammen – soll eine rechte Formierung der Texaco-Kollegen betrieben, der bisherige Einfluß der Gewerkschaftslinken gebrochen, die Politik des Öl-Konzerns in der Kollegenschaft durchgesetzt und dieselbe wehrlos gemacht werden.

Der erste Schlag der Antikommunisten wurde im gewerkschaftlichen Vertrauenskörper Grasbrook gestartet: Rausschmiß von 3 linken Vertrauensleuten. Kurz darauf wurde einer der geschaßten Vertrauensleute gekündigt. (Vergl. AK 38). In einer mehrseitigen „persönlichen Erklärung" dieser drei wurde die Auseinandersetzung im VLK Grasbrook den Kollegen erklärt, ebenso die Hintergründe für diesen Schlag der Rechten. – Ein ähnliches Vorgehen der Gewerkschaftsführer im Wilhelmsburger Werk konnte von den Linken dort vorerst verhindert werden (Vergl. AK 38). Hier hat Kodolitsch sogar seinen Posten zugunsten eines anderen Sekretärs der IG-Chemie geräumt, nachdem er eine Reihe von Abstimmungs-Niederlagen hatte hinnehmen müssen.

Forts. Seite 4

Forts. Bremer Metaller

ununterbrochen fünf Jahre angehört haben, volles Gehalt erhalten – und ‚nur' noch aus „wichtigem Grund" (? !) gekündigt werden können.

Damit unterscheidet sich dieser Abschluß nur um e i n e n Prozentpunkt von jenen Tarifabkommen, die von den sozialdemokratischen Gewerkschaftsführern bereits für rund 4 Millionen Metallarbeiter in zehn Bezirken abgesegnet wurden, ohne, daß auch nur erwogen wurde, die Arbeiter dieser Bezirke für die Durchsetzung i h r e r Forderungen zu mobilisieren.

Der Metall-Abschluß im Bezirk Unterweser unterscheidet sich vom Abschluß im Öffentlichen Dienst (wo durch den Mindestbetrag von 170,- DM für jeden im Schnitt immerhin noch 13 % herauskommen) dadurch, daß er noch schlechter ist.

In Kenntnis dieser unleugbaren Tatsachen phantasierte der IG-Metall-Führer Otto vom Steeg unmittelbar nach dem Abschluß vor der Presse:

„Wenn das Lohnergebnis auch noch Wünsche offenläßt, so können wir das Ergebnis dennoch als Erfolg buchen." („Weserkurier", 25.3.)

IG Metall-Chef Loderer betonte sogar vor Journalisten: *„Ich bin mit dem Ergebnis s e h r zufrieden."* („Weserkurier", 25.3.) Man sieht ja, je gehobener die Stellung der Sozialdemokraten in der Gewerkschaftsbürokratie ist, um so weniger fühlen sie sich durch die Stimmung in der Ar-
sich durch die Stimmung in der Arbeiterschaft ‚gehemmt'.

Da das Ergebnis der ‚besonderen Schlichtung' den Metallern wenigstens pro forma noch zur Urabstimmung vorgelegt werden mußte, wandte die IG Metall-Bezirksleitung viel Energie auf, um den ‚Erfolg' glaubhaft darzustellen. „14,85 % – Das ist erreicht!" verkündete O. v. Steeg in den „Metall-nachrichten" vom 25. März.

Um zu dieser phantasievollen Marke zu gelangen, hat vom Steeg einfach die Urlaubsgelderhöhung auf den Monat ‚umgerechnet' und die so ermittelten 2,6 % mit der Lohn- und Gehaltserhöhung addiert.

Dieser erbärmliche Schwindel liegt ganz auf der Linie kapitalistischer „Kostenrechnungen": So wurde von „Gesamtmetall" auch noch die Verlängerung der Urlaubs z e i t in Prozente (1 % mehr!) „umgerechnet" und den übrigen Verbesserungen zugeschlagen.

„Die Kollegen haben jetzt das letzte Wort" (DKP-Kommentar zur 2. Urabstimmung)

Drei Wochen Streik – und dann dieses elende Ergebnis!

Dafür hatten die Arbeiter nicht den Kampf (mit allen seinen Entbehrungen) aufgenommen. Und das brachten sie auch in der Urabstimmung zum Ausdruck:

Von den 25.699 abgegebenen Stimmen lauteten

NEIN	16.382	= 56,81 %
JA	9.235	= 32,02 %

(rund 3.000 Kollegen waren nicht zur Urabstimmung gegangen).

Besonders groß war die Empörung und Ablehnung bei großen und kampferfahrenen Betrieben, wie z. B. dem Bremer Vulkan. Dort hatten sich noch am Morgen vor der Urabstimmung in einer nicht „offiziellen" Versammlung 2.500 Arbeiter und Angestellte vor den Werkstoren versammelt, um ihren Protest gegen den Schlichtungsschwindel zum Ausdruck zu bringen.

Ein Kollege brachte auf den Punkt, was alle Versammelten empfanden: **„Diese Gewerkschaftsführung handelt gewerkschaftsschädigend und begeht Arbeiterverrat, deshalb muß sie aus unserer Gewerkschaft ausgeschlossen werden."** (nach „KVZ"-Extra, 28.3.74)

Es wurde dazu aufgerufen, in der Urabstimmung mit NEIN zu stimmen: Ablehnung beim VULKAN über 80 %!

Um gegen Loderer und vom Steeg
Um gegen Loderer und vom Steeg Gewerkschafts-Ausschlußverfahren in Gang zu setzen, wurden von klassenkämpferischen Kollegen Unterschriften-Listen angefertigt. Sie haben folgenden Text:

„Hiermit beantrage ich den Gewerkschafts-Ausschluß von Otto vom Steeg und Loderer wegen Arbeiterverräterei und gewerkschaftsschädigendem Verhalten.
NAME ADRESSE BETRIEB"

Über 600 Kollegen unterstützten bisher durch ihre Unterschrift diesen Antrag.

Vor dem Hintergrund dieser Ereignisse muß man folgendes Interview sehen, daß der IG Metall „Tarifexperte" Mayr (als Vorstandsmitglied an der „besonderen Schlichtung" in Bremen beteiligt) einem Reporter von Radio Bremen gab.

Auf die Frage des Reporters, was er (Mayr) von der massenhaften Ablehnung des Ergebnisses halte, antwortete Mayr: *„.... es gibt auch andere Stimmen, viele Stimmen, die den Abschluß anders sehen. Auch beginnt bei vielen Mitgliedern ein Umdenken, daß der Abschluß doch positiv ist."*

Der Reporter führt an, daß über 80 % der Vulkan-Arbeiter mit NEIN gestimmt hätten.

Mayr: *„Die Kollegen waren nicht ausreichend informiert ... technische Schwierigkeiten ... Vielleicht waren die Metall-Nachrichten nicht rechtzeitig in der Hand der Kollegen ... Dieser Abschluß ist nahe an 16 % (!!!) heran ... Ich bestreite, daß die Führung Vertrauen verloren hat ... Die Führung hat in der nächsten Zeit genug Gelegenheit, um den Abschluß zu erläutern (!)."*
(Das Interview, auszugsw. „KVZ").

Bei diesen sozialdemokratischen Gewerkschaftsführern weiß man eigentlich nie so recht, was bei ihnen schwerer wiegt – Dummheit oder Arroganz? !

Ebenso wie die Führer der SPD nach den schweren Wahlschlappen der letzten Zeit, sehen auch die IG Metall Strategen ihren einzigen ‚Fehler' in dieser Tarifrunde darin, ihre rundherum richtige Politik nicht attraktiv genug dargestellt, nicht genug ‚erläutert' zu haben...

Und für die Mißstimmung zwischen sich selbst und den Massen werden von den einen wie den anderen sozialdemokratischen Führern die Linken verantwortlich gemacht (Wie „Die Welt" vom 26.3.74 meldet haben Vertreter der IG Metall-Führung die Vulkanesen, die sich an der Protestversammlung beteiligt und den Ausschluß von Loderer und Co gefordert haben, bereits als ‚radikale Außenseiter' diffamiert!).

In jedem Fall wären kommunistische und andere klassenbewußte Arbeiter gut beraten, ganz besonders in den nächsten Monaten vor den ‚Konterschlägen' der Gewerkschaftsführer auf der Hut zu sein. Denn für die Gewerkschaftsspitze sind – egal ob sie das zugibt oder nicht – das Urabstimmungsergebnis und die Ausschlußanträge o b j e k t i v eine Herausforderung. Sie wird auf ihre Weise darauf antworten!

Metall-Komitee
KB/Gruppe Hamburg

---

22. März 1974

Liebe Mitarbeiterin, lieber Mitarbeiter!

Der nun schon fast drei Wochen dauernde Streik scheint sich dem Ende zuzuneigen. Wir haben erfahren, daß bis zum Sonnabend, 23. März, eine Entscheidung fallen soll. Das Ergebnis wird mit Sicherheit im Radio in den Nachrichtendiensten zu erfahren sein.

Wenn Sie hören, daß bis zum Sonnabend, den 23. März, ein einvernehmlicher Schlichtungsspruch gefallen ist oder sonst eine Einigung erzielt wurde, die von beiden Parteien getragen wird, dann kann mit Sicherheit davon ausgegangen werden, daß der Streik nur noch eine juristische Formalität und das Ende abzusehen ist.

In diesem Falle kommen Sie bitte am Montag, den 25. März zur gewohnten Stunde an Ihren Arbeitsplatz zurück. Sie sollen mithelfen, mit zunächst nur wenigen Kollegen die Vorbereitungen für den Anlauf des gesamten Betriebes zu treffen. Die örtliche Streikleitung hat von diesem Brief Kenntnis.

Wir hoffen, daß die Folgen dieses Streiks für beide Seiten bald überwunden sein werden

und begrüßen Sie

BREMER WERKZEUG- UND MASCHINENBAU GMBH

(Brenger)

Zur selben Zeit, als in Bremen die Massenkundgebung der Metaller stattfand, wurde dieser Brief verfaßt.
Offenbar haben die Gewerkschaftsführer die Kapitalisten – im Gegensatz zu den Arbeitern – nicht darüber im Unklaren gelassen, was sie wirklich vorhaben.

INDUSTRIEGEWERKSCHAFT METALL
FÜR DIE BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND
Bezirksleitung Hamburg
–Zentrale Streikleitung– *8374*

An alle
örtlichen Streikleitungen
(und Streiklokale)

Wir weisen darauf hin, daß die Streikposten von Euch zu belehren sind, daß es rechtlich unzulässig ist, lückenlose, gestaffelte Streikpostenketten zu bilden, die den Zugangsberechtigten den Zutritt zum Betrieb nur unter Einsatz von körperlicher Gewalt möglich machen.

Die Streikposten müssen aus rechtlichen Gründen die Kollegen, die solche Ketten bilden, auffordern, dieses zu unterlassen.

Man sieht, die IG Metall-Führer waren nicht nur in der ‚Schlichtung' aktiv. Das ist organisierter Streikbruch!



7.000 Metaller marschieren durch Bremerhaven – nur wenige Tage vor dem miesen Abschluß. Bei der Urabstimmung erteilten die Kollegen den IGM-Führern die richtige Antwort: Hier stimmten über 70% mit NEIN!



Zwischengas vor der Vollbremsung: In Bremen demonstrieren fast 20.000 Metaller ihre Kampfentschlossenheit und bekräftigen noch einmal ihre Forderungen – einen Tag später sind sie angeschissen

Hamburger Metaller wurden demobilisiert

Nachdem Kapitalisten und Gewerkschaftsführer die Metaller im Bezirk Unterweser eingeseift hatten, übertrugen sie den ‚besonderen' Schwindel auch noch auf die verbliebenen drei Tarifgebiete Hamburg, Nordwestliches Niedersachsen und Schleswig-Holstein.

Dabei kam den Berufsdemagogen fraglos zugute, daß sie den Arbeitern in diesen Bezirken einen ‚erstreikten Abschluß' frei Haus liefern konnten.

Da die Kollegen in Hamburg usw. bestenfalls an kürzeren ‚Warnstreiks' teilgenommen hatten, empfanden sie den Gegensatz von Ausgangsforderungen und Abschluß nicht so stark, wie ihre Bremer Kollegen nach dem dreiwöchigen Streik.

Die Gewerkschaftsführer hatten gerade hier in Hamburg (und in gewisser Weise auch in Schleswig-Holstein) auf eine Situation hingearbeitet, wo der von ihnen ausgemauschelte Tarifabschluß ohne breiteren Widerspruch von den Metallern akzeptiert würde.

Zu diesem Zweck wurden den Arbeitern ‚Wechselbäder' verabreicht: Zum einen radikales Sprücheklopfen (in den zahlreichen Flugschriften, auf den verschiedensten Versammlungen von betrieblichen Funktionären etc.) und blinder Aktionismus (der sich bei mehreren ‚von oben' inszenierten Warnstreiks zeigte) – auf der anderen Seite Abwiegelei, Verzögerung bei den Verhandlungen und schließlich halt die Verhinderung der gemeinsamen Kampffront mit den streikenden Kollegen in Bremen/Unterweser.

„Die Tarifkommission hat für den 28./29. und 30. März die Streik-Urabstimmung beantragt", *sagte der Hamburger Gewerkschaftsführer Lilienthal unter dem brausenden Beifall von 2.000 Kollegen, die am 22. März zu einer Kundgebung der IGM vors Hamburger Gewerkschaftshaus gekommen waren. Und er fügte hinzu: „.... Urabstimmung – für den Fall, daß die besondere Schlichtung in Bremen kein Ergebnis bringt."*

Vom Steeg hat später versucht, diese (insgesamt recht magere) Kundgebung als ‚Beleg' für die angeblich einheitliche Kampffront der Metallarbeiter Norddeutschlands herauszuputzen:

„Diese spontane und beachtliche Demonstration war die letzte Warnung an die Hamburger Arbeitgeber, aber auch an die Vertreter von Gesamtmetall in der Bremer Schlichtungsstelle. Sie haben diese Sprache sehr gut verstanden." („Metall Nachrichten", 25.3.)

Soviel Worte, soviel Lügen! Was die Kapitalisten in Wahrheit ‚sehr gut verstanden' haben, war, daß die IG Metall-Spitze unter keinen Umständen die Bremer Kampffront um die anderen 500.000 Metaller Norddeutschlands erweitern wollten, um für die Arbeiter ein optimales Ergebnis zu erzielen.

Nach den Worten der Hamburger Bezirksleitung der IGM selbst wäre diese ‚ultima ratio' nur dann gegeben gewesen, wenn der jetzt vereinbarte Schlichtungsschwindel – wider Erwarten – nicht zustande gekommen wäre.

Metall-Komitee,
KB/Gruppe Hamburg



Die Hamburger Metaller sind's langsam leid, daß sie auch weiterhin vertröstet und an der Nase herumgeführt werden. (Hier Kollegen von Blohm & Voss auf der Kundgebung am 22.3.)

'O, tun mir die Augen weh, wenn ich Martin Schleyer seh,'



Karrikatur aus dem „Handelsblatt"



Dienstag, 26. März 1974: Hanns-Martin Schleyer, Präsident der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, BDA, hatte seinesgleichen zur Großkundgebung in die Kölner Messehalle gerufen. 3 000 Unternehmer und „Führungskräfte der Wirtschaft" waren gekommen. Motto: „Marktwirtschaft oder Gewerkschaftsstaat."

Die Veranstaltung sollte zum Anklagetribunal gegen die „Machtergreifung der Gewerkschaften" und zur Demonstration „freier Unternehmerwirtschaft" werden.

Fast eintausend Metallarbeiter und fortschrittliche Menschen sorgten dafür, daß diese Veranstaltung nicht ganz so einseitig ablief, wie es die Herren Kapitalisten wollten. Die Kölner IG Metall-Führung und mehrere kommunistische Gruppen hatten zum Protest gegen diese Vormittagsveranstaltung aufgerufen. Mit Rufen wie „Schleyer – wir kommen, du hast dich schlecht benommen!", „Haut dem Schleyer auf die Eier!" und „Schleyer – Faschist!" wurde die Unternehmerbande begrüßt. Von der Kölner Metallfirma Felten & Guilleaume kam ein Zug von mehreren hundert Arbeitern. Sie hatten die Arbeit niedergelegt und marschierten zur Messehalle.

Trotz massiver Kontrollen am Halleneingang und Polizeischutz drangen etwa 150 Arbeiter in den Saal ein und protestierten gegen den Aufmarsch der Unternehmer. Mit roten Fahnen und dem Gesang von „Bandiera Rossa", mit Tomaten- und Eierwürfen wurde dieser Versammlung ansatzweise die ihr gebührende Ehre erwiesen. Erst nach einer Stunde gelang es den Unternehmern und ihren Hilfstruppen, nach einigen Prügeleien (vier IGM-Mitglieder wurden verletzt) ihre Veranstaltung durchzuziehen.



Schleyer in Bedrängnis: ein Metaller drang an das Rednerpult vor

Für die bürgerliche Presse war dann diese Gegendemonstration der Metaller „Terror", „Gewaltanwendung", die Demonstranten wurden zu *„klatschenden und gröhlenden Oppositionsgruppen"* und es triefte nur so von *„Störmanövern und Haßgesängen gegen die Unternehmer"* („Kölnische Rundschau"). Der „Kölner Stadt Anzeiger" gar ließ einen dieser Unternehmer in „berechtigter Erregung" zu Wort kommen: *„Ihr gehört nach Rußland. Die da draußen stehen, sind die Unterwanderer der deutschen Wirtschaft."*

Wollen wir's hoffen! Allerdings war die politische Stoßrichtung der Demonstranten nicht so eindeutig, wie es dieser Unternehmer behauptete, denn schließlich mischten die Gewerkschaftsführer bei der Demonstration mit.

Die Bourgeoisie verstärkt ihre arbeiter- und gewerkschaftsfeindliche Kampagne

„Mitbestimmung", „Vermögensbildung" und „Berufsausbildung" sind die Zielscheibe der Kapitalisten. Für diese Bereiche hat die SPD-Regierung Gesetzentwürfe vorgelegt, die großspurig als „Reformwerke" angekündigt wurden. Und das sind zusammengefaßt die Ergebnisse:

Der Mitbestimmungsentwurf von SPD/FDP fällt noch weit hinter die seit 20 Jahren geltende Mitbestimmung in der Montanindustrie zurück, die schon in der Vergangenheit wiederholt bewies, daß sie durchaus geeignet ist, einen Betrieb nach kapitalistischem Profitinteresse zu führen und gleichzeitig gewerkschaftliche Aktivitäten hieran zu binden (vor allem ideologisch!).

Die Pläne zur Vermögensbildung (200 Mark im Jahr) eignen sich zwar hervorragend zur Verschleierung bestehender Besitzverhältnisse, ansonsten aber birgt das festgelegte „Arbeitnehmervermögen" neue Kredit- und Investitionsquellen für die kapitalistische Industrie.

Die geplante Änderung des Berufsbildungsgesetzes schließlich bedeutet einen weiteren Abbau beruflicher Ausbildung bis hin zum Stufenplansystem der Kapitalisten.

Dennoch werden gerade diese Gesetzentwürfe der SPD verstärkt Angriffen der Kapitalisten ausgesetzt und standen auch im Mittelpunkt der Kölner Kundgebung.

In einer großangelegten Kampagne, die besonders über die offen reaktionäre Presse getragen wird, bemühen sich die Kapitalisten, die Gefährdung der Freiheit (der Unternehmer) und des Staates (der Kapitalisten) in Schreckensbildern zu malen. Auf der Kölner Kundgebung klang das so:

„Die Gesetzentwürfe der Bundesregierung zur Mitbestimmung und Vermögensbildung gefährden die freiheitliche Ordnung ... die Gefahr, die unserer Ordnung droht, ist die gewerkschaftliche Machtergreifung (!) in Wirtschaft, Gesellschaft und letztlich im Staat." So Schleyer („Die Welt" vom 27.3.74).



Arbeiter waren unerwünscht auf der Kölner Unternehmerkundgebung
Arbeiter waren unerwünscht auf der Kölner Unternehmerkundgebung

So wird aus der angeblichen Gefährdung des Wohls der Unternehmer die Gefahr für alle konstruiert. Hauptangriffspunkt sind hierbei die Gewerkschaften. Begriffe wie „Gewerkschaftsstaat" und „gewerkschaftliche Machtergreifung" sind an der Tagesordnung. Das „Handelsblatt" weiß sogar zu berichten:

„Für die IG Metall wird die Gewaltanwendung im Kampf um die Durchsetzung ihrer (!) Interessen zunehmend zum ganz selbstverständlichen Mittel." (28.3.74)

Ziel dieser Kampagne der Kapitalisten ist vor allem die politisch-ideologische Verhetzung der Bevölkerung, das Schüren gewerkschaftsfeindlicher Stimmung, um auf dieser Grundlage ihre verschärften Angriffe auf die Arbeiterklasse durchzuführen und die Gewerkschaften immer mehr als eine mögliche Interessenvertretung der Arbeiter und Angestellten zu entwerten.

Voll dabei Wirtschaftstag der CDU/CSU

Nur einen Tag nach der Unternehmerkundgebung begann der Wirtschaftstag der CDU/CSU. Die gesamte versammelte Parteiprominenz stimmte voll in die Klagen und Angriffe Schleyers ein und bot sich den Kapitalisten als die Partei zur Durchsetzung ihrer Ziele an.

„Die CDU/CSU will sich auch künftig für die berechtigten Forderungen der Unternehmer im Kampf um gesellschaftliche Reformen (!) einsetzen", so Franz Josef Strauß.

Welche Rolle die Arbeiter hierbei spielen sollen, gab Strauß ebenfalls an: *„Eine starke Unterstützung für die Union aus den Reihen der Arbeitnehmer ist ebenso wichtig für die Rückgewinnung der Macht."* („Handelsblatt", 29.3.74)

Klar drückt Strauß hier die Zielsetzung aus: die Interessen der Kapitalistenklasse vertreten. Auf der anderen Seite weiß er, daß er auf dem legalen Weg über Wahlen hierzu auch Stimmen der Teile des Volkes braucht, die gerade von dieser Zielsetzung betroffen werden.

Mit der zunehmenden Schwierigkeit der SPD-Regierung, ihre arbeiterfeindliche Politik in der Bevölkerung als „Reformpolitik" durchzusetzen, verschärft die CDU/CSU ihre soziale Demagogie (Steuern senken, Inflation bekämpfen), um die Unzufriedenheit der Massen auf ihre Mühlen zu lenken. Die letzten Ergebnisse von Landtags- und Kommunalwahlen haben gezeigt, daß die Kampagne der Unternehmer und die Demagogie der CDU/CSU nicht spurlos vorübergingen.

Diese Entwicklung muß entschieden bekämpft werden – die Hintergründe müssen aufgedeckt werden.

Nicht immer äußern sich die „christlichen Demokraten" so offen, wie der CSU-Abgeordnete Dollinger, der die Unternehmer aufforderte, in ihrer „Kompromißbereitschaft nicht zu weit zu gehen". („Die Welt", 29. 3.74)



Wie unangenehm! Die Herren Unternehmer im Faustkampf mit einem Arbeiter

Die Alternative der Gewerkschaftsführer: Parität, Parität ...

IG Metall-Chef Eugen Loderer sagte zu den Unternehmerangriffen: *„Damit stellt Schleyer sich in eine Reihe mit jenen Unternehmern, die in der Vergangenheit nicht immer dazu beigetragen hatten, Freiheit und Demokratie zu verteidigen."* („Die Welt", 27.3.74)

Seine Alternative: mehr Mitbestimmung (Parität nach dem Montan-Modell), mehr Reformen, aber auf dem Boden der bestehenden kapitalistischen Gesellschaftsordnung.

Ganz in diesem Sinne rief die IGM-Führung in Köln zum Protest gegen die Unternehmerkundgebung auf. So waren denn neben den vorher geschilderten kämpferischen Parolen auch immer wieder Mitbestimmungsparolen vertreten: *„Was für den Kranken die Diät, ist für uns die Parität"*, *„Erkämpft Parität durch Solidarität"*, *„Mitbestimmung im Betrieb ist den Bossen gar nicht lieb"*.

So ähnlich versuchten die Gewerkschaftsführer, unterstützt von der DKP, ihrerseits Proteste gegen die Unternehmer auf die sozialdemokratischen Mühlen zu lenken. Dabei offenbarte die Kölner Veranstaltung und die Protestdemonstration, daß sich hier Klassen mit gegensätzlichen Interessen gegenüberstehen – was sich teilweise auch in der Schärfe der Auseinandersetzungen widerspiegelte.

Die Durchsetzung der Interessen kann nur im Kampf erfolgen – dem Klassenkampf, den gerade die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer offen verleugnen.

Doch Köln hat's gezeigt, verleugnen kann man den Klassenkampf, man kann ihn auch auf seiten der Arbeiter verwässern (wie es die Gewerkschaftsführer tun), aber man kann ihn nicht verhindern! ●

Metall-Komitee, KB/Gruppe Hamburg

IMPRESSUM



Herausgeber – Druck – Verlag J. Reents, Verlag ARBEITERKAMPF, 2 Hamburg 13, Rutschbahn 35, verantw. Redakteur: Kai Ehlers, Auflage: 13 500 Erscheinungsweise: dreiwöchentlich, Verkaufspreis: 50 Pfg., Verlagskonten: Dresdner Bank, Kto. Nr. 451 8378 J. Reents, und: Postscheckkonto Hamburg Nr. 240 595, J. Reents

Forts. Texaco

Derzeit konzentrieren sich die antikommunistischen Angriffe auf die linken Betriebsräte und Vertrauensleute der Hauptverwaltung (HV), die gewissermaßen als das Hauptquartier der Hamburger Texaco-Linken gelten. Wegen einer relativ soliden linken Mehrheit in diesen Gremien und vor allem: wegen der deutlichen Vertrauensbasis bei der Mehrheit der Kollegenschaft können die rechten Bürokraten noch nicht unmittelbar mit administrativen Maßnahmen vorgehen. Bevor die Linken „erledigt" werden, soll der Boden unter den Kollegen hierfür psychologisch vorbereitet werden.

Von Kodolitsch inszeniert, verteilten die Grasbrooker Rechten vor allen Werken eine Flugschrift, die der persönlichen Verunglimpfung profilierter Linker dienen soll. Unverhüllt werden darin Gewerkschafts-Ausschlüsse angekündigt, dem linken Betriebsrats-Vorsitzenden (HV) wird Verfolgungswahn und Geisteskrankheit als eigentliche Triebfedern seiner Politik und Praxis unterstellt.

Zur selben Zeit und wenige Tage später kursierten in allen Texaco-Werken 2 anonyme Flugblätter, die ausschließlich der politischen Provokation dienten, linke Gewerkschafter namentlich nannten (ein deutlicher Wink für den Kapitalisten!), ihnen Zusammenarbeit mit dem KB und dem ARBEITERKAMPF unterstellten und die Gewerkschaftslinke verächtlich machen sollten. Spätere Nachforschungen ergaben eindeutig, daß in beiden Fällen der IG-Chemie-Sekretär Kodolitsch – vorsichtig formuliert – zumindest seine Pfoten im Spiel hatte. – Auf einer, wenige Tage später stattfindenden Betriebsversammlung in Grasbrook hielt Kodolitsch eine halbstündige antikommunistische Hetzrede gegen die „Chaoten", die sich großenteils mit den Inhalten der beiden anonymen Flugblätter deckte.

Inzwischen hat der Hamburger Verwaltungsstellen-Vorstand sog. „Schiedsverfahren" in 2 Fällen eingeleitet: erstens im Fall der 3 geschaßten Grasbrooker Vertrauensleute und zweitens im Fall der rechten Grasbrooker Flugschrift. Solche „Schiedsverfahren" haben eigentlich die Aufgabe, persönliche Streitereien zwischen IG-Chemie-Mitgliedern „gütlich beizulegen". Davon Nicht-Einigung in beiden Verfahren aber von den Gewerkschaftsführern angepeilt wird, ist offensichtlich, daß ein Teil der Texaco-Linken auf diesem Weg aus der Gewerkschaft geschmissen werden soll. (Über den Verlauf dieser Verfahren werden wir in AK 43 berichten)

Gleichfalls wurde der gesamte HV-Vertrauenskörper zu einer Sondersitzung mit der Verwaltungsstelle, Mitgliedern des Bezirks- und des Hauptvorstandes geladen. Diese Sitzung hatte dasselbe Ziel wie die o. g. „Schiedsverfahren". Unverfroren wurde seitens der Gewerkschaftsführer mit Auflösung dieses unbequemen VK gedroht. (Auch darüber werden wir im AK 43 berichten)

Während der Arbeitsrechts-Prozeß des gekündigten (ehemaligen) Vertrauensmannes von Grasbrook mutwillig durch den „Rechtsbeistand" der IG-Chemie verzögert wurde, hat inzwischen der Vorsitzende des Betriebsrates (HV) Verleumdungsklagen gegen Kodolitsch und den Grasbrooker BR Obes (dem Verantwortlichen für die Provokations-Schrift) eingeleitet.

Der Texaco-Konzern besteht in Hamburg aus 3 örtlich getrennten Betriebsteilen: Die Hauptverwaltung (für die BRD), sowie Produktionsstätten in Grasbrook und Wilhelmsburg (2 Hamburger Stadtteile). Die Hauptverwaltung selbst ist in verschiedenen Bürohäusern in unterschiedlichen Hamburger Stadtteilen untergebracht. Die sich daraus ergebende Zersplitterung der Kollegenschaft wirkt sich nachteilig für eine wirksame Interessensvertretung durch Gewerkschaft und Betriebsräte aus. Das kam nicht nur beim Arbeitskampf 1971 zutage, sondern wird auch deutlich im täglichen Kleinkrieg gegen die Unternehmensleitung
Das kam nicht nur beim Arbeitskampf 1971 zutage, sondern wird auch deutlich im täglichen Kleinkrieg gegen die Unternehmensleitung
und deren ständige Übergriffe.

Kampf der Spaltung

Seit langem ist es daher erklärtes Ziel der Linken aller Werke, dieser Zersplitterung durch verstärkten Dialog und Zusammenarbeit aller Betriebsräte und gewerkschaftlichen Vertrauensleute entgegenzuwirken. Es gelang den Linken, für alle Bereiche der Hauptverwaltung einen g e m e i n s a m e n VLK aufzubauen. Ebenfalls gelang es – trotz einiger Störmanöver durch die Gewerkschaftsführer – einen g e m e i n s a m e n Betriebsrat für HV und das Wilhelmsburger Werk zu schaffen. Darüber hinaus konnte ein einheitlicher Beschluß in allen 3 VLK's durchgesetzt werden, der den gegenseitigen Besuch auf Sitzungen und – bei entsprechenden Themen – gemeinsame Sitzungen aller VLK's vorsah.

Die bisherige Spaltung hat sich vor allem der Kapitalist – durch unterschiedliche Löhne bei gleicher Arbeit usw. – zunutze gemacht. Ein weiterer Nutznießer der bestehenden Spaltung ist die sozialdemokratische IG-Chemie-Führung, die ihre Politik und Vorstellungen stets durchsetzen konnte, indem sie die Kollegen verschiedener Werke gegeneinander ausspielte, Behauptungen über Beschlüsse der anderen VLK's oder BR's aufstellte, um Kritiker zum Nachgeben zu bringen usw. Naturgemäß torpedierten die Gewerkschaftsführer in der Vergangenheit alle Versuche einer Einigung.

Die Rechten auf Spalter-Kurs

In dieser Haltung der Gewerkschaftsführer liegt auch ihr Angriff auf die Grasbrooker Linken begründet, deren „Hauptsünde" es war, sich für eine gemeinsame Arbeit aller VLK's eingesetzt zu haben. Folgerichtig wurden nach deren Ausschluß aus dem VLK auch ein Besucher-Verbot ausgesprochen, d. h. es wurde den Vertrauensleuten der anderen Werke untersagt, weiter wie bisher, als Besucher an den Grasbrooker VLK-Sitzungen teilzunehmen. Ebenfalls wurde der VLK gegenüber den „einfachen" Gewerkschaftsmitgliedern aus Grasbrook dichtgemacht. Zuhörer waren nicht mehr erwünscht. Die rechte Mauschelclique wollte ungestört unter sich bleiben. Kodolitsch hatte in Grasbrook sein erstes Ziel erreicht. Um dies durchzusetzen, machte er hemmungslos vom Antikommunismus Gebrauch: *„Die Chaoten wollen uns unterwandern", „Dagegen müssen wir uns schützen",*
machte er hemmungslos vom Antikommunismus Gebrauch: „Die Chaoten wollen uns unterwandern", „Dagegen müssen wir uns schützen",
„Die machen uns alle fix und fertig", „Die gehen über Leichen" usw. usf.

Soweit gekommen, versuchte Kodolitsch dann, den rechtsformierten Grasbrooker VLK als Operationsbasis für seinen Kampf gegen die Linken aus Wilhelmsburg und der HV zu mißbrauchen. In diesem Zusammanhang entstand die Flugschrift des Grasbrooker VLK, als deren Verantwortlicher BR Obes seinen Namen hergab. (Siehe dazu weiter hinten).

Taktik der Rechten in Wilhelmsburg vorläufig gescheitert

Nach dem Coup in Grasbrook wollte Kodolitsch einen ebensolchen im Wilhelmsburger VLK starten. Dies mißlang allerdings und die bekannten antikommunistischen Tiraden des Gewerkschafts-Sekretärs wurden mehrheitlich zurückgewiesen und in ihrer eigentlichen (arbeiterfeindlichen) Funktion entlarvt. Mehr noch: auf der entscheidenden Sitzung gelang es den Linken, eine Solidaritäts-Erklärung mit den geschaßten Grasbrooker Vertrauensleuten mehrheitlich zu verabschieden. Nach dieser Sitzung legte Kodolitsch seine „Betreuungs"-Funktion für diesen Betrieb nieder und überließ sie einem anderen Sekretär.

Dies ist Ausdruck für einen Taktik-Wechsel der Verwaltungsstelle gegenüber diesem VLK: Der „scharfe" Antikommunist Kodolitsch wird gegen den „versöhnelnden" Sekretär Schmoldt ausgetauscht. Die vorläufige Niederlage der IG-Chemie-Führer veranlaßt diese auf keinen Fall zum Nachgeben, sondern man versucht bloß, auf einem anderen Weg zum Ziel (Ausschaltung der Linken) zu kommen.

Im Zusammenhang mit dem Taktik-Wechsel der Gewerkschaftsführer steht auch die kurz danach erfolgte VLK-Neuwahl, mit der die Rechten versuchten, eine Machtverschiebung zu ihren Gunsten durchzusetzen. Trotz eifriger Propaganda der Rechten gelang dies allerdings nicht: alle profilierten Linken wurden erneut gewählt, der alte (linke) VLK-Vorsitzende wurde in seinem Amt bestätigt.

Die Wahl der Linken läßt auf ein relativ hohes Bewußtsein der Wilhelmsburger Arbeiter schließen. (Die linken Vertrauensleute rekrutieren sich fast ausschließlich aus dem Arbeiterbereich, während die Rechten von den Angestellten gewählt wurden). Im Gegensatz zu den Grasbrooker Arbeitern, die mehrheitlich Ungelernte sind, oft früher eigenständige Bauern waren und z.T. jetzt noch ein Stückchen Land selbständig bearbeiten, handelt es sich bei den Wilhelmsburger Arbeitern hauptsächlich um technisch hochqualifizierte Facharbeiter. Das mag ein Grund für das unterschiedliche politische Bewußtsein zwischen den Arbeitern dieser beiden Werke sein.

Dennoch gelang es den Wilhelmsburger Rechten, durch die VLK-Neuwahl die politischen Auseinandersetzungen mit der IG-Chemie-Verwaltungsstelle stärker in den Hintergrund zu drängen. Dies ist ganz im Sinne des Taktik-Wechsels der Gewerkschaftsführer, die in diesen Auseinandersetzungen eine ziemlich schlechte Figur machten. Mehr noch: es gelang den Rechten, die ehrlichen Gewerkschafter in einem wichtigen Punkt zu übertölpeln: Mit der demagogischen Parole von einer „Konsolidierungsphase des neugewählten VLK" konnte ein Beschluß durchgesetzt werden, der für das nächste Halbjahr allen „Gästen" (d.h. den Vertrauensleuten anderer Werke, sowie den „einfachen" Gewerkschaftsmitgliedern des eigenen Werkes) den Zutritt zu VLK-Sitzungen versperren sollte.

Inzwischen haben die Wilhelmsburger Linken aber den politischen Charakter dieses Beschlusses erkannt und es gelang ihnen, ihn zumindest teilweise wieder rückgängig zu machen: den Betriebsräten der HV wird es auch zukünftig möglich sein, die VLK-Sitzungen in Wilhelmsburg zu besuchen, um dort die gemeinsamen Probleme auch gemeinsam zu beraten.

VLK–HV: Kampf für die Einheit

VLK–HV: Kampf für die Einheit

Während also der Grasbrooker VLK unter Dirigentenschaft des IG-Chemie-Sekretärs v. Kodolitsch auf Spalterkurs ging, sich nicht einmal schämte, den VLK-Vorsitzenden der HV und von Wilhelmsburg aus ihrer Sitzung einfach rauszuschmeißen, hielten die VLKs Wilhelmsburg und HV weiter an ihrem ursprünglichen Kurs – für stärkere Einheit – fest.

Um diese Haltung zu betonen, verfaßte der HV-VLK eine Resolution, die vor allen Werken der Hamburger Texaco verteilt wurde. In dieser Resolution bemühten sich die Vertrauensleute auch, der demagogischen Hetze des Sekretärs Kodolitsch entgegenzutreten, die dieser anläßlich einer Solidaritäts-Erklärung des HV-VLK mit den geschaßten Grasbrooker Linken vom Stapel ließ (vergl. dazu Abdruck der Erklärung AK 38/ S. 3). Dazu heißt es in der HV-Resolution:

„Mit dieser Resolution (gemeint war die Erklärung „Solidarität mit den gemaßregelten Linken" – die Red.) *wollten wir klarmachen, daß den Interessen der Arbeiter und Angestellten nur Schaden zugefügt wird, wenn man aktive Kollegen von der gewerkschaftlichen Arbeit ausschließt. Gerade diese Kollegen hatten den Antrag auf gemeinsame VLK-Sitzungen gestellt und unterstützt. Stattdessen legten einige Mitglieder des Grasbrooker VLKs und Philipp v. Kodolitsch diese Erklärung als einen Angriff auf den VLK-Grasbrook generell aus und beriefen zu Freitag, den 18.1., eine außerordentliche VLK-Sitzung Grasbrook unter Ausschluß aller Gäste ein, um „Gegenmaßnahmen" gegen die HV und die Vertrauensleute aus Wilhelmsburg zu beraten..."*
(aus: Flugschrift des HV-VLK)

Der Rausschmiß der VLK-Vorsitzenden HV und Wilhelmsburg wird in dieser Flugschrift richtig als *„ein Bruch der von allen VLKs bei Texaco gefaßten Beschlüsse"* dargestellt. Weiter heißt es: *„Dieses Vorgehen einiger Vertrauensleute in Grasbrook kann zur Spaltung der Arbeiter und Angestellten in diesem Betrieb führen, zum Schaden des gewerkschaftlichen Gedankens und zum Nutzen der Unternehmer."* – Diese Warnung vor einer bestimmten Entwicklung, die von den rechten Gewerkschaftern und der IG-Chemie-Verwaltungsstelle im Windschatten einer breiten antikommunistischen Kampagne betrieben wird, ist nur allzu berechtigt.

Zum Schluß fordert die HV-Flugschrift: *„Wir schlagen deshalb erneut eine Sitzung der drei VLKs vor, in der wir uns um eine Klärung der Standpunkte bemühen sollten, mit dem Ziel, eine gemeinsame Interessenvertretung der Texaco-Kollegen aufzubauen."*

Die Flugschrift des HV-VLK geht von der Notwendigkeit eines gemeinsamen Kampfes aller Arbeiter und Angestellten gegen die Unternehmer aus, untersucht die Machenschaften einiger Grasbrooker Vertrauensleute vor diesem Hintergrund und schließt mit der Forderung nach erneuter gemeinsamer Diskussion auch unterschiedlicher Standpunkte, um das eigentliche Ziel – Aufbau einer einheitlichen und gemeinsamen Interessenvertretung für alle Texaco-Kollegen – nicht zu gefährden. Das ist eine faire und saubere gewerkschaftliche Haltung.

Das Schmierblatt der Grasbrooker VLK-Rechten

Am selben Tag verteilte der mehrheitlich rechte Grasbrooker VLK ein mehrseitiges Hetzblatt vor allen Texaco-Betrieben. Diese Flugschrift ist ein erstes Ergebnis der berüchtigten „geschlossenen" VLK-Sitzung, auf der man angeblich „endlich mal wieder Probleme der Grasbrooker Kollegen diskutieren" wollte. Das Grasbrooker Hetzblatt nimmt den VLK der HV, insbesondere den Betriebsratsvorsitzenden Kynast - aufs Korn.

Verantwortlich zeichnet Karl Obes, ein alter BR-Häuptling in Grasbrook, der vorübergehend wegen Pöstchenstreitereien und seiner Bewerbung um einen Meisterposten im Betrieb mit den anderen Sozialdemokraten Ärger hatte, aber wegen seiner Fähigkeiten im Kampf gegen Links mit offenen Armen wieder in den alten Kreis augenommen wurde.

Nun zum Flugblatt selbst, aus dem
keiten im Kampf gegen Links mit offenen Armen wieder in den alten Kreis augenommen wurde.

Nun zum Flugblatt selbst, aus dem
wir aus Platzgründen nur exemplarisch einige Stellen beleuchten können, um Stil und Inhalt der Rechten in der Auseinandersetzung zu charakterisieren:

„Nachdem nun etliche geist- und gegenstandslose, sogenannte Resolutionen oder Betriebsausgaben des „Chemiearbeiter" (Branchenzeitung des KB) über den Betriebsrat sowie den VLK des Werkes Grasbrook verbreitet wurden, melden wir uns nun einmal selbst. Wir wollen, so wie ihr es gewohnt seid, ehrlich (!) und sachlich (!) berichten. Herr (!) Helmut Kynast, BR-Vorsitzender der HV in Hamburg, verteilte in Wilhelmsburg ein Flugblatt, welches bedauern läßt, daß dieser Mann Gewerkschaftsmitglied und BR-Vorsitzender ist. Herr Helmut Kynast identifiziert sich sicherlich mit diesem Flugblatt, welches er verteilte. Ein sonstiger Herausgeber ist nicht genannt. Einige andere Drahtzieher möchten aber sicherlich im Dunkel bleiben."

Richtig ist dagegen: H. Kynast hat kein anonymes Flugblatt in Wilhelmsburg verteilt, sondern die so auch überschriebene Resolution des VLK der HV. (siehe Abdruck im AK 38)

Demzufolge gibt es natürlich auch keine „Drahtzieher im Dunkel", ist doch die Resolution einstimmig (bei einer Enthaltung) von den anwesenden Vertrauensleuten gefaßt worden! Geschickt soll der Eindruck erweckt werden, Kynast habe ein kommunistisches Flugblatt verteilt, das er selbst geschrieben hat. Jedermann weiß, daß das ein Entlassungsgrund werden kann. Die VLK-Resolution also *„läßt bedauern, daß dieser Mann Gewerkschaftsmitglied und BR-Vorsitzender ist".* Kann man noch deutlicher einen Gewerkschafts-Ausschluß fordern? Da dieses „Flugblatt" aber in Wahrheit die Resolution aller HV-Vertrauensleute ist, wird offenbar „bedauert", daß alle diese Kollegen noch (wie später auch geschrieben wird) in der Gewerkschaft sind!

Ein anderer Teil der Grasbrooker Flugschrift zeigt noch deutlicher, wie weit rechte Sozialdemokraten heute schon gehen, um politische Gegner zu diffamieren:

„Ihr (gemeint ist BR-Vors. Kynast) letzter Satz „Wir erklären uns mit den verfolgten Kollegen solidarisch" erklärt Ihr Verhalten vielleicht genauer. Erinnern Sie sich? Sie fühlten sich schon einmal vom Verfassungsschutz verfolgt. Es war auf einer GBR-Sitzung (GBR = Gesamt-Betriebsrat). Oder sollen wir noch genauer werden? In Ihrem Interesse lassen wir das lieber.

SIE SOLLTEN SICH ZURÜCKZIEHEN, HERR KYNAST! Sie sind nämlich .. Aber lassen wir diese Feststellung lieber. Eines aber müssen wir doch fragen: Sind Sie krank, Herr Kynast? "

„Geisteskrank", „Verfolgungswahn", das sind die Attribute, die hier einem fortschrittlichen Kollegen aufgedrückt werden sollen. So wird ein Gewerkschafter beleidigt, der täglich im Kleinkrieg mit den Kapitalisten steht. Jeder kämpferische Betriebsrat ist ständig bedroht von BetrVG und Arbeitsordnung; sein Schutz vor Entlassung ist wesentlich begründet in gewerkschaftlicher Solidarität und Anerkennung durch alle Kollegen. Hier rufen rechte Sozialdemokraten: Schmeißt ihn raus - den Wahnsinnigen - wir klatschen dazu Beifall. Neu ist diese Masche nicht, hatten doch die Hitler-Faschisten ihre politischen Feinde ähnlich beschimpft, als geschlechtskrank, geisteskrank und homosexuell (Dimitroff wurde im Reichtagsbrand-Prozeß „Vielweiberei" unterstellt), sozialistische Frauen waren nur „Huren" und „Nymphomaninnen"!

Dieses Flugblatt ist keineswegs etwa Produkt des „wildgewordenen" Super-Rechten Karl Obes sondern Teil einer zentral gelenkten Kampagne. Das sollte sich schon bald herausstellen. (H. Kynast hat Klage gegen den Verfasser erhoben und eine einstweilige Verfügung gegen Obes erwirkt, die es Obes verbietet, weiterhin seine Behauptungen gegen Kynast zu verbreiten - dazu im nächsten ARBEITERKAMPF).

Am Schluß des Obes-Flugblattes steht bezeichnenderweise:

„Noch, darauf liegt die Betonung, n o c h üben wir Zurückhaltung (!!!)"

Wer solch faschistische Hetze als selbstauferlegte „Zurückhaltung" empfindet, dessen Vorstellungen von Form und Inhalt zukünftiger Auseinandersetzungen sind leicht zu erraten.

Aber nicht einmal mit dieser „Zurückhaltung" war es weit her, denn noch am selben Tag tauchte in der HV und in Wilhelmsburg folgende Provokation ohne Verantwortlichen und über anonyme Verteiler auf.
noch am selben Tag tauchte in der HV und in Wilhelmsburg folgende Provokation ohne Verantwortlichen und über anonyme Verteiler auf.

Und noch eine rechte Provokation!

„Antrag von H. S.
zur Betriebsrats-Sitzung, am 25.1.74,
H a u p t v e r w a l t u n g
Der Tagesordnungspunkt 2a Punkt 3 ist wie folgt zu ergänzen:
Schaffung einer abhörsicheren Direktleitung (roter Draht) von den Telefonen der fortschrittlichen Betriebsräte zur Redaktion des „Arbeiterkampf".
Schaffung neuer Planstellen ab Mai 1975 für die nicht gewählten freigestellten fortschrittlichen Betriebsräte des jetzigen Betriebsrates in der Abhöranlage im Keller der HV hinter Panzertüren.
Zu Tagesordnungspunkt 3:
In die neue Ausgabe der BR-Mitteilungen werden sämtliche Artikel über 1500 Zeilen des „Arbeiterkampf" Nr. 38 z.B. „Gegen den Ausschlußterror der Gewerkschaftsführer", „Texaco-Grasbrook: Drei linke Vertrauensleute fertiggemacht", „betriebsnahe Tarifpolitik und innergewerkschaftliche Demokratie oder Wie das „sozialistische Büro" die IG Chemie zur Kampforganisation der Werktätigen machen möchte", wörtlich übernommen.
Kollege T. wird beauftragt einen Artikel, jedoch nicht unter 2000 Zeilen, zu schreiben unter dem Thema: „Welche Bücher in unserer Bücherei sind arbeiterfeindlich und müssen öffentlich verbrannt werden? "
Kollegin B. wird in solidarischer Einmütigkeit gebeten, einen Bericht zu verfassen über das Thema: „Sofortige Freilassung aller inhaftierten Mitglieder der Baader-Meinhof Gruppe" vom BR Hamburg der TEXACO gefordert!"
Kollege H. möge in einem Grundsatzartikel von 3500 Zeilen erläutern: „Die politische Macht kommt aus den Gewehrläufen", Analyse des Nachdruckes von Texten zu den politischen

Forts. Seite 6

Hamburger Stahlwerke (HSW)

Terror der Kapitalisten und IGM-Führer

Im Januar wurden bei den Hamburger Stahlwerken (HSW) drei Mitglieder der Vertrauenskörperleitung des IGM-VK durch einen Putsch rechter Gewerkschafter in Zusammenarbeit mit der Ortsverwaltung der Hamburger IG Metall „abgewählt" und in Zusammenarbeit mit dem Betriebsrat der Unternehmensleitung zur Entlassung überreicht.
Die Kapitalisten nahmen die Gelegenheit wahr, die linken Gewerkschafter aus dem Betrieb zu kegeln.
Ganze acht Tage dauerte dieses Zusammenspiel von Kapitalisten und rechten sozialdemokratischen Gewerkschaftsführern, dann war ein neuer - geplanter - Schlag gegen die HSW-Belegschaft abgewickelt.

Süderelbe: das „neue Ruhrgebiet"

HSW ist Teil der seit einigen Jahren rasch wachsenden Industrieansiedlung im Süderelbegebiet. Dieses Industrieansiedlungsgebiet reicht von Hamburg bis Cuxhaven und teilweise sogar auf das andere Elbufer (Bayer-Werk und Kernkraftwerk in Brunsbüttel) herüber.

Nach den Plänen der westdeutschen Kapitalistenklasse entsteht hier ein „neues Ruhrgebiet" – das größte industrielle Ballungsgebiet Westeuropas. Sowohl verkehrsmäßig (Elbe-Nordsee, Zugang über den Kanal zur Ostsee), als auch von den Ausdehnungsmöglichkeiten her, ist dieses Gebiet hervorragend hierzu geeignet. Hinzu kommt, daß mit Hamburg als Zentrum für dieses Gebiet ein Welthafen existiert.

Der Aufbau so eines Industriegebietes erfordert die Durchsetzung eines zum Teil extrem volks- und arbeiterfeindlichen Vorgehens, das sich immer weniger verhüllen läßt. Die Aufgabe, dieses Vorgehen in der Bevölkerung durchzusetzen, haben hierbei die sozialdemokratische Regierung Niedersachsens und insbesondere der Hamburger SPD-Senat übernommen.

Große Hamburger Vororte, sowie mittlere und kleinere Städte und Ortschaften in diesem Gebiet müssen praktisch ausradiert („saniert") werden. In menschenfeindlichen Betonsilo-Städten entstehen die neuen Arbeiter-„Kasernen" (beispielsweise das Projekt Billwerder Allermöhe des SPD-Senats oder die schon fertigen und im Ausbau befindlichen Beton-Siedlungen Mümmelmannsberg, Osdorf und Steilshoop in Hamburg).

Zur Energiesicherung der kapitalistischen Betriebe werden reihenweise Atomreaktoren und Kernkraftwerke errichtet, die Mensch und Umwelt gefährden. Die ersten schon in Betrieb genommenen Industriebetriebe – wie etwa der Napalm-Konzern Dow Chemical bei Stade und die Aluminiumhütte Reynolds (beides US-Konzerne) in Hamburg ebenso wie HSW – verpesten mit giftigen Abgasen die Menschen der Umgebung.

Die SPD-Führer haben die Aufgabe, die spontanen Protestaktionen dagegen abzuwürgen oder sie in geordnete Bahnen zu lenken. Eine wichtige Aufgabe übernehmen hier „linke" Sozialdemokraten, vor allem Jusos, deren Betätigungsfeld u. a. auch Bürgerinitiativen gegen die großen Industriebetriebe sind.

In scharfem Tempo werden die Hafenanlagen in Hamburg und anderen Elbe-Städten ausgebaut und das Arbeitspensum enorm erhöht. Schrittmacher dieser gegen die Hafenarbeiter gerichteten Politik ist – durchaus nicht zufällig – die stadteigene HHLA, der größte Umschlagsbetrieb im Hamburger Hafen. (Die ÖTV-Führer assistieren ihren SPD-Kumpanen im Senat, indem jede gewerkschaftliche Basis-Organisation – wie Vertrauensleute – zerschlagen wurde und ein Neuaufbau systematisch verhindert wird).

Weiterhin fällt den SPD-Senatoren die Aufgabe zu, in- und ausländisches Kapital in dieses Gebiet anzulocken. Hierbei winken solchen Kapitalisten großartige Subventionen (die zuvor den Arbeitern und Angestellten als Steuern aus der Tasche gezogen wurden). Neben Subventionen aller Art, Steuervorteilen usw. winken die SPD-Führer auf ökonomischem Gebiet vor allem mit dem „billigen Seetransportweg", dem „schnellen Hamburger Hafen", finanziellen Minderheiten-Beteiligungen des SPD-Senats an Industrieprojekten, großzügigen Krediten an die Kapitalisten. In „geheimen Exklusiv-Verträgen für enorm verbilligte Energie" besorgen die SPD-Führer über die stadteigenen Hamburger Gas- und Elektrizitätswerke (unter Ausschluß jeder öffentlichen Kontrolle) erheblich verbilligte Energiepreise für die Kapitalisten.

Alle bei der Ansiedlung neuer Industrie auftretenden Strukturprojekte werden vom Hamburger Staat zu großzügigen Preisen und ohne Rücksicht auf die Bevölkerung übernommen: die Aufschüttung von Industriegelände in Elbe-Nähe, den Ausbau fabrikgünstiger Verkehrsverbindungen (Straße, Schiene und Wasser) wie Autobahnzubringer oder gar den Bau ganzer Hafenbecken für neue Betriebe, den Bau von Atomreaktoren, die Arbeitersiedlungen usw.

Politisch locken die SPD-Führer das Kapital an mit Versprechungen auf eine „total ruhige und befriedete Arbeiterschaft" sowie mit der „modernsten Polizei Europas". Dabei scheuen die SPD-Führer auch keine

Lüge: bei Kerns (Hamburger Wirt-
sitzenden und erteilte ihm Werksver-
stimmten zu. Bei diesen Verhältnis-

Lüge: bei Kerns (Hamburger Wirtschaftssenator) letztem USA-Besuch prahlte dieser Kerl vor US-Kapitalisten mit der Lüge, es hätte im Hamburger Hafen seit Kriegsende keinen Streik mehr gegeben. Die Hamburger SPD-Führer malen gegenüber den in- und ausländischen Kapitalisten das Bild von „griechischen Zuständen", auf die die Kapitalisten seelenruhig vertrauen könnten.

In der betrieblichen und gewerkschaftlichen Praxis liegt es dann bei den sozialdemokratischen Gewerkschaftsführern, die Realitäten mit dem von ihren Parteiführern entworfenen Bild zu harmonisieren, d. h. „griechische" Friedhofsruhe in der Arbeiterschaft durchzusetzen. Das ist zwar im allgemeinen Politik und Bemühen der SPD-Gewerkschaftsführer, im Rahmen des neuen Industrieansiedlungs-Projekts ist dabei allerdings ein deutlich schärferer Kurs als üblich zu bemerken, wie wir im nachstehenden Bericht über die betrieblichen und gewerkschaftlichen Auseinandersetzungen bei den Hamburger Stahlwerken zeigen werden.

HSW: Die Vorgeschichte

HSW ist der erste Betrieb, der im Rahmen der Industrialisierungspläne für den Süderelbe-Raum im Hamburger Gebiet aufgebaut wurde. 1971 wurde in diesem zum Korf-Konzern gehörenden Stahlwerk die Produktion aufgenommen. Der Hamburger SPD-Senat ist mit 20 % beteiligt.

Bereits vor Produktionsaufnahme des Betriebes haben Genossen unserer Organisation dort gearbeitet. Sie waren von Anfang an bemüht, bei HSW fortschrittliche Arbeitervertretungen aufzubauen, die gewerkschaftliche Organisierung voranzubringen und die Interessen der Kollegen gegenüber der Geschäftsleitung durchzusetzen. Relativ früh bildete sich die „rote Gruppe" (wie sie im Betrieb genannt wurde) um die Genossen herum. Dies gelang im wesentlichen noch vor einer alsbald einsetzenden Formierung von erklärten Faschisten, CDU-Leuten, Rechts-Sozialdemokraten und anderen Pöstchenjägern zu einer rechten „Betriebskampfgruppe" gegen die „linke Gefahr", die – unterstützt durch die örtliche IG-Metall-Führung – die Interessen des Kapitalisten Korf im Betrieb durchsetzen will.

Obgleich HSW mit zur Zeit ca. 950 Arbeitern und Angestellten nur ein Mittelbetrieb ist, ist die Abschußrate fortschrittlicher Kollegen dort unvergleichlich hoch. Es begann Ende 1971:

Die Geschäftsleitung der HSW entließ zwei aktive Vertrauensleute, die wesentlich zur Diskussion um die Tarifrunde 1971 im Betrieb beigetragen hatten und großen Anteil an der Absetzung des reaktionären Betriebsratsvorsitzenden Perlbach und den anschließenden Neuwahlen gehabt hatten. Diese Neuwahlen brachten einen Sieg der Linken im Betriebsrat und einen neuen Betriebsratsvorsitzenden, der nicht auf vertrauensvoller Zusammenarbeit mit der Geschäftsleitung baute.

Im September 1972 entließ die Geschäftsleitung den Betriebsratsvorsitzenden und erteilte ihm Werksverbot. Zwar verloren die HSW-Kapitalisten einen nachfolgenden Arbeitsgerichtsprozeß, aber der BR-Vorsitzende war draußen. Schon vorher wurde ein weiteres – linkes – Mitglied des Betriebsrats beurlaubt und gekündigt – auch diesen Prozeß verloren die Kapitalisten, aber Geld spielt dabei für sie keine Rolle.

Auf dieser Grundlage und der erfolgreichen Anfechtung der alten Betriebsratswahlen im Auftrag der Geschäftsleitung, war es den HSW-Kapitalisten gelungen, eine rechte Mehrheit bei den Neuwahlen des Betriebsrats Ende '72 durchzusetzen. Den Ton gaben jetzt die Rechten Venohr, Hübsch, Moede und Perlbach im Namen der Geschäftsleitung an. Viele fortschrittliche Kollegen hatten zu dem Zeitpunkt aufgrund der dauernden Angriffe und Bedrohung resigniert und waren nicht zu einer Kandidatur bereit.

Und der neue Betriebsrat machte von seiner Macht reichlich Gebrauch und stimmte nahezu allen Maßnahmen der HSW-Kapitalisten zu.

Seit 1971 wurden bei den Hamburger Stahlwerken:
- 2 Betriebsräte entlassen
- Ein Dutzend Vertrauensleute gefeuert

Fast allen wurde Mitgliedschaft oder Zusammenarbeit mit unserer Organisation oder „Zuarbeit" zur Branchenzeitung des KB, METALLARBEITER, vorgeworfen.

Wesentlich größer als die Zahl der rausgeschmissenen Kollegen und gewerkschaftlichen Funktionäre ist die derjenigen, die persönlich soweit unter Druck gesetzt wurden, daß sie „freiwillig" ihren Hut nahmen.

Zweifellos bildet das Vorgehen gegen die Mehrheit der Vertrauenskörperleitung den bisherigen Höhepunkt im Vorgehen gegen die Linken.

In offensichtlicher Weise ist das Zusammenspiel von Kapitalisten, reaktionären Betriebsräten und sozialdemokratischer Gewerkschaftsführung deutlich geworden. Bei HSW hat man sich kaum bemüht, diese Zusammenarbeit zu verbergen.

Vorspiel zum VK-Putsch: Revers-Erpressung

Dem VK-Putsch vom Januar 74 gingen zwei Versuche voran, die linken Vertrauensleute zu „Distanzierungen" zu zwingen.

Im ersten Fall forderte der Betriebsrat auf einer VK-Sitzung im Juli 73 die Vertrauensleute auf, sich von einem Flugblatt der DKP zu „distanzieren", in dem die mangelnde Arbeitssicherheit bei HSW kritisiert wurde, da hierdurch die HSW-Kapitalisten „unsachlich angegriffen" würden. Die Mehrheit des VK lehnte dieses Ansinnen ab.

Im zweiten Fall wurde auf der folgenden VK-Sitzung, im August 73, von Mitgliedern der Ortsverwaltung der IGM ein Schrieb vorgelegt, mit dem sich die Vertrauensleute vom METALLARBEITER des KB „distanzieren" sollten. Sie sollten unterschreiben, daß „alle" (!) Artikel des METALLARBEITER *„eindeutig gegen die IG Metall gerichtet"* seien und daß IGM-Mitglieder, *„die derartige Veröffentlichungen hinnehmen (!) oder unterstützen"*, sich damit „gewerkschaftsschädigend" verhalten.

Die DKP-„Kollegen", begeistert, daß es diesmal nicht gegen sie, sondern gegen die „Chaoten" ging, stimmten zu. Bei diesen Verhältnissen auf der VK-Sitzung gelang es den IGM-Funktionären, von a l l e n Vertrauensleuten eine Unterschrift unter diesen Schrieb zu bekommen.

Der Putsch gegen den VK

Mit Schreiben vom 14. Januar 74 bekam die VK-Leitung dann von der Ortsverwaltung eine Liste, auf der die Namen von 23 „Vertrauensleuten" standen, die von der Ortsverwaltung nachträglich e r n a n n t worden waren. Über diese Ernennung war die VK-Leitung vorher nicht informiert worden. Die IGM-Führer forderten von der VK-Leitung nun die Bestätigung der von oben eingesetzten „Vertrauensleute".

Die Mehrheit der VK-Leitung lehnte das ab. Sie war der Meinung, daß es in der Tat nötig sei, die Zahl der Vertrauensleute zu erhöhen; dies müsse jedoch durch W a h l in den Abteilungen geschehen, nicht aber durch Ernennung von oben.

Dies einfache demokratische Prinzip erschien den Gewerkschaftsführern offenbar „gewerkschaftsschädigend" zu sein.



"Also wie machen wir's jetzt? Wollt ihr sie erst ausschließen oder sollen wir ihnen vorher kündigen?"

Auf der VK-Sitzung vom 18. Jan. nahmen außer dem IGM-Sekretär Prehm auch 14 der ernannten „Vertrauensleute" teil, von denen acht schon ihren Funktionärsausweis in der Tasche hatten (normalerweise dauert es wochen- oder gar monate-

➡

Von den HSW-Bossen in den letzten zwei Jahren gefeuerte Gewerkschaftsfunktionäre

1971:

1. Peter C. (Mitglied der VK-Leitung), fristlos gekündigt nach einem versuchten Warnstreik im WW und Transport;

2. Wolfgang B. (Mitglied der VK-Leitung), fristlos gekündigt ... wie P.C.; beide als „KB-Mitglieder" von SPD-Betriebsrat Perlbach denunziert;

1972:

3. Karl-Heinz H. (fortschrittlicher BR), fristlos gekündigt unter dem Vorwand, einen Ofen falsch gefahren zu haben; als „KB-Sympathisant" von rechten BR denunziert;

4. Michael S. (BR-Vorsitzender), fristlos gekündigt wegen „Störung des Betriebsfriedens" – hatte sich gegen die Einführung der arbeiterfeindlichen Kontischichtregelung gewandt –; vor Gericht auch seiner angeblichen KB-Mitgliedschaft angeklagt, die mit einer Anstellung bei den HSW „nicht zu vereinbaren" sei; mehrfach, u. a. auch auf Betriebsversammlungen und in Flugschriften von SPD-Leuten als „KB'ler" denunziert;

1973:

5. Ali E. (Vertreter der türkischen Kollegen im BR), wegen seines konsequenten Einsatzes für die Belange seiner Landsleute zunächst unter fadenscheinigen Vorwänden für sechs Wochen „beurlaubt"; dann fristlos wegen „Störung des Betriebsfriedens" gekündigt, weil sich ein türkischer Faschist von A. „beleidigt" fühlte – der Faschist rückte alsbald in den BR auf;

6. Hans R. (linker Vertrauensmann), fristlos gekündigt wegen „Störung des Betriebsfriedens", nachdem er sich von einem Faschisten provozieren ließ und von diesem in eine Schlägerei verwickelt wurde;

7. Robert E. (linker Vertrauensmann), fristlos gekündigt unter dem Vorwand, der Arbeit unentschuldigt ferngeblieben zu sein;

8. Hartmut K. (linker Vertrauensmann), fristlos entlassen wegen „Störung des Betriebsfriedens"; H. hatte in seiner Abteilung Unterschriften für mehr Geld gesammelt, mehrfach als „KB'ler" denunziert von rechten BR;

1974:

10., 11. und 12. die Kollegen(in) Gabriel G., Jürgen B. und Jutta G. (alle Mitglieder der Leitung des gewerkschaftlichen Vertrauenskörpers!), fristlos gekündigt wegen „Störung des Betriebsfriedens" (siehe dieser Artikel) – mehrfach „beschuldigt", mit dem KB zusammengearbeitet zu haben; ein Kollege wurde sogar von SPD-BR denunziert, „Kopf" der KB-Betriebszellen bei den HSW zu sein.

In dieser Aufstellung sind nicht jene klassenbewußten Gewerkschafter berücksichtigt, die von den HSW-Kapitalisten zur Kündigung gezwungen wurden – oder die, durch den Unternehmerterror entmutigt, „selbst die Segel gestrichen" haben!

Die Zahl der fortschrittlichen Gewerkschaftsfunktionäre, die in den letzten zwei Jahren direkt oder indirekt der Unternehmerwillkür zum Opfer gefallen sind, dürfte mit zwanzig nicht zu hoch gegriffen sein. ●

Forts. HSW-Terror der Kapit. ...

lang, bis solche Ausweise ausgestellt werden).

Auf dieser Sitzung stellte das bis dahin inaktive Mitglied der VK-Leitung Schuhknecht (CDU) den Antrag, die VK-Leitung möge zurücktreten oder andernfalls abgewählt werden.

Bei den gerade geschaffenen neuen Mehrheitsverhältnissen im VK ging dieser Antrag mit 2/3-Mehrheit glatt und rasch über die Bühne.

IGM-Sekretär Prehm inszenierte nun eine „Neuwahl" der VK-Leitung. VK-Vorsitzender wurde der CDU-Schuhknecht (der noch vor einigen Monaten verlauten ließ, er wolle bei



HSW einen „Christlichen Metallarbeiterverband" gründen); zweiter Mann im VK wurde ein Stellvertretender Abteilungsleiter.

So funktioniert Demokratie nach dem Geschmack der Gewerkschaftsführer: mit manipulierten „Mehrheiten" CDU-Leute und Leitende Angestellte an die Spitze der gewerkschaftlichen Organisation im Betrieb hieven, und dabei nicht vergessen, demagogisch gegen das „gewerkschaftsschädigende Verhalten" von kämpferischen Gewerkschaftern zu zetern, die

Gegen den heftigen Widerstand des anwesenden IGM-Sekretärs Prehm beschloß der Vertrauenskörper von Reynolds die hier abgedruckte Erklärung, mit der gegen das Vorgehen der Ortsverwaltung der IGM bei HDW und HSW protestiert wird.

Der Vertrauensleutekörper der Firma Reynolds verurteilt das Vorgehen der Ortsverwaltung gegen Mitglieder der HDW-Jugendvertretung. Diesen Kollegen wurde auf Beschluß der Ortsverwaltung ein Revers vorgelegt, mit dem sie sich von „linksextremen Informationen und Aufrufen" distanzieren sollen.

Wir protestieren gegen die Vorgänge bei HSW. Hier wurden Vertrauensleute der IG Metall erst als Mitglieder der VK-Leitung abgewählt und anschließend auf Antrag eines Vertrauensmannes der IG Metall der Geschäftsleitung nach § 104 BVG zur Kündigung vorgeschlagen. Dieser Vorschlag wurde mit Mehrheit angenommen und von der Geschäftsleitung ausgeführt.

Diesen Kollegen wird Zuarbeit, Mitgliedschaft zu kommunistischen Organisationen vorgeworfen. Wir sind der Auffassung, daß das Prinzip der Einheitsgewerkschaft die Zusammenarbeit und solidarische Auseinandersetzung mit unterschiedlichen gesellschaftspolitischen Anschauungen erfordert. Es kann nicht angehen, das Kollegen ausgeschlossen werden, die die derzeitige mehrheitliche Meinung in der Gewerkschaft nicht teilen. Deshalb treten wir für das offene und ehrliche Austragen der unterschiedlichen politischen Auffassungen ein. Das Ziel muß die Stärkung der Solidarität sein im Kampf gegen die Unternehmer, gerade in einer Situation, wo die Unternehmer zur Senkung des Lohnes und zum Abbau demokratischer Rechte blasen.

Gewerkschaftsfeindlich kann nicht pauschal eine linke Meinung sein, sondern muß konkret bewiesen werden. Ohne Beweise gegen die Interessen der Arbeiter gehandelt zu haben, muß das Verhalten der IG Metall Vertrauensleute, die die Kündigung beantragt und zugestimmt haben, mit Empörung verurteilt und kann nicht anders als gewerkschaftsfeindlich bezeichnet werden.

Dieser Stil schwächt die gewerkschaftliche Kampfkraft, wenn anstelle der fairen und sachlichen Diskussion Gewerkschaftsmitglieder dem Unternehmer ausgeliefert werden. Der Reynolds Vertrauenskörper solidarisiert sich mit den gekündigten und vom Gewerkschaftsausschluß bedrohten Kollegen. Wir unterstützen ihren Kampf für Wiedereinstellung bzw. gegen Ausschluß.

solche völlig undemokratischen Machenschaften nicht mitmachen.

Aber die Sitzung war noch nicht zu Ende. Nunmehr sah Perlbach – eben jener, der vor zwei Jahren unter dem Druck einer Unterschriftensammlung der Kollegen zum Rücktritt als Betriebsratsvorsitzender gezwungen worden war – die Stunde der Rache gekommen. Er beantragte, gegen drei Mitglieder der bisherigen VK-Leitung möge der Betriebsrat bei der Geschäftsleitung den Rausschmiß beantragen, wegen „Störung des Betriebsfriedens".

Der Betriebsrat ließ sich nicht lange bitten, sondern faßte auf einer Sondersitzung vier Tage später den entsprechenden Beschluß. Es dauerte dann noch gerade zwei Stunden, bis die Geschäftsleitung die drei Kollegen zu sich rief, um ihnen den Rausschmiß mitzuteilen und sie vom „Werkschutz" aus dem Betrieb eskortieren zu lassen.

Um das Maß voll zu machen, beantragte CDU-Schuhknecht, die drei gefeuerten Kollegen nun auch noch aus der Gewerkschaft auszuschließen. Die IGM hat den drei Kollegen dann auch sogleich den Rechtsschutz gegen die Entlassung verweigert.

In einer Stellungnahme zu den Vorgängen schreiben die drei entlassenen und mit Gewerkschaftsausschluß bedrohten Kollegen u. a.:

„Gewerkschaften sind zu allen Zeiten als Interessenvertretung der Arbeiter und Angestellten gegründet worden und gewerkschaftliche Rechte mußten gegen schärfsten Widerstand der Unternehmer erkämpft werden. – An dieser Stelle erinnern wir besonders an die Errichtung des Hitler-Faschismus, der bei der Machtergreifung mit als erstes die Gewerkschaften verbieten und Gewerkschaftshäuser stürmen ließ. In den Betrieben der Unternehmer wurden dann die Nazi-‚Vertrauensräte' der ‚Deutschen Arbeitsfront' errichtet. Ganz offensichtlich entspricht das am ehesten den Vorstellungen der HSW-Geschäftsleitung, die sich einen Betriebsrat und einen Vertrauenskörper wünscht, der sich in ‚Partnerschaft' ihrer Geschäftspolitik unterordnet, der nicht Interessenvertretung der Kollegen im Betrieb, sondern verlängerter Arm der Geschäftsleitung ist.

Insofern betrachten wir unsere Kündigungen als einen Generalangriff auf die Interessenvertretung aller Kollegen im Betrieb, als den Versuch, massiv alle Ansätze für eine gewerkschaftliche Interessenvertretung bei HSW zu zerschlagen." ●

Metallkomitee/
Betriebszelle HSW
KB/Gruppe Hamburg

Übt Solidarität!!

Die 3 Entlassenen Vertrauensleute bei HSW haben erklärt, daß sie nicht bereit sind, "kampflos das Feld zu räumen".
Sie sind bisher in zwei mehrseitigen Erklärungen an die Kollegen im Betrieb und darüberhinaus an eine Reihe weiterer Betriebe getreten.

Es hat schon eine Reihe von Spenden gegeben. Der Reynolds- Vertrauenskörper hat sich mit den Kollegen solidarisiert.

Durch die Verweigerung von Rechtsschutz seitens der Hamburger IGM-Führung treten zusätzliche Kosten für die Kollegen auf.

Solidarisiert euch mit den Entlassenen - kämpft gegen die "Extremistenerlasse" in den Gewerkschaften und die politischen Entlassungen in den Betrieben.

Unterstützt die Kollegen auch finanziell!

So könnt ihr sie erreichen:

Spendenkonto:
Jutta Goldbeck
Haspa 1268/586 7o6
Kennwort: Solidarität

Jutta Goldbek
2 Hamburg 5o
Schillerstr. 28
Tel. 38o 9o 6o

Forts. Texaco

Problemen des bewaffneten Kampfes der Arbeiterklasse."

(Dies ist eine Abschrift. Die drei unteren von uns unkenntlich gemachten Namen von Betriebsräten und Vertrauensleuten waren auf dem Flugblatt extra gesperrt gedruckt – ein mehr als deutlicher Hinweis für Geschäftsleitung und rechte Gewerkschaftsführer!)

Inzwischen ist aufgeklärt worden, daß diese Provokation auf der Schreibmaschine getippt wurde, die sich im Zimmer des BR-Mitgliedes Preishofen (HV) befindet, nebenbei CDU-Mitglied in Pinneberg und dort schon im Stadtparlament gewesen. Preishofen hatte bereits des öfteren ähnliche Blätter im BR kreisen lassen. Preishofen leugnet, der Verfasser dieser Provokation zu sein ... „da muß sich jemand nach Feierabend in mein Zimmer geschlichen haben ..."!

Drei Grasbrooker Kollegen, die gerade vor dem Verwaltungsgebäude am Mittelweg ihre Obes-Provokation verteilten, wurde das Blatt von „irgend jemanden aus der Verwaltung" dann angeblich in die Hand gedrückt. Sie konnten sich später nicht einmal mehr daran erinnern, ob es eine Frau oder ein Mann war. Jedenfalls hielten sie das Blatt „für so gelungen", daß sie damit zur Verwaltungsstelle eilten, wo Kodolitsch auf Kosten der organisierten Kollegen die Saugpostkurbel zur Vervielfältigung in Gang setzen ließ.

So tauchte dieses Provokations-Blatt wenig später auch im Grasbrooker Werk auf.

Das Spiel mit verteilten Rollen zwischen den verschiedenen Gefolgsleuten des Kapitals tritt hier sehr deutlich zutage: Hatten die Grasbrooker Rechten noch scheinheilig und „großzügig" posaunt, daß sie keine Namen nennen wollen (außer einem freilich), so reicht am gleichen Tag ein „anonymes" Blatt aus der Schreibmaschine eines CDU-Rechten und Gewerkschaftsfeindes gewissermaßen umgehend die Namen weiterer Linker nach ... und wird prompt im Gewerkschaftshaus von SPD-Kodolitsch vervielfältigt.

Angesichts dieser Tatsachen ist es unwichtig – und kann hier auch nicht bewiesen werden – ob diese Provokation unter direkter Anleitung Kodolitsch' geschrieben wurde, oder zufällig am selben Tag erschien.

Die sich ergänzenden Inhalte der Teile der zwei Flugblätter und das saubere „timing" lassen eine „antikommunistische Schaltzentrale", die das Vorgehen aller Rechten koordiniert, nicht unwahrscheinlich erscheinen. (Man beachte z.B. die Parallelen zwischen „Verfolgungswahn vor dem Verfassungsschutz" und „Schaffung einer abhörsicheren Direktleitung" in beiden Flugschriften.)

Ebenfalls möglich ist, daß die offen faschistische, öffentliche Kommunistenjagd der Sozialdemokraten Kodolitsch und Co. allerlei faschistisches Gesindel aus den Löchern lockt und zu Provokationen aller Art ermutigt, die dann wieder von den Sozialdemokraten verwendet werden ...

Die dritte Provokation: Vom „Meister" persönlich !

Die dritte Provokation schrieb dann von Kodolitsch selbst. Das in hoher Auflage gedruckte Flugblatt erschien zunächst anonym, später gab Kodolitsch zu, der Verfasser zu sein, nachdem ihm dies nachgewiesen werden konnte. Stil und Inhalt sind der zweiten sehr ähnlich, nur daß diesmal versucht wird, eine Wilhelmsburger VLK-Sitzung als chaotisch darzustellen und die Träger oppositioneller Politik in Wilhelmsburg namentlich genannt werden. Sie trägt den Titel: *„Neujahrssitzung des Karnevalvereins VLK-Texaco-Wilhelmsburg".*

„ ... Der wirklich sehr fortschrittliche Vorsitzende S. (alle Namen sind im Flugblatt ausgeschrieben!) *eröffnet die Sitzung und begrüßt sehr, sehr herzlich die Führer des Fortschritts aus der Hauptverwaltung. Dann gab es einen durch und durch sachlichen Bericht über die faschistischen Methoden, den Ausschlußterror und andere Sauereien des VLK Grasbrook. Da hatten sich einige schon fast totgelacht."*

„Nachdem diesen Schweinen also das Maul gestopft war und andere vom Schlage dieser Herren begriffen hatten, daß hier nur fortschrittliche Kollegen was zu sagen haben, setzte der superknorke fortschrittliche Kollege H. zur weiteren Entlarvung dieser Herrschaften an. Das fanden alle unwahrscheinlich gut. Sie lachten sich kaputt ... "

„Dann meldete sich der auf dem Wege zum Fortschritt voranschreitende Kollege R. zu Worte. Ungeduldig fragte er, wann denn nun endlich alles wie verabredet abgestimmt werden könne.

Dieser Meinung war der fortschrittliche Vorsitzende S. aber verdammtnochmal auch. Programmgemäß wurden die Grasbrooker Faschisten verurteilt. 7 (mit R., der schließlich auch mal aus Wilhelmsburg kam!) waren dafür, 2 dagegen (rechte Schweine) und 5 trauten sich nicht mehr, eine Meinung zu haben . . ."

Ein Kommentar zu dieser Provokation erübrigt sich wohl; so sieht ein Gewerkschaftssekretär den Verlauf einer Sitzung, auf der er keine Mehrheit bekommen hat! Von der anfangs betonten „Zurückhaltung" (Namen zu nennen) war nun nichts mehr übrig geblieben. Der psychologische Terror, der durch solche Provokationen gegen unliebsame Kollegen entfacht wird, erstreckte sich jetzt auf die wichtigsten Exponenten oppositioneller Politik bei allen Werken der Texaco-Hamburg. Durch diesen Terror sollen unliebsame Kollegen fertiggemacht und zur Aufgabe (ihrer bisherigen Politik, oder ihrer aktiven Praxis überhaupt) gezwungen werden. Die Rechten aber werden nicht müde, ständig vom „Terror der Linken" zu phantasieren.

Nur um die ganze Breite der rechten Propagandaoffensive klarzumachen, sei noch erwähnt, daß Kodolitsch auf der Betriebsversammlung in Grasbrook am 25.1. eine 30-Minuten-Rede über die „allgemeine Politik", die „Ziele", die „Strategie und Taktik der Chaoten im revolutionären Kampf" halten durfte. Sie war ähnlich gegliedert wie die neue Broschüre der Gewerkschaftsführung „Was wollen die Chaoten" (Abdruck in UNSER WEG Nr. 22), die selbstverständlich auch bei Texaco in Umlauf gebracht wurde, und bekanntlich aus der Feder von Kodolitsch stammt.

Vorerst kein durchschlagender Erfolg für die Rechten

Alle drei hier geschilderten Flugblätter sind – soweit wir das beurteilen und erkennen können – bei den Kollegen schlecht angekommen. Das gilt auch für solche Kollegen, die sich bisher nicht oder kaum um innerbetriebliche und gewerkschaftliche Fragen und Auseinandersetzungen gekümmert haben.

Dies – vorläufige! – Ergebnis kann nicht weiter verwundern. Haben die Rechten mit ihren Schmierereien doch alle Regeln von Kollegialität usw. durchbrochen und in Inhalt und Stil eine Form der Auseinandersetzung angeschnitten, die bisher einfach „nicht üblich" war.

Aus der schlechten Aufnahme dieser Schmierblätter durch die Kollegen darf allerdings nicht (vorschnell) erwartet werden, daß so etwas nicht wieder vorkommen wird. Im Gegenteil. Die rechten Sozialdemokraten und Antikommunisten können im wesentlichen gar nicht anders. Sie können (und das wissen sie sehr gut!!!) den Kommunismus nicht in einer ehrlichen politischen Diskussion und Auseinandersetzung vor den Kollegen widerlegen und bekämpfen. Sie müssen zu Demagogie, Terror, administrativen Mitteln usw. greifen, um nicht unterzugehen, um ihren Einfluß über die Arbeiterbewegung nicht zu verlieren und damit auch gleichzeitig ihre fetten Pfründe und Posten.

Die Rechten erwarten nicht, daß bereits nach ihren ersten Schmutzblättern ihnen die Herzen zufliegen. Sie wissen aus Erfahrung sehr gut, daß es z. T. sehr lange dauert, bevor ihre Schauermärchen über die Linken, die Kommunisten geglaubt werden, bevor sich eine rechte Formierung durchsetzt usw. Das 1956 erwirkte KPD-Verbot mit seinen vorbereitenden Gewerkschafts-Massenausschlüssen beweist diese Taktik ebensogut, wie die „Baader-Meinhof-Kampagne" 1971/72 und die derzeit laufende Verbots-Kampagne gegen kommunistische Organisationen.

Deswegen ließ die Gewerkschaftsführung ihre Propaganda-Flut seit geraumer Zeit erst einmal „wirken" und schlug eine neue taktische Variante an: Der Verwaltungsstellenvorstand schaltete sich als „neutraler Schlichter" (!) ein und leitete zwei Verfahren nach § 9 „Beilegung von Streitigkeiten unter Mitgliedern" (!!) ein. Eines mit den Parteien VLK Grasbrook und den drei aus dem VLK gefeuerten Kollegen, ein anderes zwischen Kynast und Obes. Außerdem wurde der gesamte VLK der HV zum Verwaltungsstellenvorstand zu einer „Aussprache" zitiert (vom IG-Chemie-Hauptvorstand kam extra Plumeier aus Hannover angereist), um zu „klären", ob eine weitere Zusammenarbeit mit dem VLK der Verwaltungsstelle möglich ist und um Bedingungen dieser Zusammenarbeit festzulegen. Über konkretes Vorgehen und Bedeutung dieser Maßnahmen der Gewerkschaftsführer berichten wir im nächsten ARBEITERKAMPF.

Zwischenbilanz

Die Gewerkschaftsführer sind in der zweiten Hälfte des letzten Jahres auf breiter Front von einer vorbereitenden Antikommunismus-Hetze zum Ausschluß-Terror übergegangen. Die Ausschluß-Kampagne wird von einer Hetze begleitet, die gegenüber der aus den Jahren 1971/72 eine völlig neue Qualität hat, d. h. offen faschistoide Züge trägt, z. T. direkt aus Hitlers „Mein Kampf" abgeschrieben ist (vgl. z. B. den „roten Otto" der Hamburger IG-Chemie-Führung, der inzwischen auch im Hafen und vor Westberliner Chemie-Betrieben im selben Wortlaut verteilt wurde).

Die gesamte Entwicklung in den DGB-Gewerkschaften zeigt, daß die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer j e t z t die „Machtfrage" gegen die Linken stellen, zu einem Zeitpunkt also, wo die Linke keinen schon unmittelbar wirksamen Widerstand dagegen leisten kann und die rechten Gewerkschaftsführer noch relativ leichtes Spiel haben.

Für die Gewerkschafts-Linke ist dies kein Grund zum Verzagen oder gar opportunistischem Zurückweichen. Im Gegenteil: Einen längerfristigen Sieg kann die Gewerkschaftsführung für die Kapitalisten durch bloßen Ausschluß und ähnliche bürokratische Mätzchen in der Arbeiterbewegung nicht durchsetzen. Das wissen die SPD-Führer selbst am besten und die historischen Erfahrungen beweisen es x-fach.

Die Politik der bürgerlichen Machthaber in der Gewerkschaft zielt auf das politische Zurückweichen, das versöhnlerische Nachgeben der Gewerkschafts-Linken. Diesem Ziel ordnet sich auch die Politik der Gewerkschafts-Ausschlüsse unter. Den Ausschluß-Terror werden die Linken heute nicht verhindern können, opportunistisches Zurückweichen dagegen bedeutet den politischen Selbstmord, den Verzicht auf revolutionäre Politik, den Verrat an den Interessen der Arbeiterklasse.

(Wird fortgesetzt in AK 43). ●

Betriebszelle Texaco
KB/Gruppe Hamburg

Kapitalistische Rationalisierung in der BRD

Klassenkampf von oben

Schon knapp drei Monate vor Beginn der Metalltarifrunde „mutmaßten" bürgerliche Wirtschaftsspezialisten und ihre journalistischen Sprachrohre: *„Ein Produktionsknick scheint den Ministerialien allerdings*



August 72: Voigtländer-Kollegen demonstrieren in Braunschweig gegen die Stillegung ihres Werkes.

dringend geboten. Nur ein deutlich erkennbarer Konjunkturabschwung – und die drohende Gefahr des Arbeitsplatzverlustes – erlaube den von der Basis bedrängten Gewerkschaften, sich bei den Tarifrunden mit maßvollen Abschlüssen zufrieden zu geben." („Spiegel" vom 1.10.73) Zur gleichen Zeit, nämlich im September 1973 gab es rund 220.000 Arbeitslose in Westdeutschland und schon damals hieß die Prognose der bürgerlichen Wissenschaftler: eventuell 500.000 Arbeitslose im Winter. Wohlgemerkt: diese Voraussagen wurden getroffen, bevor zum einen die sogenannte Ölkrise offiziell „bekanntgegeben" wurde, sowie zum anderen die verschiedenen Tarifrunden offiziell eingeleitet waren.

Und wie es „das Schicksal wollte", kamen auch Anfang November die „Hiobsbotschaften" en gros in die bürgerlichen Redaktionsstuben geflattert:

8.11.73: „Ford will in Köln die Bänder stoppen", „Wir werden bestimmt nicht die letzten sein" („Handelsblatt").

Und richtig,

15.11.73: „Fast so viele Arbeitslose wie in der Rezession" („Welt").

24.11.73: „Vorsorglich meldet Opel Kurzarbeit an" – „Fiat – Absatz von Ölkrise hart betroffen" („Kölner Stadt-Anzeiger"). („Seltsamerweise" kündigte Opel noch im August die Erhöhung der Produktionseinheiten von 0,9 Mio. auf 1,1 Mio. an, um die VW-Fabrikate am Markt niederhalten zu können. Diese Information fand der Leser in der „Spiegel"-Ausgabe vom 20. August 1973. An gleicher Stelle wurde vermerkt, daß von seiten der Automobilindustrie eine Sättigung des Marktes nicht vor 1985 erwartet werde. Allerdings werde, besonders von Opel, eine verstärkte Verlagerung von Produktionskapazitäten in Länder der sogenannten Dritten Welt in Betracht gezogen. Dies aus keinem anderen Grund, als die extrem niedrigen Lohnverhältnisse in diesen Ländern auszunutzen.)

29.11.73: „Immer mehr Unternehmen melden Kurzarbeit an" („Welt"). Endlich greift die Hamburger „Morgenpost" (SPD) ein:

7.12.73: „Arbeitslosigkeit um 40% gestiegen".

Mannesmann-Kollegen auf dem Protestmarsch: Ihre Bude in Gangenfeld sollte dichtgemacht werden, obwohl noch reichlich Aufträge vorlagen.

In trauter (oder anders:) „Konzertierter Aktion" von Großkonzernen, „sozialliberaler" Koalition und bürgerlicher Presse soll den westdeutschen Werktätigen ein weiteres Mal „Maßhalten" (d.h. Reallohnabbau) und Existenzunsicherheit als notwendig bzw. eigenes Verschulden untergejubelt werden.

Nur einen Hintergrund dazu schilderte die kapitalistenfreundliche „Wirtschaftswoche" vom 7. Oktober 1973:

„... Die Gewerkschaften fordern für 74 durchweg 15 Prozent, die Regierung – insbesondere der Kanzler, Finanzminister Schmidt und Wirtschaftminister Fridericht – hält elf Prozent für die oberste Grenze."

(Man vergleiche dies mit den bisherigen Abschlüssen bei ÖTV, Post, Eisenbahn und Metall!) Allerdings zeigt sich bei der Untersuchung im Detail, daß es weitere bemerkenswerte „Hintergründe" der Stillegungs- bzw. Kurzarbeitsankündigungen gibt. Es kommt nicht von ungefähr, daß der Bundeskanzler Brandt niemandem mehr s e i n e n, sondern jedem nur noch e i n e n Arbeitsplatz garantieren will.

An dieser Stelle soll nun an verschiedenen wesentlichen Stillegungen (bzw. Plänen dazu) aufgezeigt werden, wie die Kapitalisten gegen die Werktätigen vorgehen und welchen Charakter diese Maßnahmen haben.

Am 21.12.73 meldete das Kapitalisten-Organ „Handelsblatt":

„Das DEW (Deutsche Edelstahlwerke) -Schiff ist bald krisensicher". Es wurde mitgeteilt, daß es dem Vorstand gelungen sei, die „Verluste" des Vorjahres zu halbieren. Der Weg zu diesem „stolzen" Ergebnis für die Kapitalisten führte über den Ruin von sieben Betriebsteilen der DEW, unter Zerschlagung tausender von Arbeitsplätzen. Die letzten Schläge teilte der Konzern aus, als er die geplante Wegrationalisierung von weiteren 450 Arbeitsplätzen in Krefeld und 800 in Bochum bekanntgab.

Betroffen davon ist die Hartmetall- und Werkzeugfertigung in Krefeld und die Form- und Schleudergußfertigung in der Edelstahlgießerei in Bochum (650 Arbeitsplätze). In Bochum waren schon zuvor 150 Entlassungen angekündigt worden. Das „Handelsblatt" schrieb, daß man *„allgemein den Eindruck (hatte), daß man bei diesem großen Edelstahlproduzenten endlich ‚Nägel mit Köpfen' gemacht hat."* Das für Finanzen zuständige Vorstandsmitglied Dr. Alfons Gödde gab zu: *„Es war ein Jahr, das umsatz- und produktionsmäßig selbst das Spitzenjahr 1969/70 übertrifft."* „Kein Wunder", darf ergänzt werden. Obwohl eine Umsatzsteigerung von 21% im Inland und von 75% im Ausland erfolgte, ging die Belegschaftsstärke um 274 Mann (von 14.847 auf 14.573) zurück. (Alles nach „Handelsblatt" vom 21.12.73)

blatt" vom 21.12.73)

All dies ist für den Thyssen-Konzern (zu diesem gehören die DEW), nicht aber für die Belegschaft, ein Grund zum Feiern. Nicht nur gesteigerte Arbeitshetze und Arbeitsplatzunsicherheit, sondern direkte Arbeitslosigkeit sind zumindest für Teile der Belegschaft die „Früchte" dieses Schaffens geworden.

Vor einem knappen Jahr noch erregte die „Elefantenhochzeit", die Fusion von Thyssen und Rheinstahl, die Öffentlichkeit. Zynisch wurde aus diesem Anlaß vom damaligen Thyssen-Generaldirektor Sohl „aus verständlichen Gründen" auf eine Arbeitsplatzgarantie für alle Thyssen- und Rheinstahlbeschäftigten „verzichtet". (Nach „Berliner Extra-Dienst" vom 21.9.73) Dafür versuchte der „Arbeitnehmervertreter" des Konzerns Vetter (seines Zeichens DGB-Chef) seine Zustimmung zur Fusion u.a. mit der „Hoffnung" zu rechtfertigen, daß die Arbeitsplätze nun sicherer würden.

Im ARBEITERKAMPF Nr. 30 vom Juli 1973 schrieben wir:

„Daß die ATH (August-Thyssen-Hütte) keineswegs ungeübter im Rationalisieren ist, sollte klar sein: innerhalb eines Jahres (1971/72) wurde die Belegschaft um 4.000 Kollegen reduziert und gleichzeitig der Umsatz pro Beschäftigten auf 108.000 DM gesteigert.

Durch die Fusion werden die Lasten für die Arbeiter weiter gesteigert. ‚Endlich kann auch die Schließung der Warmblechwalzstraße in Krefeld (ATH) durchgeführt werden', kündigte Spethmann (Nachfolger von Sohl) gleich bei Fusionsbekanntgabe an."

Diese „Prognose" müssen jetzt zahlreiche Thyssen-Arbeiter am eigenen Leibe verspüren und so machte sich folgerichtig die Empörung der Belegschaft durch Warnstreiks und Protestdemonstrationen vor dem Verwaltungsgebäude des Bochumer Werkes Luft.

Auf einer darauf folgenden außerordentlichen Betriebsversammlung wurden die Konzernvertreter mit mas- »

Die Emanzipation der Frau in Palästina

Forts. Kap. Rationalisierung

siven Buh-Rufen und einem Pfeifkonzert empfangen. Trotzdem scheute sich der Versammlungsleiter – im Auftrag der Konzernherren – nicht, den Belegschaftsmitgliedern „Mitteilungen an Dritte" über diese Versammlung zu verbieten. Und dies, nachdem noch nicht einmal der Betriebsrat zuvor rechtzeitig über die Entlassungs- und Stillegungspläne des Konzerns informiert worden war.

Ebenfalls zum Thyssen-Konzern gehört die „Westfälische Union-Hamm". Mit den üblichen Hinweisen auf „ungenügende Erträge" – hier: „Verfall der Exporterlöse" – sind geplante Kündigungen von rund 1.000 Beschäftigten verbunden.

Außerdem sollen die Zweigwerke Neheim und Ösede völlig, und das Werk Lippstadt teilweise stillgelegt werden. Auch Angestellte sind in größerem Maß betroffen, da umfangreiche Rationalisierungen im Verwaltungssektor folgen sollen.

Zwei weitere Stahlgiganten, nämlich Krupp und Klöckner, sind angetreten, den Lebensstandard auch ihrer Belegschaft zu senken. Ganz offensichtlich geschieht dies bei ihrer gemeinsamen Tochter VDI (Vereinigte Drahtindustrie), die ihnen je zur Hälfte gehört.

Bis Mitte 1975 sollen die Werke in Düsseldorf mit 959 und Göppingen mit 68 Beschäftigten stillgelegt werden. Das Produktionsprogramm soll auf die Werke Hamm/Westf. und Kehl/Baden konzentriert werden. Für die geschaßten Kollegen sind dort (!) angeblich 400 Arbeitsplätze frei. (Man darf den Kollegen wohl schon „Gute Reise" wünschen.) Die VDI-Werke sind der viertgrößte Drahtverarbeiter Westeuropas. Krupp und Klöckner hatten ihre Drahtverarbeitung von vornherein nur deshalb zusammengelegt, um daraus Rationalisierungs- und damit Wettbewerbsvorteile auf Kosten der Arbeiter und Angestellten zu erzielen.

Hiergegen setzte sich die Belegschaft zur Wehr:

Im Dezember 73 traten mehrere hundert Arbeiter der VDI-Werke in einen mehrstündigen Warnstreik. Am darauffolgenden Tage demonstrierte die VDI-Belegschaft unter den Losungen:

- „Klöckner und Krupp profitieren, wir die Existenz verlieren";
- „Kontrolle durch die Arbeitnehmer über die Investitionen der Konzerne";
- „Die Klöckner-Belegschaft hat nach 45 aufgebaut – tausend Arbeitern und Angestellten wird jetzt der Arbeitsplatz geklaut" und
- „Der Interessengegensatz von Arbeit und Kapital zwingt zum Kampf – Es bleibt keine andere Wahl"!

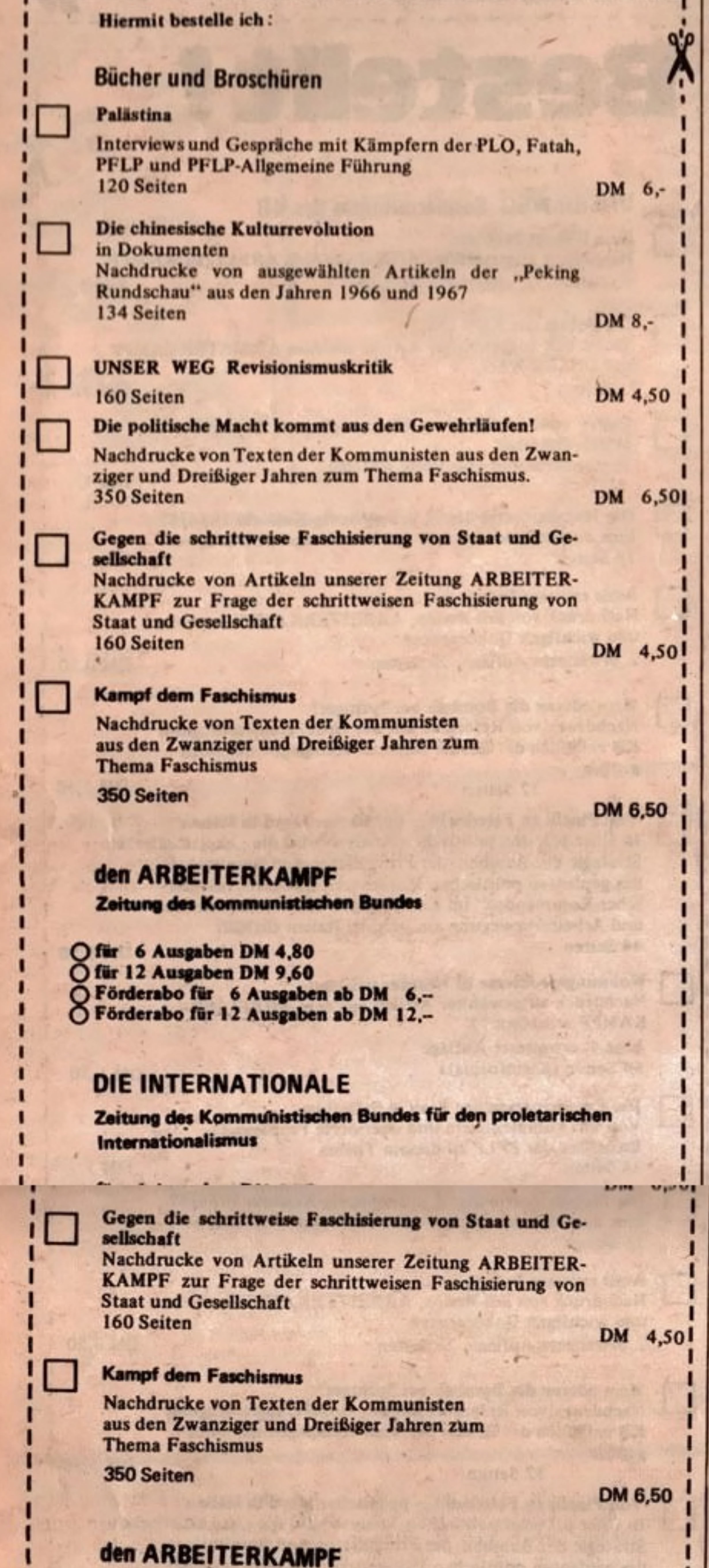
Der Zug bewegte sich durch die Düsseldorfer Innenstadt.

Ebenso wie bei Thyssen gab auch der Mannesmann-Konzern mehrere Stillegungsabsichten bekannt.

Schon 1971 waren bei steigendem Umsatz 3.700 Arbeiter und Angestellte von Rationalisierungsmaßnahmen und Produktionsverlagerungen ins Ausland betroffen. Bei einer weiteren Umsatzsteigerung von 8% im Jahre 72 „durften" 1.405 Beschäftigte nach anderen Arbeitsmöglichkeiten Ausschau halten.

In diesem Jahre sollten die Kollegen der Rohrbogenabteilung in Mühlheim, des Presswerkes und der Fertigungsstraße für Rohreinzelschüsse durch Rationalisierungsmaßnahmen betroffen werden. Für 1974 war vorgesehen 192 Schweißwerker, ebenfalls in Mühlheim, wegzurationalisieren. Weiterhin wurde bekannt, daß das größte Flansch- und Fittingwerk Europas in Immigrath stillgelegt werden sollte. Dieses Werk hatte der Mannesmann-Konzern kürzlich, im Januar 1973, übernommen. Von den Stillegungsplänen erfuhr der Betriebsrat erst aus der bürgerlichen Presse.

Es wurde sehr schnell deutlich, daß das Werk nur zum Zweck der Stillegung (Ausschaltung der Konkurrenz) überhaupt übernommen worden war. Dagegen protestierte am 6. November die Belegschaft auf einer De-



Hiermit bestelle ich:

Bücher und Broschüren

☐ **Palästina**
Interviews und Gespräche mit Kämpfern der PLO, Fatah, PFLP und PFLP-Allgemeine Führung
120 Seiten DM 6,-

☐ **Die chinesische Kulturrevolution**
in Dokumenten
Nachdrucke von ausgewählten Artikeln der „Peking Rundschau" aus den Jahren 1966 und 1967
134 Seiten DM 8,-

☐ **UNSER WEG Revisionismuskritik**
160 Seiten DM 4,50

☐ **Die politische Macht kommt aus den Gewehrläufen!**
Nachdrucke von Texten der Kommunisten aus den Zwanziger und Dreißiger Jahren zum Thema Faschismus.
350 Seiten DM 6,50

☐ **Gegen die schrittweise Faschisierung von Staat und Gesellschaft**
Nachdrucke von Artikeln unserer Zeitung ARBEITERKAMPF zur Frage der schrittweisen Faschisierung von Staat und Gesellschaft
160 Seiten DM 4,50

☐ **Kampf dem Faschismus**
Nachdrucke von Texten der Kommunisten aus den Zwanziger und Dreißiger Jahren zum Thema Faschismus
350 Seiten DM 6,50

den ARBEITERKAMPF
Zeitung des Kommunistischen Bundes

○ für 6 Ausgaben DM 4,80
○ für 12 Ausgaben DM 9,60
○ Förderabo für 6 Ausgaben ab DM 6,–
○ Förderabo für 12 Ausgaben ab DM 12,–

DIE INTERNATIONALE
Zeitung des Kommunistischen Bundes für den proletarischen Internationalismus

☐ **Gegen die schrittweise Faschisierung von Staat und Gesellschaft**
Nachdrucke von Artikeln unserer Zeitung ARBEITERKAMPF zur Frage der schrittweisen Faschisierung von Staat und Gesellschaft
160 Seiten DM 4,50

☐ **Kampf dem Faschismus**
Nachdrucke von Texten der Kommunisten aus den Zwanziger und Dreißiger Jahren zum Thema Faschismus
350 Seiten DM 6,50

den ARBEITERKAMPF
Zeitung des Kommunistischen Bundes

○ für 6 Ausgaben DM 4,80
○ für 12 Ausgaben DM 9,60
○ Förderabo für 6 Ausgaben ab DM 6,–
○ Förderabo für 12 Ausgaben ab DM 12,–

DIE INTERNATIONALE
Zeitung des Kommunistischen Bundes für den proletarischen Internationalismus

Thyssen:
MONOPOL GEGEN DIE ARBEITER



Streik auf der Henrichshütte

Etwa 3.000 (von 8.000) Arbeitern des Stahlwerks Henrichshütte in Hattingen protestierten am 29. März in einem eineinhalbstündigen Warnstreik gegen die Entlassungspläne des Thyssen-Rheinstahl-Konzerns und zogen in einem Demonstrationszug vor das Verwaltungsgebäude.

Nach den Entlassungen von mehreren hundert Arbeitern der Deutschen Edelstahlwerke im Dezember letzten Jahres (Thyssen), von tausend Arbeitern bei Rheinstahl-Hanomag in Hannover und etwa 250 Arbeitern der Stahlwerke Bochum (Thyssen) sollen nun mehrere hundert Arbeiter der Hattinger Henrichshütte (Rheinstahl) dran glauben.

Das Entlassungs- und Stillegungskarussell des Mammut-Konzerns Thyssen-Rheinstahl dreht sich. Mit der Fusion der beiden Konzerne (wir berichteten hierüber ausführlich in AK 30/73) im letzten Jahr wurden gleichzeitig mehrere „Rationalisierungskommissionen" unter Leitung der Entlassungsexperten der August Thyssen-Hütte gebildet.

65% der Rheinstahl-Aktien sind mittlerweile im Besitz der Thyssen-Hütte, und Thyssens Vorstandsvorsitzender Spethmann ist gerade auf dem Sprung in den Aufsichtsratsvorsitz von Rheinstahl. Wurden bei der Fusion im März letzten Jahres noch offiziell Bedenken hiergegen ausgesprochen (Bundeskartellamt: „Gefahr der marktbeherrschenden Stellung"), so sind mittlerweile in aller Stille vollendete Tatsachen geschaffen worden: das Bundeswirtschaftsministerium gab grünes Licht und noch 1973 genehmigte die Kommission der Europäischen Gemeinschaft die Fusion. Im Februar 1974 zog das Bundeskartellamt nach („keine Bedenken mehr").

Die oben erwähnten Entlassungen sind Teil der Pläne, die unter dem Namen „Neugliederungsgespräche zwischen der Thyssen-Gruppe und der Rheinstahl AG" Ende März offiziell bekannt wurden (die folgenden Angaben nach „Handelsblatt" vom 28.3.74). Danach wurden folgende wesentliche Maßnahmen beschlossen, die deutlich machen, daß noch eine Reihe weiterer Entlassungen zum Wohle der Thyssen-Rheinstahl-Profite bevorstehen:

- Grundsätzlich sollen die „Verarbeitungsbereiche unter der Obhut der Rheinstahl AG" weitergeführt werden,
- während der „Stahlbereich unter der Regie der Thyssen-Gruppe" geführt wird.

Danach wird unter anderem:

- zwischen der Thyssen-Werft Blohm & Voss in Hamburg und der Emdener Rheinstahl-Werft eine ‚Kooperation' vereinbart, deren Ziel die Spezialisierung auf Teilbereiche ist.
- die Rheinstahlgießereien in Duisburg und Gelsenkirchen werden den Thyssen-Gießereien zugeordnet.
- die Henrichshütte in Hattingen wird direkt in die Thyssen-Gruppe eingegliedert.

Dies sind die bisher bekannt gewordenen Pläne. Für die Arbeiter der betroffenen Betriebe bedeuten sie: weitere Rationalisierungen und Massenentlassungen.

Für die über 150.000 Arbeiter und Angestellten des Thyssen-Rheinstahl-Konzerns wird ein harter Kampf um die Existenz beginnen. ●

Metall-Komitee
KB/Gruppe Hamburg

der Mannesmann-Konzern mehrere Stillegungsabsichten bekannt.

Schon 1971 waren bei steigendem Umsatz 3.700 Arbeiter und Angestellte von Rationalisierungsmaßnahmen und Produktionsverlagerungen ins Ausland betroffen. Bei einer weiteren Umsatzsteigerung von 8% im Jahre 72 „durften" 1.405 Beschäftigte nach anderen Arbeitsmöglichkeiten Ausschau halten.

In diesem Jahre sollten die Kollegen der Rohrbogenabteilung in Mühlheim, des Presswerkes und der Fertigungsstraße für Rohreinzelschüsse durch Rationalisierungsmaßnahmen betroffen werden. Für 1974 war vorgesehen 192 Schweißwerker, ebenfalls in Mühlheim, wegzurationalisieren. Weiterhin wurde bekannt, daß das größte Flansch- und Fittingwerk Europas in Immigrath stillgelegt werden sollte. Dieses Werk hatte der Mannesmann-Konzern kürzlich, im Januar 1973, übernommen. Von den Stillegungsplänen erfuhr der Betriebsrat erst aus der bürgerlichen Presse.

Es wurde sehr schnell deutlich, daß das Werk nur zum Zweck der Stillegung (Ausschaltung der Konkurrenz) überhaupt übernommen worden war. Dagegen protestierte am 6. No-

ke Bochum (Thyssen) sollen nun mehrere hundert Arbeiter der Hattinger Henrichshütte (Rheinstahl) dran glauben.

Das Entlassungs- und Stillegungskarussell des Mammut-Konzerns Thyssen-Rheinstahl dreht sich. Mit der Fusion der beiden Konzerne (wir berichteten hierüber ausführlich in AK 30/73) im letzten Jahr wurden gleichzeitig mehrere „Rationalisierungskommissionen" unter Leitung der Entlassungsexperten der August Thyssen-Hütte gebildet.

65% der Rheinstahl-Aktien sind mittlerweile im Besitz der Thyssen-Hütte, und Thyssens Vorstandsvorsitzender Spethmann ist gerade auf dem Sprung in den Aufsichtsratsvorsitz von Rheinstahl. Wurden bei der Fusion im März letzten Jahres noch offiziell Bedenken hiergegen ausgesprochen (Bundeskartellamt: „Gefahr der marktbeherrschenden Stellung"), so sind mittlerweile in aller Stille vollendete Tatsachen geschaffen worden: das Bundeswirtschaftsministerium gab grünes Licht und noch

- Grundsätzlich sollen die „Verarbeitungsbereiche unter der Obhut der Rheinstahl AG" weitergeführt werden,
- während der „Stahlbereich unter der Regie der Thyssen-Gruppe" geführt wird.

Danach wird unter anderem:

- zwischen der Thyssen-Werft Blohm & Voss in Hamburg und der Emdener Rheinstahl-Werft eine ‚Kooperation' vereinbart, deren Ziel die Spezialisierung auf Teilbereiche ist.
- die Rheinstahlgießereien in Duisburg und Gelsenkirchen werden den Thyssen-Gießereien zugeordnet.
- die Henrichshütte in Hattingen wird direkt in die Thyssen-Gruppe eingegliedert.

Dies sind die bisher bekannt gewordenen Pläne. Für die Arbeiter der betroffenen Betriebe bedeuten sie: weitere Rationalisierungen und Massenentlassungen.

Für die über 150.000 Arbeiter und Angestellten des Thyssen-Rheinstahl-Konzerns wird ein harter Kampf um die Existenz beginnen.

HDW-HAMBURG: 2 JUGENDVERTRETER FRISTLOS GEKÜNDIGT

`Einige schlagen – alle treffen!´

Die Auseinandersetzung zwischen den Kapitalisten, ihren Handlangern in der Ausbildungsleitung und reaktionären Betriebsräten auf der einen Seite und den Linken unter den HDW-Lehrlingen auf der anderen Seite, haben einen neuen Höhepunkt erreicht. Nach dem von den Hamburger Gewerkschaftsführern eingeleiteten Ausschlußverfahren gegen die gesamte HDW-Jugendvertretung (JV), kamen jetzt die Kapitalisten zum Zuge:

Am 28. März wurde zwei Jugendvertretern der Hamburger Großwerft noch während der Lehrzeit fristlos gekündigt. Sie mußten unverzüglich das Werftgelände verlassen. Einer der Kollegen, der sich anfangs weigerte, wurde vom „Werkschutz" der Kapitalisten verfolgt, festgehalten und mit körperlicher Gewalt bedroht. Ein Bulle sagte deutlich, wofür und in welchem Geist ihn die Kapitalisten gedrillt haben: „Mit euch kann man nur reden, wenn man einen totgeschlagen hat!"

HDW-Ausbildungsleiter Joseph lief während der ganzen Bullenaktion wild gestikulierend durch die Lehrwerkstatt und hielt die Kollegen mit Drohungen an ihren Arbeitsplätzen. Dieser Kapitalistenknecht konnte seine Freude über dieses widerwärtige Schauspiel nur schlecht verdecken. Einen Tag zuvor hatte der Betriebsrat auf einer eigens dafür anberaumten Sitzung diesen fristlosen Kündigungen der beiden Kollegen bei den Gegenstimmen der JV einstimmig zugestimmt.

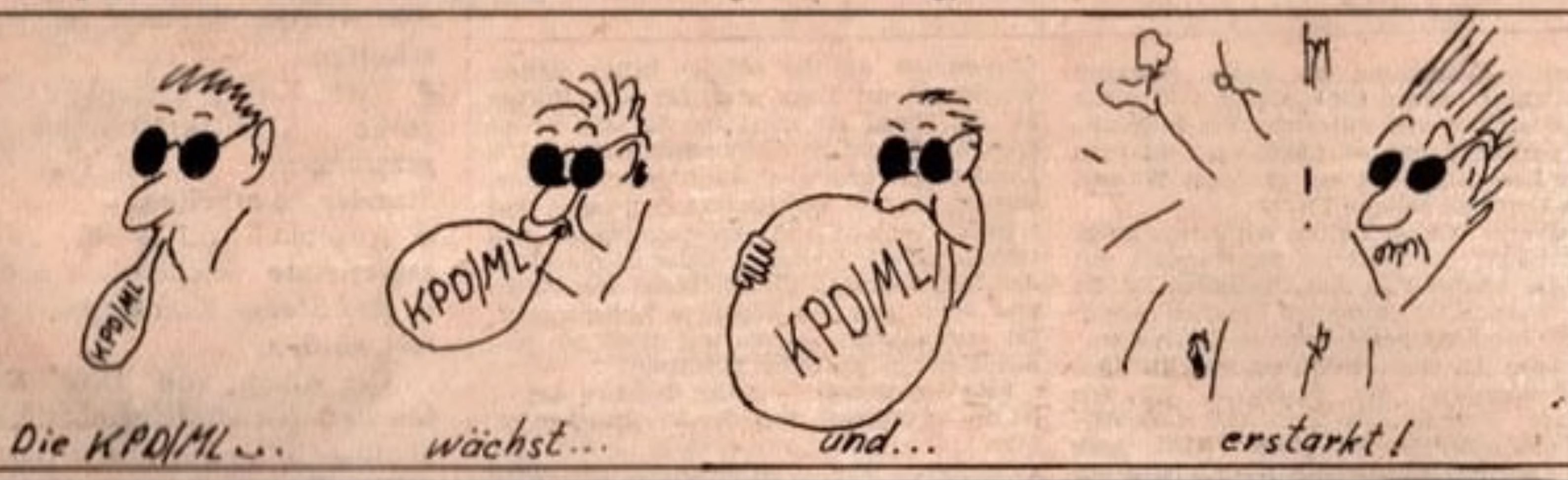
Als „Begründung" für die Entlassungen führt die Geschäftsleitung ihren angeblichen Aufruf zur Weiterführung einer vom Betriebsrat (BR) aufgelösten Lehrlingsversammlung und ihre Teilnahme daran ins Feld.

Diese Lehrlingsversammlung, die trotz heftiger Proteste seitens der Kollegen und der JV über fünf Monate (!) vom BR hinausgezögert und verschleppt wurde, wurde schon nach der fünften Rede eines Kollegen (einem der jetzt gekündigten Jugendvertreter) vom BR (!) für aufgelöst erklärt. Grund: Der Kollege wollte zu den anstehenden Gewerkschaftsausschlüssen sprechen. Verständlich, daß die Empörung der Lehrlinge über dieses Vorgehen des Betriebsrates gegen ihre Versammlung groß war, so daß bis zum Schluß 100 Kollegen die Versammlung in eigener Regie weiterführten und ihre Lage und Forderungen diskutierten.

Trotz Bemühens der JV, den tatsächlichen Verlauf der Ereignisse darzustellen, schien der Antrag der Geschäftsleitung auf fristlose Entlassung dem BR genügend „Beweismaterial" zu enthalten, um den Entlassungen bedenkenlos zuzustimmen. Einigen Betriebsräten konnte es mal wieder nicht schnell genug gehen: *„Wir wollen hier nicht ins Detail gehen (!), sondern abstimmen"*. Nachdem der Urteilsspruch gefällt war, gab man den Kollegen noch einige sinnige Empfehlungen mit auf den Weg: *„Ihr könnt ja den Gang nach Canossa antreten und die Geschäftsleitung bitten (!), euch nicht zu kündigen"*. – Dummheit oder Zynismus? !

Auch ein Antrag auf der noch am selben Tag stattfindenden VK-Sitzung, die Kündigungen zu diskutieren, konnte von den Betriebsräten per Abstimmung verhindert werden, nachdem ein Mitglied der SPD-Betriebsgruppe „klargestellt" hatte, wem nur Solidarität vor den Angriffen der Kapitalisten nach sozialdemokratischer Auffassung gebührt: *„Wer sich mit Gewerkschaftsfunktionären überwirft* (also andere Ansichten vertritt! – die Red.) *kann von uns keine Unterstützung erwarten."* Solidarität? – Bedaure, leider nicht das richtige Parteibuch in der Tasche ...

Aufschlußreich ist noch, daß das Kündigungsschreiben, das die Kollegen am 28.3. zusammen mit der Aufforderung sofort die Werft zu verlassen, erhielten, mit dem 26.3. datiert ist, also bereits einen Tag vor der Betriebsratssitzung fix und fertig ausgestellt wurde ...



Einschüchterung und Disziplinierung

Nach den nun schon seit Monaten laufenden Gewerkschaftsausschlußverfahren gegen die JV, sind die beiden Entlassungen die schwersten Schläge, die den Lehrlingen und den Linken unter ihnen bisher versetzt wurden.

Die Absicht der HDW-Kapitalisten und ihrer Handlanger in der Ausbildungsleitung, einige Jugendvertreter über die Klinge springen zu lassen, wurde in einer monatelangen Kampagne vorbereitet und in der letzten Zeit fast völlig unverhohlen und offen verfolgt.

Besonders in den letzten Wochen nahmen die Maßnahmen der Geschäfts- und Ausbildungsleitung den Charakter einer wahren Hetz- und Treibjagd gegen die Kollegen und ihre JV an, immer mit dem Ziel vor Augen, die Lehrlinge und ihre Vertreter zum opportunistischen Zurückweichen vor diesen Schlägen zu bewegen und den Rausschmiß vorzubereiten.

▶ Gezielt werden einzelne Kollegen vom Ausbildungsleiter unter Druck gesetzt und aufgefordert, für die Ausbildungsleitung Spitzeldienste zu leisten.

▶ Ständig werden die Kollegen, besonders die neu eingestellten, aufgefordert, nicht zur JV zu gehen, sondern zum Ausbildungsleiter selbst oder zum BR (!). Besonders seit die neuen Lehrlinge, die noch in der Probezeit sind, angefangen haben, erscheint die Ausbildungsleitung des öfteren in den Räumen der JV, um zu kontrollieren, welche Kollegen sich dort aufhalten.

▶ Drohungen mit Verweisen, Rausschmiß und Nachricht an die Eltern sind quasi an der Tagesordnung. Mitte März erhielten rund 20 Kollegen eine Ermahnung ausgesprochen, weil sie an einer gewerkschaftlichen Mittagspausenversammlung teilnahmen.

▶ Die Bewegungsfreiheit der JV wurde schon sehr frühzeitig über das ohnehin schon durch das reaktionäre Betriebsverfassungsgesetz eingeschränkte Maß hinaus noch weiter eingeengt. In den letzten Wochen setzte ein wahres Bombardement von Ermahnungen und Verweisen gegen die einzelnen Jugendvertreter ein, die unter den absurdesten Vorwänden herbeigesucht wurden.

Das Ziel der HDW-Geschäftsleitung bei diesen Maßnahmen und besonders bei den Entlassungen ist darauf gerichtet:

- die guten Ansätze einer konsequenten Interessenvertretung zu zerschlagen, die von diesen Jugendvertretern im letzten halben Jahr geschaffen wurden
- und damit zugleich die Solidarität und Einheitlichkeit im Handeln kaputt zu machen, die unter den Lehrlingen der Werft in den zurückliegenden Monaten unter maßgeblicher Beteiligung der JV hergestellt werden konnte.

Die Geschäftsleitung geht beim Verfolgen ihrer politischen Ziele dabei nach dem alten Kapitalisten-Motto vor:

„Einige schlagen, alle treffen".

Betriebsrat und Gewerkschaftsführer: Hand in Hand mit den Kapitalisten!

Wie die Erfahrung zeigt, werden die Kapitalisten dabei **aktiv** von reaktionären Betriebsräten und Gewerkschaftsführern unterstützt.

Nicht genug damit, seit Bestehen dieser JV deren Tätigkeit zu sabotieren, sich offen gegen die Forderungen der Lehrlinge zu stellen und diese zu boykottieren, stimmten sie jetzt auch noch bedenkenlos den politischen Entlassungen zu.

Diese offene Zustimmung ist die folgerichtige Fortsetzung sozialdemokratischer Politik, deren oberstes Prinzip nicht die Vertretung der Klasseninteressen der Arbeiter, Angestellten und Lehrlinge ist, sondern die ruhige und harmonische Zusammenarbeit mit den Kapitalisten. In dieser Politik ist von vornherein der Bruch mit den Arbeiterinteressen angelegt und führt in der Konsequenz immer zum offenen Verrat an diesen Interessen sowie zu den niederträchtigsten Handlangerdiensten für das Kapital.

Erinnert man sich noch an die von der IGM-Ortsverwaltung im vergangenen Jahr gegen alle Jugendvertreter eingeleiteten Ausschlußverfahren, so kommt einem jetzt unwillkürlich die Frage, die sich Gewerkschaftsführer und Kapitalist stellt, in den Sinn: „Woraus feuern wir ihn zuerst, aus der Gewerkschaft, oder aus dem Betrieb? "

Bekanntlich zieht sich die Ausschlußsache schon über einen längeren Zeitraum hin, ohne daß es die Gewerkschaftsführer bisher für notwendig befunden haben, die Kollegen auch nur mit einem Wort über den Stand der Dinge zu informieren. In der Zwischenzeit haben sich allerdings einige „Neuigkeiten" ergeben, die wir hier kurz anführen wollen:

▶ Auf einer Sitzung der Ortsverwaltung im Februar wurde der Ausschluß aller Jugendvertreter ohne Verfahren beschlossen. Ein entsprechender Antrag wurde an den IGM-Hauptvorstand eingereicht.

▶ Der Ausschlußantrag der HDW-VK-Leitung wurde nicht – wie ursprünglich angenommen – erst im Dezember '73 gestellt, sondern bereits am 19.10.73, das ist genau ein Tag (!) nach der Wahl dieser Kollegen in die Jugendvertretung (am 18.10.73).

▶ Im Februar erhielt einer der jetzt entlassenen Kollegen einen Revers ins Haus, in dem er verbindlich durch Unterschrift erklären soll, daß er weder irgendeiner kommunistischen Organisation angehört, noch eine dieser Organisationen unterstützt (!).

▶ Ebenfalls im Februar wurde den HDW-Lehrlingen auf Betreiben von Marianne Lohse, Jugendsekretärin beim DGB, die Räume für die Jugendgruppe Stintfang im gleichnamigen Jugendheim gesperrt. Parallel dazu entfalten Gewerkschaftsführer und VK-Leiter „plötzlich" Aktivitäten, eine „gewerkschaftliche Jugendgruppe" auf der Werft aufzubauen, die *„eng mit dem OJA, der Ortsverwaltung und der VK-Leitung zusammenarbeitet"*.

Während also die Kapitalisten mit dem ihnen zur Verfügung stehenden Arsenal von Einschüchterung bis zum Rausschmiß gegen die Kollegen vorgehen, übernehmen die Gewerkschaftsführer geflissentlich den ihnen zugedachten Part, die Linken auszuschalten. Das Ziel ist in jedem Fall dasselbe: Mit allen zu Gebote stehenden Mitteln die Entwicklung einer Arbeiterpolitik zu verhindern.

Wie soll es jetzt weitergehen?

Ziel der Maßnahmen von HDW-



Forts. Kap. Rationalisierung

Ein Beispiel unter anderen ist der Konkurs der „Fahrzeugfabrik Eylert KG", Wuppertal. Dieses Unternehmen mit rund 350 Beschäftigten mußte Konkurs anmelden, da ihm die Abnehmer fehlten. Es stellte „Nutzfahrzeug-Spezialaufbauten und entsprechende Anhänger" her. (FAZ, 22.12.73)

Mit dem Ziel einer Ausstoßsteigerung leiteten die Kapitalisten Rationalisierungsmaßnahmen ein, die sich später als „unrentable Investitionen" erwiesen, eben aus Mangel an Abnehmern.

Nun müssen die Arbeiter um ihre ausstehenden Löhne bangen, da sofort Gläubiger versuchten, auch die letzte Schraube beiseite zu schaffen. Ein schnell eingerichteter Wachdienst, von den Arbeitern aufgestellt, verhinderte das Schlimmste.

Gerade die Ruinierung von Mittel- und Kleinbetrieben zugunsten der großen Konzerne war ein Ergebnis, das durch die sogenannte restriktive Finanzpolitik der Bundesregierung mit gefördert wurde. In seiner Ausgabe vom 30. Juli 1973 kennzeichnete sogar der bürgerliche „Spiegel" die tatsächliche Wirkung dieser Politik: *„Die Kassenebbe bei Banken und Sparkassen trifft die Unternehmen unterschiedlich – je nach Macht und Größe. Noch immer gut gepolstert sind die multinationalen Industrie-Imperien: Durch spekulative Millionen-Transaktionen schafften sie sich gerade während der Dollar-Krisen im Februar und März dicke Finanzreserven. Und auch heute noch wissen die Multinationalen, wie sie an Geld kommen: indem sie etwa bei Lieferungen an Auslandstöchter höhere Verrechnungspreise ansetzen oder mit Auslandsfilialen schnellere Bezahlung der Rechnungen vereinbaren.*

Klein- und Mittelbetriebe, ohnehin von der Konzentration bedroht, bleibt dieser Ausweg verschlossen ..."

Tatsächlich ist die Politik „zur Wiedererlangung von Stabilität" eine kaum verschleierte Politik zur Förderung der weiteren Konzentration und Zentralisation des großen Kapitals. Dies wird besonders durch die (erst kürzlich aufgehobene) elfprozentige Investitionssteuer bewirkt. Sie fördert die Bestrebungen der Konzerne, größere Umsätze mit dem gleichen finanziellen Aufwand aus den Arbeitern herauszuholen (durch intensive Rationalisierung der bereits bestehenden Produktionsanlagen und Steigerung der Arbeitshetze nämlich). Ferner wird dadurch die Verlagerung von lohnintensiven Fertigungen in die sogenannten Niedriglohnländer gefördert (aber auch Investitionen in 'entwickelten' Gebieten wie dem übrigen EG-Raum). Dabei steht vor allem die Bildung gesamteuropäischer Konzerne im Vordergrund.

Die bisher aufgeführten Beispiele zeigen deutlich (obwohl sie unvollständig sind), daß hinter der aktuellen Stillegungs- und Kurzarbeitswelle vor allem die großen Konzerne stehen. „Stabilitätspolitik", Energiekrisengerede und anstehende Tarifverhandlungen in den wichtigsten Branchen wurden von ihnen als willkommener Vorwand benutzt, schon lange gehegte Pläne in die Praxis umzusetzen. Die augenblicklichen spekulativen Rationalisierungsmaßnahmen gegen die Arbeiter und Angestellten sind daher auch nur eine (quasi) Momentaufnahme des **ständig** stattfindenden Rationalisierungsprozesses. Hierbei benutzen die Kapitalisten ein breites Instrumentarium:

Zusammenlegung von Betriebsteilen, Straffung der Führungsstruktur, Aussonderung angeblich unproduktiver Kräfte und ganzer Abteilungen, Kooperation mit anderen Konzernen: Abstimmung der Produktionsprogramme und schließlich die Ausdehnung sogenannter wissenschaftlicher Methoden der Lohnfindung. Die voranschreitende Atomisierung der menschlichen Arbeit und die dadurch bedingte Minderqualifizierung der Arbeitskraft lassen es den Kapitalisten geraten erscheinen, nicht mehr die Befähigung des Arbeiters zu berechnen, sondern vielmehr die Anforderungen des Arbeitsplatzes, wie sie von ihnen selbst gesehen werden, zum Maßstab der Lohnbemessung zu machen. Haben sie dieses System erst einmal durchgesetzt, gibt es ihnen, bei jeder „Verbesserung" der Maschinerie (Vereinfachung der menschlichen Bedienung) einen scheinbar unanfechtbaren Grund, auch den Lohn nach unten zu „verbessern".

Die Werktätigen und ihre Gewerkschaften können sich nicht darauf beschränken, den Kampf gegen die Folgewirkungen der kapitalistischen Rationalisierung, wie sie sich in jüngster Zeit bei der Stillegungswelle gezeigt haben, zu führen. Kapitalistische Rationalisierungsmaßnahmen müssen ständig bekämpft werden.

Wie die Auseinandersetzungen um die Rohstoffquellen, hier: vor allem Erdöl, in der letzten Zeit beweisen, ist der Kampf um die Neuaufteilung der politischen „Einflußsphären", der gesicherten Absatzmärkte in ein akutes Stadium geraten. Die Werktätigen müssen in Zukunft mit immer folgenreicheren Maßnahmen „ihrer" Kapitalisten rechnen, die ihre politischen Rechte, Lebens- und Arbeitsbedingungen verschlechtern sollen. Die Zeiten, in denen die Arbeiterklasse relativ kampflos einzelne Zugeständnisse der Kapitalisten erreichen konnte, sind vorbei. Gerade aber für die Verbesserung der Arbeitsbedingungen sind kämpferische Auseinandersetzungen von den Arbeitern und Angestellten nur sehr selten geführt worden. Die Kapitalisten konnten daher in den letzten Jahrzehnten besondere „Erfolge" erzielen.

Auch die Gewerkschaftsführer haben hier an den arbeiterfeindlichen Maßnahmen mitgedreht. (So verzichten sie fast überall auf einen Kampf gegen die Einführung der neuen Arbeitsplatzbewertungsmethoden, verteidigen sie teilweise sogar als „wissenschaftlich" und beschränken sich darauf, höchstens in einzelnen untergeordneten Punkten „Kritik" zu üben.) Für die Zukunft kann man nicht erwarten, daß sie auf diese Politik verzichten werden. Auch in Zukunft werden sie Lohnrahmen- und Manteltarife – Tarife, die vorwiegend die Arbeitsbedingungen regeln – über Jahre oder gar Jahrzehnte hinaus festlegen. Werden sie versuchen, die Mitgliedschaft möglichst weitgehend aus diesen Fragen herauszuhalten, auch weiterhin jahrelange „kämpferische" Verhandlungen praktizieren.

Im Rahmen des Kampfes gegen die kapitalistischen Rationalisierungsmaßnahmen, gegen die Verschlechterung der Arbeitsbedingungen, ist es Aufgabe aller Kollegen, auf diesem Gebiet den Kampf um klassenmäßige Politik, um die Verteidigung und Erweiterung der innergewerkschaftlichen Demokratie aufzunehmen. Vor allem darf der Kampf gegen die Rationalisierungsmaßnahmen nicht auf Aktionen gegen einzelne Stillegungen beschränkt bleiben, dieser Kampf muß vielmehr zu jeder Zeit um die Erhaltung und Verbesserung der Arbeitsbedingungen überhaupt geführt werden. Es wäre aber illusionär, grundlegende und langfristige Verbesserungen innerhalb des Kapitalismus erzielen zu wollen. Dies wird ebenso unmöglich sein wie die Verhinderung von Massenentlassungen und Stillegungen innerhalb dieses Systems. Darum kann es nicht gehen, vielmehr kommt es darauf an, die bestmöglichen Bedingungen für die Erhaltung der Arbeitskraft, des Lebens der Arbeiterklasse und der anderen Werktätigen zu erzielen und sie zur Abschaffung des Kapitalismus überhaupt vorzubereiten.

GEGEN DIE ANGRIFFE DER KAPITALISTENKLASSE – DIE EINHEITLICHE KAMPFFRONT DER ARBEITERKLASSE

FÜR EINE KONSEQUENTE KLASSENPOLITIK DER GEWERKSCHAFTEN

DIE KRISE DARF NICHT WIEDER AUF DIE WERKTÄTIGEN ABGEWÄLZT WERDEN ●

Metallkomitee
KB/Gruppe Hamburg

DOW–CHEMICAL, STADE

‚Lebensqualität' durch Chlorgas und Natronlauge?

Seit Ende der 60iger Jahre wird das Gebiet der Unterelbe systematisch industrialisiert. Für die Kapitalisten bieten sich hier günstige Standortbedingungen, gute Transportwege, billige Arbeitskräfte, grosse Schenkungen durch den Staat (z.B. 550 Hektar Gratisboden), außerdem werden von den Kommunen 10 % der Investitionen und 5 % Zinszuschüsse gezahlt.

Einer der ersten Kapitalisten, den die günstigen Bedingungen an die Elbe lockten, war der US-Napalm Konzern „Dow Chemical GmbH". „Dow" produziert seit etwa zwei Jahren mit einer Belegschaft von 560 Arbeitern und Angestellten.

In dieser kurzen Zeit hat sich „Dow", selbst für kapitalistische Verhältnisse, einen berüchtigten Ruf als „Giftgasküche" zugelegt.

- Innerhalb von 14 Monaten wurden elf Giftgasausbrüche offiziell gemeldet.

Wie ernst selbst die bürgerlichen Behörden einige dieser Giftgasausbrüche nahmen, wird daran deutlich, daß z.B. im Sommer 1973 die Elbe für kurze Zeit für sämtlichen Schiffsverkehr gesperrt wurde, daß das Elbufer wegen Verätzungsgefahr nicht mehr betreten werden durfte und sogar eine Schule in Bützfleth/Stade geschlossen werden mußte. Hirten meldeten, daß ihre Schafe durch Dow-Chemikalien in den Wassergräben Verätzungen an den Pfoten erlitten hätten.

- Erst für dieses Jahr, nachdem die Produktion nun schon zwei Jahre läuft, ist ein erstes biologisches Klärwerk vorgesehen. D.h., daß seit zwei Jahren stündlich 1670 m^3 chemische Abwässer (Natronlauge) in die Elbe geleitet wurden. Dazu berichtete der Bürgerverein Bützfleth, daß nach Angaben der Wasserbehörde die erlaubten Abgabewerte mehrfach überschritten wurden. Die Abwässer hätten vor der Dow in der Elbe bereits eine „tote Zone" gebildet, der Grasbewuchs des Deiches sei ausgechlort und die Schutzbepflanzung des Elbufers teilweise abgestorben.

Gegen diese unmittelbare Bedrohung von Mensch, Tier und Vegetation durch die „Dow" hat es erhebliche Proteste der Bevölkerung, insbesondere in dem direkt betroffenen Stader Stadtteil Bützfleth, gegeben.

Die Stader Ratsherren besänftigten die betroffenen Bewohner immer wieder durch Versprechungen, die Sache „in Ordnung zu bringen" und die Gewerbeaufsicht einzuschalten.

Am 23.8.73 ließen sie die Katze aus dem Sack und machten deutlich, mit welcher „Hilfe" von ihrer Seite zu rechnen sei, und zwar auf ganz makabre und zynische Weise: Sie ließen ein Merkblatt „für das Verhalten bei Chemieunfällen" an 1200 in der Nähe des Dow-Werkes gelegene Haushalte verteilen. Das Merkblatt enthält Tips wie „Halten Sie sich ein nasses Tuch vor den Mund" oder „Entfernen Sie sich bei einem Gasausbruch quer zur Windrichtung"! (nach „Morgenpost", 24.8.73).

Einige Zeit später war gar von der niedersächsischen Landesregierung (SPD) zu hören, man wolle „sämtliche Mittel für den Wohnungsbau in Bützfleth sperren".

Statt den Kapitalisten klare Auflagen für Sicherheitsvorkehrungen zu erteilen und diese auch durchzusetzen, soll die „gefährdete Bevölkerung" immer ein „nasses Tuch bei sich tragen" und notfalls eben woanders hinziehen. Das nennt sich dann „mehr Lebensqualität" à la Willy Brandt!

Betriebsrat als „Dow - Werbeagentur"

Am 9.2.74 berichtete das „Stader Tageblatt" über eine Unterschriftensammlung für „eine weitere Industrialisierung in unserem Raume". Der Sammler ist nicht etwa, wie man annehmen sollte, der „Dow"-Boß in Stade, Egon Michel, sondern sein treuer Diener, der Betriebsratsvorsitzende Horst Groß! Groß und seine Betriebsräte forderten die Dow-Belegschaft auf, „für die Sicherheit der Arbeitsplätze" auf die Straße zu gehen und „Gegenunterschriften zur Bürgerinitiative Bützfleth" zu sammeln. Die Bürgerinitiative hatte unter dem Motto „für mehr Lebensqualität" eine genauere Kontrolle sämtlicher Dow-Anlagen gefordert, zudem die „Erweiterung der Chlorerzeugungsanlage (Stufe 2)" verhindern wollen. Über 2.300 Unterschriften wurden bereits gesammelt.

— Abdruck aus Stader Tageblatt —

Wir meinen, es ist lange genug über die Industrieansiedlung in den negativsten Worten berichtet worden. Alle Nachrichtenagenturen haben sich die Aussagen und Bedenken einiger Leute zu eigen gemacht. Alle Bevölkerungsgruppen — einschließlich der Schulklassen — wurden angehalten, dieses Neue, Fremde zu verdammen. Man könnte meinen, einem mohammedanischen Gottesdienst beizuwohnen, bei dem der Vorbeter mit dem Gesicht nach Osten (Dow) vorspricht und alle fallen mit ein.

Dieses Neue, Fremde (sprich Dow) produziert schon etwa zwei Jahre und hat 560 eigene Mitarbeiter und viele Kontraktoren als Helfer. Das Einzugsgebiet der Mitarbeiter reicht von Hamburg bis Cuxhaven, von Freiburg bis Harsefeld. Die Auftragsabwicklung der Produkte ist weltweit. Firmen aus Bützfleth und Umgebung sind täglich im Werk beschäftigt. Es sind viele tausend Menschen, denen man mit dieser Industrie-Ansiedlung zu einem besseren Arbeitsplatz, mehr Einkommen und mehr Anteil an der viel zitierten „Lebensqualität" verholfen hat. — Oder versteht man unter Lebensqualität nur sauberes Wasser, reine Luft und seltene Tiere?

Sauberes Wasser hatten wir schon lange nicht mehr; die Luft ist unverändert gut und die Tierwelt in den Obsthöfen ist bis auf die scheinbar immunen Fasanen ausgerottet. Der Lärmpegel, erzeugt durch Kompressoren, Pumpen, Turbinen und Fließgeschwindigkeiten der Produkte, ist den Auflagen gerecht geworden. Die Biox-Anlage (biologisches Klärwerk) wird noch über die Grenzen von Bützfleth hinaus ein erfolgversprechendes Echo finden.

Diese neue chemische Industrie wird vielen den Weg weisen, wie man die Industrie dazu benutzen kann, durch sie mehr Lebensqualität für den Menschen und seine Umwelt zu erreichen. Nur die Länder und Gemeinden, die die nötigen Mittel haben, werden in der Lage sein, für ihre Bürger all die Dinge zu schaffen, die das Leben erleichtern und den Menschen nützen. Die Landesregierung wird schon gewußt haben, warum sie die Industrieansiedlungen auf Gebiete verteilt, die erwerbsschwach und einkommensarm sind. — Oder ist man hier der Meinung, daß die Kollegen von Rhein und Ruhr uns die begehrte Lebensqualität ermöglichen, indem wir weit ab vom Schuß nur zu genießen brauchen???

Eine Immission — gleich welcher Art — ist nie schön, egal, wer der Verursacher ist. Man sollte immer neue Wege suchen, um zu besseren Werten zu gelangen. Dies wird auch geschehen; nur man kann nicht vorher etwas abwürgen, was sich noch nicht bestätigt hat. Einen Tischler, der keine Späne macht, den gibt es nicht. Was er aber mit den Spänen macht, daran sollte man ihn messen!

In einem Leserbrief vom 14.2. schreibt der BR der „Dow-Chemical":

Siehe Abdruck

Kaum zu übertreffen dieser Kapitalistenknecht. Es ist schon lange genug „in den negativsten Worten" über die „angebliche Umweltverschmutzung der Dow" berichtet worden, höchste Zeit für den Betriebsrat, endlich einmal in „positiven Worten" über all die Vorteile der Dow für die Bevölkerung zu sprechen. „Sauberes Wasser hatten wir schon lange nicht mehr", Grund für den BR, täglich 1670 m^3 chemische Abwässer „abzusegnen".

- „Das ist eine echte Initiative", lobte Dow-Boß Michel die BR-Aktion!

Was ist das für eine „Lebensqualität", die der BR seinen „Kollegen" anpreist?

- Anfahrtswege von bis zu vier Stunden täglich. Etliche Kollegen der „Dow" und „VAW" kommen aus Hamburg, Cuxhaven, Bremerhaven und Bremen. Keine Minute dieser Zeit wird den Kollegen bezahlt.
- Seit Aufnahme der Produktion arbeitet „Dow" mit Unterbelegung, d.h. weniger Arbeiter müssen mehr schuften.
- Viele Kollegen werden durch das große Arbeitskräftereservoir dazu gezwungen, bis zu täglich zwölf Stunden zu arbeiten.
- Angeblich soll es ein - zwei Clorgasverletzte wöchentlich geben, die in das Stader Krankenhaus eingeliefert werden.

Die Allianz von „Dow"-Kapitalisten und Niedersächsischer Landesregierung (SPD) hat nun offiziell ihren dritten Partner bekommen:

Den „Dow"-Betriebsrat (ebenfalls SPD).

Chemie-Komitee, KB-Gruppe Hamburg mit Unterstützung unserer Stader Chemie-Genossen

Forts. HDW-Jugendvertreter

Geschäftsleitung, reaktionären Betriebsräten und Gewerkschaftsführern ist es, alle Ansätze einer konsequenten Klassenpolitik zu zerschlagen und die erst schwach entwickelte Solidarität und Einheitlichkeit unter Teilen der Lehrlinge wieder zu zerstören.

In dieser Situation erst beginnender harter Schläge werden auch die Schwächen der bisherigen Bewegung unter den Lehrlingen, die im wesentlichen spontanen Charakter hatte, deutlich. Die Schwäche der spontanen Bewegung ist es ja gerade, daß sie sich sehr schnell an diesem oder jenem Übergriff der Kapitalisten und ihrer Handlanger (Ausbildungsleitung) entflammt und zu Aktionen der Kollegen führt, aber ebenso schnell und plötzlich wieder erlischt und zurückweicht, wenn die Kapitalisten nicht sofort nachgeben oder ihrerseits die Schläge gegen die Kollegen verstärken.

Es läßt sich nicht verkennen, daß die Ausbildungsleitung in diesem Sinne durchaus Erfolge unter den Lehrlingen für sich verbuchen kann. Sie hat es geschafft, die Lehrlinge von einer a k t i v e n Solidarität mit den entlassenen Kollegen abzuhalten und unter Teilen der Kollegen resignative Stimmungen zu erzeugen. Besonders die Kollegen in der Lehrwerkstatt, die der direkten Kontrolle und Aufsicht der Ausbildungsleitung unterliegen, sind von den oben beschriebenen Maßnahmen eingeschüchtert.

Neben der Methode der Einschüchterung und Drohung, die besonders beim jetzigen Stand des Kräfteverhältnisses zwischen Arbeiterklasse und Bourgeoisie die Gefahr des Zurückweichens vor den Schlägen der Kapitalisten in sich birgt, werden die Linken auf der Werft in Zukunft auch wieder stärker mit einer anderen Komponente bürgerlicher Politik konfrontiert werden: der Methode der Scheinzugeständnisse und der Orientierung auf partnerschaftliche Verhandlungen mit den Kapitalisten (Ausbildungsleitung).

Die Kapitalisten belassen es ja nicht nur dabei, zu versuchen, die Ansätze einer Arbeiterpolitik ausschließlich gewaltsam (Einschüchterung, Rausschmiß usw.) zu zerschlagen, sondern sind darum bemüht — nach dem Motto: „Die Festung nimmt man am leichtesten von innen" — dem Klassenkampf eine (Schein-)Alternative, nämlich partnerschaftliche Zusammenarbeit, entgegenzustellen und bei den Kollegen als „den besten Weg zum Erfolg" zu verkaufen. Die Gefahr, daß sich ein größerer Teil der Lehrlinge von dieser Politik vorerst täuschen läßt, ist zweifellos, vor allem nach den letzten Ereignissen, real vorhanden und deutet sich schon jetzt bei einem Teil der Kollegen an. Die HDW-Kapitalisten und der BR werden jedenfalls bemüht sein, Illusionen in diese Richtung zu fördern und gar hier und da etwas Geld springen lassen, um die eine oder andere Forderung zu erfüllen.

Für die Kommunisten und klassenbewußten Kollegen kommt es deshalb darauf an, in Zukunft verstärkt derartigen Illusionen entgegenzutreten und als einen Bestandteil gegen die Arbeiter gerichteter bürgerlicher Politik zu entlarven.

Vor allem ist es aber ihre Aufgabe, die spontane Bereitschaft der Kollegen, mit viel gutem Willen und Elan an dieser oder jener Mittagspausenversammlung usw. teilzunehmen, in eine dauerhafte und feste Bewegung zu wandeln. Die Lehrlinge werden nur dann dauerhaft gegen die immer wiederkehrenden Übergriffe auf ihre Rechte und Ausbildungssituation seitens der Geschäfts- und Ausbildungsleitung bestehen können, wenn die aktivsten von ihnen sich besser als bisher o r g a n i s i e r e n. Dazu wird es notwendig sein, (auch außerhalb der Arbeitszeit) den Aufbau einer starken gewerkschaftlichen Betriebsorganisation aktiv mitzugestalten. Das erfordert die aktive Teilnahme der Kollegen an den betrieblichen und gewerkschaftlichen Auseinandersetzungen.

„KPD/ML" – blind, blinder geht's nicht!

Die „KPD/ML" lieferte – *als „einzige Organisation an der Seite der HDW-Jugend"* (versteht sich) – mal wieder ihre eigenen Vorstellungen von „Solidarität" ins Haus: In ihren Flugblättern zu dieser Sache wußte sie zwar in einem Satz zu berichten, daß zwei Jugendvertreter entlassen wurden, ansonsten wurden ausschließlich die „Erkenntnisse" und „Erlebnisse" eines der beiden Kollegen, die – welch Wunder – mit der „KPD/ML"-Linie übereinstimmen, breit wiedergekäut. Ein „Rotgardist" sagte denn auch, was sich seine „Partei" in ihren Flugblättern zu sagen nicht zu sagen traute: **„Daß W.M. fliegt, ist schade, daß der andere fliegt, ist gut für die Kollegen."** – Solidarität à la „KPD/ML".

Noch am Morgen der Entlassungen schrieb die „KPD/ML" in einem Flugblatt, der Schlag der Kapitalisten *„muß von uns mit einem harten Gegenschlag* (hört, hört!) *beantwortet werden."*

Diese Leute sind tatsächlich nicht dazu in der Lage, den real vorhandenen Kampfbedingungen und Kampfwillen der Kollegen Rechnung zu tragen und daran ihre Politik auszurichten. Es ist eine sicherlich schwer zu akzeptierende Tatsache, daß große Teile der Lehrlinge eingeschüchtert waren und die Lehrlinge insgesamt eben nicht bereit waren, Aktionen zu unternehmen; aber deshalb bleibt es doch eine Tatsache. Aufgabe der Kommunisten ist es nicht, diese Verhältnisse wegzuschwindeln und die nicht vorhandene Bereitschaft der Kollegen, in dieser Sache aktiv zu werden, mit großspurigen Sprüchen von „harten Gegenschlägen", „wir lassen uns nicht einschüchtern" usw. zu übertünchen; Aufgabe der Kommunisten ist es, diesen (spontanen) Zustand der Bewegung zu erkennen, um dagegen den Kampf zu führen, um sie zu einer fest organisierten und dauerhaften Bewegung zu machen.

Werden dann die Genossen der „KPD/ML" durch die tatsächliche Entwicklung mit der Nase auf den Boden der Tatsachen gestoßen, haben sie sehr schnell einen „Schuldigen" für ihren Mißerfolg: die *„Neorevisionisten des KB"*, die *„um die Milde der Bourgeoisie betteln"* und *„vor der Bourgeoisie auf dem Bauch liegen"* (so allen Ernstes in „Frischer Wind" und einem Flugblatt zu den Entlassungen). In der Praxis führt diese „Politik" allerdings immer öfter dazu, daß die „KPD/ML" auch vor den wenigen Kollegen, wo sie noch einigen Einfluß hatte, auf den Arsch fliegt.

Für den Tag der Entlassung hatten 50 Lehrlinge für die Mittagspause ein Meeting vor der Kantine geplant (das allerdings ins Wasser fiel), um die älteren Kollegen über die Ereignisse zu informieren und eine möglichst breite Solidarität zu erzeugen. Die „KPD/ML" wollte bei dieser Gelegenheit doch prompt unter roten Fahnen (im Betrieb!) aufmarschieren und ließ sich auch von Kollegen, die unter diesen Bedingungen eine Teilnahme von vornherein ablehnten, nicht von dieser Absicht abbringen. Dieses Sektierertum hätte zum Ergebnis gehabt, zum einen den Teilnehmerkreis von vornherein auf einige wenige (isolierte) Linke und Kommunisten einzuschränken und zum anderen diese Aktion der Kollegen in den Augen der Arbeiter zu diskreditieren.

Der „KPD/ML" kommt es nicht darauf an, eine breite Solidarität zu erzeugen, sondern den Aktionen der Kollegen unbedingt einen „rrrevolutionären" Stempel aufzudrücken, um im nachhinein schreien zu können: *„die HDW-Lehrlinge haben unter wehenden roten Fahnen und unter Führung der KPD/ML den Bonzen einen harten Gegenschlag versetzt."* – „Bewegung (und Prahlsucht) ist alles, das Ziel ist nichts", sagte der alte Bernstein.

Im übrigen haben die „ML"er jetzt auch erkannt, *„daß sie den „K"B nicht entschieden genug bekämpft, die korrekte Linie der Partei nicht genügend in die Massen getragen"* haben. („Roter Morgen", 30. März '74)

Angesichts der primitiven Verleumdungen und bedenkenlosen Denunziationen, die sich die „ML"er bereits in den zurückliegenden Monaten geleistet haben (z.B. mit der Behauptung, die Mehrheit der HDW-JV betriebe eine *„KB - v e r s e u c h t e (!), arschkriecherische, antikommunistische Politik ..."*, (Frischer Wind, März '74) läßt die Ankündigung, man werde „Versäumtes" nachholen, nichts Gutes ahnen.

Die Politik dieser ‚Partei' auf den Werften, wie überall, führt leider nicht nur dazu, sich selbst bei den Arbeitern zu diskreditieren (was nur zum Vorteil der kommunistischen Bewegung sein kann), sondern führt beim jetzigen schwachen Einfluß der Kommunisten in der Arbeiterbewegung auch dazu, den Kommunismus insgesamt zu diskreditieren.

Zellen-Leitung Werften KB/Gruppe Hamburg

KONTAKTADRESSEN

Bremerhaven:
F. Köpsell
285 Bremerhaven 1
Postlagerkarte 00 31 60

Eutin:
H. Lankau
242 Eutin-Großmeinsdorf

Flensburg:
Peter Petersen
239 Flensburg
Postlagerkarte A 02 25 83

Frankfurt:
K. Scholz
623 Frankfurt/M 80
Postfach 80 07 47

Hamburg:
Postadresse:
J. Reents
2 Hamburg 13
Rutschbahn 35

Kiel:
W. D. Scheel
23 Kiel 1
Postlagerkarte 098 831 A

Oldenburg:
Th. Piepgras
29 Oldenburg
Postfach

Kontaktadressen weiterer Vertriebsgruppen des ARBEITERKAMPF:

Göttingen:
KAG im Buchladen „Rote Straße"
34 Göttingen
Rote Straße 10
Di. 17 - 19 Uhr

Lübeck:
W. Blankschein
24 Lübeck
Postlagerkarte 082 322 A

Westberlin:
Florian Geyer
über Sozialistisches Zentrum
1 Berlin 21
Stephanstr. 60

Weitere Vertriebsgruppen:

Reichhold

Ausschluß der Linken perfekt

„Wir wollen mehr Demokratie wagen!" (W. Brandt)

Wie nicht anders erwartet, hat der Beschwerdeausschuss der IG Chemie (das oberste Entscheidungsgremium bei innerverbandlichen Streitigkeiten) den Beschluß des Hauptvorstandes vom 17.1.74, die Reichhold-Linke aus der Gewerkschaft auszuschließen, bestätigt.

Der Beschwerdeausschuß ist die „letzte Instanz"; innerhalb der Gewerkschaft gibt es keinen Weg mehr, gegen diesen Beschluß vorzugehen, der Beschluß ist „endgültig" (s. Abdruck des Schreibens). Mit einer Unverschämtheit sondergleichen verzichtet der Beschwerdeausschuß genau wie der Hauptvorstand darauf, auch nur den Anschein zu erwecken, als könnte er seine Behauptungen in irgendeiner Hinsicht beweisen.

Der Beschwerdeausschuß beschränkt sich lediglich darauf, die „Argumente" des Hauptvorstandes in plattester Weise zu übernehmen (wie ein Vergleich der beiden Schreiben leicht zeigt) – nicht einmal oberflächliche Umformulierungen sind vorgenommen worden, die möglicherweise die „Unabhängigkeit" des Beschwerdeausschusses hätten vortäuschen können.

Die demagogischen Hinweise im Brief des Beschwerdeausschusses auf die „ehrenamtlichen und betriebstätigen Mitglieder" (freigestellte SPD-BR's u.ä.), aus denen sich der Beschwerdeausschuß zusammensetzen soll, können die zerbröckelte Fassade der Wohlanständigkeit auch nicht mehr kitten. Überall lugt die ganze Verrottetheit und Korruptheit der sozialdemokratischen Kapitalistenknechte hervor. „Reichhold" schlägt sämtlichen Träumereien „linker" Sozialdemokraten von den Jusos bis zum SB (Sozialistisches Büro, Offenbach) von der „Zurückdrängung der Rechten" in SPD und Gewerkschaft (Jusos) und der „Verbündeten im Apparat" des DGB (SB) ins Gesicht.

Wir dokumentieren hier die „letzte Runde" im Ausschlußverfahren gegen die Reichhold-Linken, nämlich 1.) den Ausschluß-Beschluß des Hauptvorstandes gegen die linken Kollegen, 2.) deren Antwort an den Beschwerde-Ausschuß beim Hauptvorstand und 3.) den endgültigen Ausschluß-Bescheid durch diesen. ●

Betriebszelle Reichhold,
KB/Gruppe Hamburg

Industriegewerkschaft Chemie-Papier-Keramik

Hauptvorstand

[geschwärzt]

Pl/He Organisation 242

17. 1. 74

Betr.: Ausschluß aus unserer Organisation

Werte Kolleg [geschwärzt]

der Hauptvorstand der IG Chemie-Papier-Keramik hat sich in seiner Sitzung am 16. Januar 1974 eingehend und ausführlich mit dem Antrag der Verwaltungsstelle Hamburg vom 20.11.73 beschäftigt. Dabei lag ihm Ihre Stellungnahme von [geschwärzt] in Fotokopie vor.

Der Hauptvorstand hat beschlossen, Sie entsprechend dem Antrag der Verwaltungsstelle in Anwendung des § 7 Ziff. 1 a) und c) sowie des Anhanges 3 Ziff. 1 unserer Satzung aus unserer Organisation mit sofortiger Wirkung auszuschließen. Mit dieser Entscheidung erlöschen alle bisherigen Ansprüche an die IG Chemie-Papier-Keramik.

Begründung:

Es entspricht dem gewerkschaftlichen Selbstverständnis, in gewerkschaftlichen Veranstaltungen und in Wort und Schrift die gewerkschaftlichen Grundprinzipien zu vertreten und demokratische Entscheidungen zu respektieren.

Nach Auffassung des Hauptvorstandes gehören Sie zu den geistigen Urhebern der gewerkschaftsfeindlichen Publikationen "Der Chemiearbeiter" des Kommunistischen Bundes Westdeutschlands und der anonymen Schmähschrift "Was ist los?", mindestens aber haben Sie durch Ihr bisheriges Verhalten in gewerkschaftlichen und außergewerkschaftlichen Veranstaltungen zu erkennen gegeben, daß Sie sich den Inhalt der genannten antigewerkschaftlichen Schriften zu eigen machen und die Ziele, die darin zum Ausdruck kommen, aktiv vertreten. Damit steht fest, daß Sie die Interessen der Gewerkschaft und die ihrer Mitglieder gröblich geschädigt haben und antigewerkschaftliche sowie antidemokratische Bestrebungen durch aktive Mitwirkung unterstützt haben.

Lt. § 7 Ziff. 8 unserer Satzung steht Ihnen das Recht des Einspruchs beim Beschwerdeausschuß innerhalb vier Wochen zu. Dieser muß bis zum 15. Februar 1974 beim Beschwerdeausschuß mit nachstehender Adresse eingegangen sein:

IG Chemie-Papier-Keramik
Beschwerdeausschuß
3 Hannover
Postfach 3047.

Die Entscheidung des Beschwerdeausschusses ist endgültig.

Industriegewerkschaft
Chemie-Papier-Keramik
Hauptvorstand
(P. Plumeyer)

Brief an den Beschwerde-Ausschuss der IG Chemie

Per Einschreiben Hamburg, den 11.2.74

IG Chemie-Papier-Keramik
Beschwerdeausschuß
3 Hannover
Königsworther Platz 6

Betr.: Schreiben des Hauptvorstands vom 17.1.74 (Pl/He)

Hiermit lege ich, gemäß § 7 Ziffer 8 der Satzung, Beschwerde gegen den gegen mich ergangenen Ausschluß aus der IG Chemie-Papier-Keramik durch den Hauptvorstand ein. Ich fordere hiermit meine sofortige Wiederaufnahme in die Organisation, mit den vollen Rechten und Pflichten jedes Mitglieds.

Begründung:

a) Gewerkschaftsschädigend?

Nach Auflösung des Vertrauensleutekörpers (VLK) bei Reichhold durch die Verwaltungsstelle im März letzten Jahres, waren die ehemaligen Vertrauensleute gezwungen, sich zusammenzusetzen, um die anstehenden betrieblichen Probleme zu besprechen. An sich zusammenzusetzen, um die anstehenden betrieblichen Probleme zu besprechen. An diesen Versammlungen nahm im Laufe der Zeit ein wesentlicher größerer Kreis (mindestens 25 Mitglieder) teil.

Diese Versammlungen waren insofern „außergewerkschaftlich", als es sich dabei nicht um einen VLK handelte, den die Verwaltungsstelle ja aufgelöst hatte. Sie waren andererseits „gewerkschaftlich", als dort Gewerkschaftsarbeit gemacht wurde; d.h. die Diskussion über die betrieblichen Probleme geführt wurde, Forderungen an die Geschäftsleitung aufgestellt wurden usw.

Da sich ja der Ausschluß gegen die Teilnehmer einer solchen Versammlung am 10.11.73 richtet, drücken wir nochmals unser Erstaunen darüber aus, daß gegen den stellvertretenden Betriebsratsvorsitzenden Hollop, der ebenfalls an dieser Sitzung teilnahm, kein Ausschlußverfahren eingeleitet worden ist. Aus welchen Gründen unser Verhalten auf diesen Versammlungen „gewerkschaftsschädigend" gewesen sein soll, andererseits aber das Verhalten von Herrn Hollop nicht „gewerkschaftsschädigend" ist – darüber verliert der Hauptvorstand kein Wort in seiner „Begründung"! Offensichtlich ist es doch so, daß der Hauptvorstand unter „gewerkschaftsschädigendem Verhalten" jede, der offiziellen Politik der Gewerkschaftsführung gegenüber kritischen Haltung versteht, während das Verhalten von Herrn Hollop (Denunziation der Teilnehmer an der Versammlung vom 10.11.73) das wir für „gewerkschaftsschädigend" halten, keinen Anstoß erregt. Im Gegenteil: er wurde ja von der Verwaltungsstelle ausdrücklich beauftragt, diesen Spitzeldienst zu leisten und Bericht zu erstatten. „Gewerkschaftsfördernd" ist also laut Hauptvorstand jedes Verhalten, das dazu dient – egal mit welchen Mitteln – die offene kritische Debatte in der Gewerkschaft zu unterbinden. Zu diesen Mitteln gehören also auch Ausschluß, Diffamierungen, Lügen usw. Das sich manche Sekretäre sogar vor der Inanspruchnahme des Verfassungsschutzes gegen die eigenen Mitglieder nicht scheuen, zeigt in anschaulicher Weise das Beispiel des Westberliner IG Chemie-Sekretärs Kolitsch, gegen den 18 Vertrauensleute – unserer Ansicht nach zu Recht – Ausschlußantrag gestellt haben. Wir protestieren aufs Schärfste gegen eine derartige Auffassung davon, was der Gewerkschaft nützt und was ihr schadet!

b) Statt Beweise – Behauptungen!

Außerdem wenden wir uns gegen das vom Hauptvorstand angewandte Verfahren, statt Beweise und Begründungen für die vorgebrachten Anschuldigungen vorzubringen, einfach frei von der Leber weg Behauptungen aufzustellen, so als wäre das Wort des Hauptvorstandes Beweis genug.

In genau dieser Weise wird auch mit der Anschuldigung der „geistigen Urheberschaft" verfahren: Ausgehend von der Aussage, die Publikationen „Der Chemiearbeiter" und „Was ist los" seien „gewerkschaftsfeindlich" (Behauptung Nr. 1), behauptet der Hauptvorstand eine „geistige Urheberschaft" unsererseits feststellen zu können (Behauptung Nr. 2), „mindestens aber" (also ist er sich doch nicht so sicher ? ? ?) würden wir die Ziele dieser Publikationen „aktiv vertreten" (Behauptung Nr. 3). Da diese Ziele aber „gewerkschaftsschädigend" seien, (was ja immer noch nicht bewiesen wurde, siehe oben), stünde „damit ... fest, daß sie die Interessen der Gewerkschaft und die ihrer Mitglieder gröblich geschädigt haben. ..." (Zitat aus dem Schreiben vom 17.1.74)

Eine phantastische „Beweis" (? ?)-kette !!

Das sieht nicht nach einem demokratischen Verfahren zur Klärung stittiger Fragen aus, sondern nach einer geplanten Aktion zur Ausschaltung unbequemer Kritiker der Politik der Verwaltungsstelle der IG Chemie. Das sieht nach Inquisition, nach Hexenjagd im 20. Jahrhundert aus! Die „HEXE" muß beweisen, daß sie unschuldig ist. Wir halten die Tatsache, daß es zu einem solchen Ausschluß gegen uns seitens des Hauptvorstandes gekommen ist, für ein erschreckendes Zeichen dafür, wie weit es bereits mit dem Abbau der Demokratie in unseren Gewerkschaften gekommen ist. Wir appellieren auf das Ernsteste an den Beschwerdeausschuß, alle diese Dinge eingehend zu prüfen. Die Kollegen vom Hauptvorstand scheinen nicht sehr sorgfältig gewesen zu sein, da sie z.B. den „Chemiearbeiter" einer Organisation zuschreiben (dem Kommunistischen Bund Westdeutschland), die diesen gar nicht herausgibt. Zur Klärung der Fragen verweisen wir im weiteren auf unsere, bereits dem Hauptvorstand im Original vorliegenden Erklärungen zu den strittigen Vorfällen.

Mit bestem Gruß

Dieser Brief (Abschrift) wurde von der Mehrheit der ausgeschlossenen Reichhold-Linken unterzeichnet

---

Der Ausschluss-Bescheid des Beschwerde-Ausschuss:

Industriegewerkschaft Chemie-Papier-Keramik

Beschwerdeausschuß

kn-/wr 242

27. März 1974

Ihre Beschwerde gegen Ihren Ausschluß aus unserer Organisation gemäß § 7 der Satzung

Werter Kollege

der Beschwerdeausschuß, der sich entsprechend der Satzung nur aus ehrenamtlichen und betriebstätigen Mitgliedern der IG Chemie zusammensetzt, hat sich in seiner Sitzung am 21. März 1974 umfassend und ausführlich mit den Vorgängen in der Firma Reichhold-Albert-Chemie beschäftigt.

Ausschlußantrag der Verwaltungsstelle Hamburg, Ihre Entgegnung, Ausschlußbegründung, Ihre Beschwerde und die antigewerkschaftlichen Schriften "Der Chemiearbeiter" und die Schmähschrift "Was ist los ?" lagen dem Beschwerdeausschuß vor.

Nach eingehender Diskussion und Prüfung des Sachverhaltes schließt sich der Beschwerdeausschuß einstimmig der Auffassung des Hauptvorstandes an, daß Sie zu den geistigen Urhebern dieser genannten gewerkschaftsfeindlichen Publikationen gehören und daß Sie durch Ihr Verhalten zu erkennen gegeben haben, daß Sie auch im Sinne dieser Publikationen agitieren. Sie haben damit die Interessen der Organisation und ihrer Mitglieder entsprechend § 7 Ziffer 1 a und c und des Anhanges 3 der Satzung vorsätzlich verletzt.

Der Beschluß des Hauptvorstandes war deshalb zu bestätigen.

Diese Entscheidung ist endgültig.

Ihr Einspruch beim Beschwerdeausschuß gegen die Auflösung des Vertrauensleutekörpers bei der Reichhold-Albert-Chemie ist dadurch erledigt.

Hochachtungsvoll
Industriegewerkschaft
Chemie-Papier-Keramik
- Beschwerdeausschuß -
(Ernst Knackstedt)
- Vorsitzender -

Beim Hauptvorstand abgeschrieben ?

Forts. HSW-Vertrauensleute

sagen, aufgrund dessen die Kollegen gefeuert worden sind.

Ihre Aussagen waren beinahe beispielhaft für die Qualität solcher sozialdemokratischen Interessenvertreter.

Zu der Liste von ernannten VK-Mitgliedern (durch die Ernennung von 22 VL durch die IGM-Ortsverwaltung, wurden die linken Mehrheitsverhältnisse im VK geändert – das war ein direkter Vorläufer der Kündigungen) befragt, antworteten die beiden nicht immer " übereinstimmend"

▷ Venohr: „Die VL auf der Liste sind von den Kollegen vorgeschlagen worden."

▷ Perlbach: „Die VL wurden vom BR und der OV vorgeschlagen."

▷ Venohr: „Alle, die auf der Liste stehen, wurden vorher befragt, ob sie in den VK wollen."

▷ Perlbach: „Nicht alle wurden gefragt."

▷ Venohr: „ Alle Listenmitglieder wurden auf der VK-Sitzung bestätigt."

▷ Perlbach: „Acht Listenmitglieder wurden vorher von der OV bestätigt, damit sie gleich in der VK-Sitzung mitstimmen konnten."

(Sonst wäre der Coup der IGM-Führer evtl. gefährdet gewesen!) In ähnlicher Weise äußerten sich die beiden auch zu den anderen Kündigungsgründen.

Während sich Käpplers Gesicht zusehends verfinsterte, mußte der Richter alle bisher vorgetragenen Kündigungsgründe als unglaubwürdig und herbeigesucht zu den Akten legen.

Zum Ende seiner Aussage hatte Venohr dann doch noch einen "Lichtblick", um sich aus der Affäre zu ziehen. Er meinte durchaus ehrlich: „ Die drei Gekündigten hatten eine politische Meinung, die sie verbreiten wollten, deshalb mußten wir ihnen kündigen."

Damit waren alle Kündigungsgründe auf einen Nenner gebracht!

Der Richter dokumentierte seine "Fortschrittlichkeit" durch die Antwort, er hätte den Eindruck, hier sollten "drei junge Leute diszipliniert werden."

Derartige "fortschrittliche" Äußerungen waren übrigens von dem Richtertisch (1 Richter, 2 Beisitzer) öfter zu hören:

- Zu den Kündigungsgründen: „Die sind ja wohl alle herbeigesucht."
- Zu der Ernennung der VL: „Hier hat sich die IGM nicht an ihre eigenen innergewerkschaftlichen Abmachungen gehalten. Innergewerkschaftliche Auseinandersetzungen sollten auf demokratische Weise und nicht durch Kündigung seitens des Arbeitgebers geklärt werden."
- Zu Venohr: „Ob sie der richtige Mann in der richtigen Funktion sind, ist zumindest fraglich."

Das machte natürlich Eindruck auf die Zuschauer. Bedenkt man, was sich so mancher Fascho-Richter schon geleistet hat, so ist es verständlich, daß es selbst für die Sprüche des Richters Beifall gab.

Auch die drei Kläger und ihr Rechtsbeistand (die IGM hatte die Vertretung abgelehnt!) waren von den Richtern sichtbar beeindruckt. Sie beschränkten sich auf das Zuhören, ohne auf die politischen Hintergründe der Entlassungen hinzuweisen!

Das diese richterliche "Fortschrittlichkeit" jedoch nur die eine Seite ist, wurde dann bei der "Vernehmung" des Personalchefs deutlich.

Nachdem der Richter festgestellt hatte, daß alle bisher vorgebrachten Kündigungsgründe nicht ausreichen,.. nahm er sich Käppeler vor.

Käppeler: „Der BR hat uns den Antrag auf Kündigung vorgelegt, wir mußten zustimmen."

Richter: „ Sie brauchen nicht allen Anträgen des BR zuzustimmen. Noch dazu, wo dieser inhaltlich nicht begründet war!"

Käppeler: „Aber den drei Gekündigten wurde doch im VK das Mißtrauen ausgesprochen."

Richter: „Haben sie denn keine eigenen Kündigungsgründe vorzubringen? "

(Hierbei ist interessant, das die HSW-GL im Kündigungsschreiben die „ Störung des Betriebsfriedens" nennt. In ihrer Klageerwiderung erwähnen sie hiervon jedoch kein Wort, sondern verließen sich auf die anderen Gründe.)

Der Richter zu Käppeler und dem HSW-Anwalt (deutlicher gehts nimmer) : „Halten sie den Vorwurf der „Störung des Betriebsfriedens" aufrecht? "

Nun hatte endlich auch Käppeler geschnallt, worum es ging (aber noch nicht so richtig) Er meinte: „ Die Mitarbeiter waren unruhig!" Unruhig wurde nun auch der Richter. „Gehen sie zu den Arbeitern und fragen sie, ob der Frieden gestört ist oder kommen die zu ihnen? ? " Käppelers Gesichtszüge erhellten sich: „Natürlich! Abgeordnete aus drei Abteilungen waren im Lohnbüro. Bevor die Sache mit dem offenen Brief nicht geklärt sei, wollten sie nicht mehr arbeiten. Die Arbeit hat dann 1 1/2 Stunden geruht."

Nachdem der „fortschrittliche" Richter dem Kapitalistenvertreter Käppeler aufs Fahrrad geholfen hatte, liegt nun endlich ein (nach Meinung des Gerichts) „handfester" Kündigungsgrund auf dem Tisch. Die Verhandlung wurde unterbrochen und vertagt.

Die Kapitalisten und ihre Vertreter haben nun bis zum 30. April Zeit, sich ihre „Beweise" für diese ungeheuerliche Lüge zu schaffen!

Die gekündigten Kollegen bleiben weiterhin im Ungewissen! ●

Betriebszellen HSW,
KB/Gruppe Hamburg

Frankreich:

Pompidou gibt Weg für Präsidentenwahl frei

Durch seinen Tod hat der französische Staatspräsident Pompidou den Weg für neue Präsidentenwahlen freigegeben, zwei Jahre früher als turnusgemäß. Die französische Bourgeoisie, die gaullistische Regierungspartei und die Regierungen aller anderen kapitalistischen Länder haben den Tod Pompidous herzlich bedauert und salbungsvoll die „Größe" und „Ehrenhaftigkeit" seiner Person hochgelobt – wie das eben bei derartigen Gelegenheiten üblich ist. Brandt hat kondoliert, Nixon hat kondoliert, Franco hat kondoliert (und gesagt, daß er mit Pompidou einen „*hervorragenden Freund*" verloren habe und sein Tod ein „*nicht mehr wettzumachender Verlust für das spanische Volk*" sei), Ägyptens Staatspräsident Sadat hat kondoliert (und gesagt:„*Er (Pompidou) hat durch seine Haltung bewiesen, daß er ein großer Freund des arabischen Volkes war.*") und sogar Radio Moskau legte (zumindest in seiner deutschsprachigen Sendung am 4. April) eine „Schweigeminute" für Pompidou ein. Springers „Hamburger Abendblatt" schrieb – als ein Beispiel unter unzähligen – am 3. April, einen Tag nach dem endgültigen Abtritt Pompidous:„*Georges Pompidou war, was immer gegen ihn vorgebracht wurde, ein Präsident nach dem Herzen 'seiner' Franzosen. Er stammte aus Auvergne, einer der ärmsten Provinzen Frankreichs, hatte sich durch Leistung, Bauernschläue und 'Bonhomie' zum höchsten Staatsamt hochgearbeitet und zeigte die Mischung von Autorität und Humanität, die im guten alten Sinne einen 'Landesvater' ausmachte.*"

So sehr ist Pompidou „nach dem Herzen 'seiner' Franzosen" gewesen und so sehr haben diese seine „Mischung von Autorität und Humanität" geschätzt, daß ihm gerade noch in den letzten Wochen die Erlösung von den Lasten seiner staatsmännischen Verantwortung und der baldige Eintritt ins ewige Leben gewünscht wurde:

ET HOPP, POMPIDOU!
PLUS HAUT QUE CARRERO!

(Und Hopp, Pompidou! Höher als Carrero! - Carrero ist der ehemalige Ministerpräsident des faschistischen Spaniens, der jüngst in die Luft gesprengt wurde.)

Diese Parole wurde in den letzten Tagen (in Abwechslung mit „Et hopp, Fontanet! ..." - dem Erziehungsminister) von vielen Tausend Schülern und Studenten auf der Straße gerufen. Nun ist Pompidou nicht auf die gleiche Weise ums Leben gekommen wie Carrero Blanco, sondern weit natürlicher - so „natürlich" übrigens, daß man seine zum Tod geführte Krankheit wegen ihrer Unanständigkeit und Peinlichkeit offensichtlich verschweigen muß, weil sie wahrscheinlich wohl dem „gemeinen Mann" geziemt, nicht aber einem unbescholtenen Staatspräsidenten.

Man kann auch nicht sagen, daß Pompidou nun so sehr viel mehr „nach dem Herzen" der französischen Arbeiter gewesen wäre, als nach dem der Schüler und Studenten, die ihre Meinung diesbezüglich - wie oben zitiert - in den Demonstrationen der letzten Wochen ziemlich deutlich zum Ausdruck brachten. Unter dem Regiment Pompidous verteuerte sich nicht nur das Leben der französischen Arbeiter sosehr, daß die Parole vom „vie chère - vie d'esclave" (teures Leben - Sklavenleben) heute immer mehr in den wieder angewachsenen Streiks um sich greift. Sondern das Pompidou-Regime hat vor allem auch im zunehmend brutalen Polizeieinsatz gegen die streikenden Arbeiter, in der Ausrichtung des Militärapparats auf die Verhinderung solcher „Experimente" wie in Chile, in seiner Pflege des Rassismus vor allem gegen die afrikanischen Arbeiter in Frankreich usw. für breite Teile des Volkes verdeutlicht, wo s e i n Herz schlägt (und deswegen noch „schlägt", weil es den Rhytmus nicht nur der „Person" Pompidou, sondern des gesamten weiterbestehenden Regimes bestimmt). Pompidou kommt selbst aus dem Finanzkapital, nämlich dem Rothschild-Bankimperium (der größten Privatbank Europas, wo er 1953 Direktor wurde und sich dann 1956 zum Generaldirektor „hocharbeitete", bis er 1958 - nach dem Algerienputsch des französischen Militärs - von General De Gaulle in die Regierung geholt wurde). 1962 wurde Pompidou Ministerpräsident - als welcher er 1968 federführend den Generalstreik im Kampf-Mai der französischen Arbeiterklasse niedertreten half. 1969 trat er mit diesem Verdienst die Nachfolge De Gaulles an, dessen Rücktritt ein spätes Ergebnis der Maikämpfe war.

„Der Tod ist jedem beschieden, aber nicht jeder Tod hat die gleiche Bedeutung. In alten Zeiten gab es in China einen Schriftsteller namens Sima Tjiän. Dieser sagte einmal: „Es stirbt allerdings ein jeder, aber der Tod des einen ist gewichtiger als der Tai-Berg, der Tod des anderen hat weniger Gewicht als Schwanenflaum." Stirbt man für die Interessen des Volkes, so ist der Tod gewichtiger als der Tai-Berg; steht man im Sold der Faschisten und stirbt für die Ausbeuter und Unterdrücker des Volkes, so hat der Tod weniger Gewicht als Schwanenflaum."

(Mao Tse-tung, „Dem Volke dienen!", 8. September 1944)

Wahlen am 5. und 19. Mai

Die durch den Tod Pompidous notwendigen Präsidenten-Neuwahlen kommen der französischen Bourgeoisie zu diesem Zeitpunkt nicht gerade sehr gelegen. Da die Krankheit Pompidous seinen baldigen Rücktritt schon länger auf die Tagesordnung gesetzt hatte, suchte man schon nach der Möglichkeit, durch Verfassungsänderung den Posten eines Vize-Staatspräsidenten einzuführen, um vorzeitigen Neuwahlen (turnusmäßig fänden sie erst wieder 1976 statt) aus dem Weg zu gehen. Aber Pompidou ist sich nun selbst zuvorgekommen.

Die Neuwahlen sind für den 5. Mai festgesetzt worden, und wenn dort kein Kandidat die absolute Stimmenmehrheit (mehr als 50 %) erhält, was wahrscheinlich ist, findet ein zweiter Wahlgang am 19. Mai zwischen den beiden Kandidaten mit den meisten Stimmen statt. Die Gaullisten, die nicht eine solch „festgefügte" Partei wie etwa die CDU/CSU bei uns bilden haben bislang zwei Kandidaten präsentiert: den ehemaligen Ministerpräsidenten Chaban-Delmas (der im vorletzten Jahr wegen seiner zahlreichen Skandale, darunter erhebliche Steuerhinterziehungen, zurücktreten mußte und ansonsten ein demagogisches Konzept einer „neuen Gesellschaft" verficht, mit dem er immerhin noch große Teile des französischen Volkes zu täuschen vermag) und Edgar Faure, jetziger Parlamentspräsident. Möglicherweise kommen noch ein oder zwei weitere Kandidaten hinzu, um im ersten Wahlgang (der ohnehin kaum einem Kandidaten mehr als 50 % der Stimmen bringen wird) zu sehen, wer von ihnen besser „in der Gunst des Volkes" liegt und am ehesten die Fortführung des Gaullismus im Amt des Staatspräsidenten sichern kann. Die revisionistische PCF und die PS, die sich 1972 nach chilenischem Vorbild zur „Union de la Gauche" (Links-Union) zusammenschlossen, werden wahrscheinlich bereits im ersten Wahlgang einen gemeinsamen Kandidaten aufbieten, den Sozialisten-Chef Mitterand (das Programm dieser Links-Union haben wir schon im AK Nr. 26, März 1973, einer ausführlichen Analyse und Kritik unterzogen).

Die letztendliche „Entscheidungsschlacht", die im zweiten Wahlgang wohl zwischen Mitterand und einem Gaullisten stattfindet, ist unserer Einschätzung nach völlig offen. Der Links-Union, die in den Parlamentswahlen 1973 rund 46,5 % der abgegebenen Stimmen erhielt (über 11 Millionen Wähler), kommt dabei zugute, daß die Unzufriedenheit mit dem gaullistischen Regime in der Zwischenzeit nicht ab- sondern weiter zugenommen hat. Gerade gegenwärtig sind die Arbeiter zahlreicher Betriebe wieder aktiv in den Kampf getreten: bei Péderec, Hurel-Dubois, Olivette, Usinor Dunkerque, Saviem, U.I.E. Cherbourg, Reteau, Moulinex, Carnaud, Ford Bordeaus und anderswo. Hinzu kommen die Streiks der Angestellten in den Banken und Sparkassen, die schon über einen Monat dauern. Allein im Zeitraum des Monats März haben Polizeitruppen in mehr als zehn Betrieben eingegriffen.

Auch die sich verbreiternde Bewegung der Frauen gegen das Abtreibungsverbot und die wieder aufgelebten Kämpfe der Schüler und Studenten gegen den „Fontanet-Erlaß", der die staatliche Repression und kapitalistische Auslese an den Schulen und Universitäten verschärft, bilden Momente, die die Position der „Union de la Gauche" in den bevorstehenden Präsidentenwahlen gegenüber den Parlamentswahlen des Vorjahres verbessern könnten. ●

CHILE:

Ein 'Selbstmord' nach Nazi-Muster

Mitte März hat die chilenische Militärjunta den Tod von José Toha, ehemaliger Minister unter der Allende-Regierung, gemeldet. Angeblich hat Toha „Selbstmord" begangen; er soll sich in seiner Zelle im Militärgefängnis von Santiago erhängt haben. Die internationale bürgerliche Presse hat diese Erklärung des chilenischen Faschisten-Regimes natürlich ohne Anzweiflung als reine „Tatsachenmeldung" serviert.

José Toha gehörte der Sozialistischen Partei an. Er hatte nacheinander verschiedene Ministerposten in der Allende-Regierung bekleidet, nachdem das von den rechten Parteien (Christdemokraten und Nationale Partei) mehrheitlich beherrschte Parlament ihn jeweils zum Rücktritt gezwungen hatte. Bei dem Putschversuch des Infanterie- und Panzerregiments von Tacna (am 29. Juni 73) leitete er die (damals noch erfolgreiche) militärische Verteidigung des Regierungssitzes.

Gleich nach dem faschistischen Staatsstreich vom 11. September wurde Toha wie unzählige andere verhaftet und auf die KZ-Insel Dawson im äußersten Süden Chiles deportiert, wo u.a. auch der Generalsekretär der chilenischen „KP", Luis Corvalan, und andere führende Vertreter der ehemaligen Unidad Popular gefangengehalten und gefoltert werden. Die Haftbedingungen auf dieser KZ-Insel sind bestialisch, besonders im jetzt beginnenden Winter, der in diesen Breitengraden nahe der Antarktis immer sehr hart ist.

Toha wurde Ende Februar von der KZ-Insel ins Militärgefängnis von Santiago transportiert, da sich sein körperlicher Zustand nach der erlittenen Folter bereits lebensgefährlich verschlechtert hatte. Bei einer Größe von 1,90 m hatte er nur noch ein Gewicht von 50 kg. Wenn sein Tod im Militärgefängnis von Santiago nicht noch gewaltsam von den faschistischen Folterknechten herbeigeführt wurde, ist er auf alle Fälle eine Folge der vorangegangenen Torturen. Auch die Propaganda des deutschen Nazi-Regimes hatte in solchen Fällen immer von „Selbstmord" gesprochen (womit dann gleich die „Feigheit" des Feindes „dokumentiert" wurde), oder von „auf der Flucht erschossen", usw.

Trotz des Verbots durch die Faschisten-Diktatur nahmen an der Beerdigung von José Toha rund 3.000 Menschen in einem Demonstrationszug teil. Sie sangen die Internationale, die Arbeiterhymne aller Länder, und aus der Demonstration erscholl immer wieder der Ruf: „Faschisten-Mörder!". Das Militär drohte, die Demonstration mit dem Gewehr aufzulösen – aber die Demonstranten ließen sich nicht einschüchtern; ebensowenig wie bei der Beerdigung von Pablo Neruda, der bekannteste chilenische Dichter und Mitglied der „KP", der bereits wenige Wochen nach dem Putsch „in einem Krankenhaus gestorben" war. Damals wie heute hat das Militär es daraufhin „vorgezogen", seine Drohung nicht wahrzumachen. ●

Philippinen – neues Vietnam des US-Imperialismus

Das vom US-Imperialismus gehaltene Regime der Philippinen führt seit mehreren Jahren einen Ausrottungskrieg gegen die Moslem-Minderheit auf den südlichen Inseln der Philippinen.

Im Februar wurde die Stadt Jolo, größter Ort der gleichnamigen Insel, von Regierungstruppen „zurückerobert", nachdem sie von Einheiten der „Revolutionären Moslemstreitkräfte" (MRF) besetzt gewesen war. Nachdem die Regierungstruppen zunächst vergeblich versucht hatten, Jolo zu stürmen, wurde die Luftwaffe eingesetzt, um die Stadt dem Erdboden gleichzumachen. Diese Stadt, die gewöhnlich 47 000 Einwohner hatte und jetzt zusätzlich mit zehntausenden von Moslem-Flüchtlingen aus der Umgebung überfüllt war, wurde zu mindestens 2/3 zerstört. 10 000 Menschen wurden bei den Luftangriffen gemordet.

Der vom US-Imperialismus beauftragte und „beratene" (und diesmal möglicherweise direkt von US-Piloten ausgeführte) Völkermord an den philippinischen Moslems fand damit einen neuen Höhepunkt.

Von den ca. 40 Mio. Einwohnern der Philippinen sind mehr als 90% Katholiken (von der spanischen Kolonialzeit her), die Zahl der Moslems wird zwischen 2,5 und 3,5 Mio. angegeben.

Das Regime hat den Moslems ihr Land genommen und es an katholische Großgrundbesitzer verteilt, sie versucht, die Kultur der Moslems zu unterdrücken und auszurotten.

Hiergegen organisieren die Moslems einen Volkskrieg, der von der großen Mehrheit der Moslems unterstützt wird. Ihre wichtigsten Stützpunkte sind auf den Sulu-Inseln (wo auch das „ausradierte" Jolo liegt) und im Süden der Insel Mindanao. Die Regierung geht so vor, daß sie die Landgebiete bombardieren läßt, um die Bewohner zur Flucht zu zwingen und sie dann z.B. im Norden der Insel Mindanao in Lager zu sperren, wo sie nicht nur wie Gefangene gehalten werden, sondern auch dem Hungertod ausgesetzt sind.

Vor allem im Norden der Philippinen ist das Regime außerdem mit der „Neuen Volksarmee" (NPA) konfrontiert, die von der Kommunistischen Partei der Philippinen geführt wird. Die NPA arbeitet mit den MRF zusammen; im Übrigen klagt selbst das Regime darüber, daß die MRF sogar von Katholiken unterstützt werde. Dies zeigt, daß diese sich von einer national und religiös begrenzten Kraft zu einer revolutionären Kraft a l l e r Ausgebeuteten entwickelt, die am von der Kommunistischen Partei geführten Kampf der Völker der Philippinen teilnehmen.

Die Philippinen sind für den Imperialismus von doppelter Bedeutung: Zum einen sind die Philippinen, neben Thailand, der wichtigste Brückenkopf des US-Imperialismus in Südostasien; die USA unterhalten hier zahlreiche Militärstützpunkte. Zum Zweiten reizen die Naturschätze der Philippinen die imperialistischen Ausbeuter. Dies vor allem, seit in den Gewässern um die (von Moslems bewohnten!) Sulu-Inseln reiche Ölvorkommen vermutet werden. Präsident Marcos garantiert den Erdöl-Konzernen völlige Befreiung von Steuern und 40%ige Beteiligung an der zukünftigen Produktion. Darüber hinaus bemühen sich die Auto-Industrie Japans, der BRD und der USA, die Schiffbau-Industrie Japans, Spaniens und Frankreichs, u.a. Industrien um die Ausbeutung philippinisoher Arbeitskraft, die bei einem täglichen Mindestlohn von etwa 3,80 Mark und einem durchschnittlichen Jahreseinkommen von 260 Dollar billig zu haben ist.



Um dieses „Paradies" für Ausbeuter zu sichern, stehen die Philippinen seit September 1972 unter Kriegsrecht, die Opposition ist verboten, es gibt tausende politischer Gefangener. Die USA unterstützen den Krieg des Marcos-Regimes gegen Moslems und Kommunisten mit Waffenlieferungen, mit „Beratern"; auch die Möglichkeit einer direkten Beteiligung z.B. von US-Piloten ist schon gegeben. Aber auf den Philippinen wie in Vietnam: die Kriegsverbrechen des US-Imperialismus können die Entwicklung des Volksbefreiungskampfes zwar erschweren, aber nicht verhindern. ●

ITALIEN:

DER BEWAFFNETE KAMPF VON SEITEN DER BOURGEOISIE UND DER FASCHISTEN HAT LÄNGST BEGONNEN

Zwei schwere Schußwaffen-Angriffe der Faschisten; eine gemeinsame Attacke von Polizisten und Faschisten auf eine antifaschistische Demonstration; eine große Durchsuchungs- und Verhaftungsaktion der Polizei gegen die Organisationen der revolutionären Linken - das sind die alarmierenden Ereignisse der letzten Tage, die das Gesicht Italiens unter der sogenannten „Mitte-Links"-Regierung (Christdemokraten, Sozialdemokraten und Sozialisten) prägen.

In Rom hat am Morgen des 23. März ein Stoßtrupp von 25 Faschisten einen Angriff auf Schüler der Croce-Schule unternommen. Die Faschisten waren mit Knüppeln und Pistolen bewaffnet. Sie gaben mehrere Schüsse auf eine Gruppe von etwa 15 Schülern ab, wobei vier Schüler verletzt wurden, darunter zwei schwer verletzt. Die Schüler der Croce-Schule traten nach dieser faschistischen Provokation sofort in einen Streik und zogen zum Universitätsgelände, wo gerade eine antifaschistische Versammlung stattfand. Auch an diesem Ort hatte eine Faschistentruppe von ca. 40 Mann gerade einen bewaffneten Angriff versucht, wurde aber von den versammelten Studenten in die Flucht geschlagen, noch bevor die Faschisten eine weitere Bluttat anrichten konnten. Gemeinsam mit den Schülern zogen die Studenten dann durch die Stadt zur Porta Pia, wo zwei weitere Demonstrationszüge eintrafen, die inzwischen die Nachricht von dem bewaffneten Angriff der Faschisten erhalten hatten. Die Demonstration, die dann von der Porta Pia weiter durch die Stadt zog, erreichte eine Stärke von 3.000 Teilnehmern.

Zwei Tage darauf, am 25. März, eröffneten die Faschisten dann eine neue Schießerei in Mailand, vor der Architektur-Fakultät und dem Studentenhaus. Drei Personen wurden dabei verletzt, darunter ein neunjähriges Mädchen! Die Studentenkomitees von Mailand beschlossen daraufhin einen Streik für den nächsten Tag und eine Demonstration, zu der gemeinsam mit verschiedenen Organisationen der revolutionären Linken, der revisionistischen Jugendorganisation FGCI und der regionalen Gewerkschaftssektion der FLM aufgerufen wurde. An dieser Demonstration nahmen 20.000 Menschen teil, wobei es zu getrennten Schlußkundgebungen einerseits der Revisionisten und Gewerkschaftssektion, andererseits der revolutionären Linken kam.

Die Spaltung der Demonstration bei den Schlußkundgebungen hatte sich vor allem an einem anderen „Zwischenfall" des Vortages entzündet, wo die Revisionisten und Gewerkschaftsführer nicht bereit waren, Solidarität zu üben:

Am 25. März begann in Monza (in der Nähe von Mailand) der Prozeß gegen sechs Faschisten, die am 29. August 1972 ein Büro von Lotta Continua in Sesto San Giovanni (Stadtteil von Mailand) überfallen und auf mehrere Genossen geschossen hatten, die gerade von einer Versammlung kamen. Zum Beginn des Prozesses (er war bereits zweimal verschoben worden – und wurde nun nach dem 25. März erneut vertagt) versammelten sich mehrere Genossen vor dem Justizgebäude. Dort wurde sofort klar, wie unernst die Staatsgewalt es mit dem Prozeß gegen die faschistischen Attentäter meint, und wie ernster es ihnen stattdessen um die Eindämmung der antifaschistischen Mobilisierung ist: das ganze Justizgebäude war von einem großen und kampfmäßig ausgerüsteten Polizeiaufgebot abgeriegelt. Eine Gruppe von Carabinieri (Spezialpolizei) löste sich plötzlich aus der Abriegelung und ging drohend auf die Genossen zu, ihre Pistolenkoppel in der Hand. Es wurde klar, daß die Polizei eine Provokation beabsichtigte.

Die Genossen riefen daraufhin sofort weitere Genossen zusammen, bildeten einen Demonstrationszug und marschierten durch die Straßen von Monza, um die zunehmenden faschistischen Terrorakte und die Komplizenschaft der Polizei öffentlich anzuklagen. Als sie bei einem Waffengeschäft ankamen, dessen Besitzer ein stadtbekannter Faschist ist (Gemeinderat des MSI), zerstörten sie dort die Schaufensterscheibe. Die Polizeiführung ließ sofort das Gerücht verbreiten, die Demonstranten hätten sich dort Waffen geklaut und wollten eine Schießerei anzetteln. Diese Behauptung mußte später offiziell wieder zurückgenommen werden, nachdem am folgenden Tag bei einer Überprüfung festgestellt wurde, daß keine einzige Waffe aus dem Geschäft fehlte. Für Augenzeugen war diese Behauptung aber von vornherein als eine bewußte Lüge der Polizei zu erkennen, denn hinter der zerstörten Fensterscheibe befand sich ein schweres Eisengitter, durch das niemand an die Waffen heranreichen konnte. Der Zweck dieses von der Polizeiführung fabrizierten „Gerüchts" war aber auch nur auf die unmittelbare Situation gerichtet, als Vorwand, um mit offenster Brutalität die Demonstration auseinanderschlagen zu können. Die Polizei hatte sich die „Legitimation" geschaffen, selbst von der Schußwaffe Gebrauch machen zu können: an mindestens drei Plätzen der Stadt, durch die die Demonstranten nun gejagt wurden, gab die Polizei Schüsse ab. Dabei erhielt sie zusätzlich Verstärkung von Faschisten, von denen mehrere mit Pistolen in der Hand gesehen wurden. Man kann es als reinen Zufall ansehen, daß offensichtlich keiner durch die Schüsse verletzt wurde. Die Polizei hat später überhaupt rundweg abgestritten, daß sie Schußwaffen eingesetzt hätte. Die Genossen setzten sich gegen die bewaffnete Übermacht von Polizei und Faschisten mutig zur Wehr und verteidigten sich vor allem mit Steinen und Stöcken, wobei es ihnen gelang, mehreren Polizisten Beulen zu schlagen. Über die Brutalität dieses Polizeiangriffs schrieb Lotta Continua am folgenden Tag, 26. März, in ihrer Tageszeitung:

„Es gibt unzählige Episoden, die die Gewalttätigkeit der Aggression bezeugen, den offenschtlichen Willen, Genossen zu verletzen und zu ermorden. Wir sind dabei, Beweise und Zeugnisse zusammenzutragen; aber schon jetzt ist der feige und mörderische Plan klar, der die Hände der Polizisten und ihrer Komplizen im schwarzen Hemd (= Faschisten; d. Red.) bewaffnet hat. Es wurden Genossen gesehen, die zu Boden geschmissen wurden, denen Maschinenpistolen an die Schläfe gesetzt wurden und die danach mit Gewehrkolben geschlagen wurden. Eine Genossin wurde in eine Toreinfahrt verfolgt, in die sie sich geflüchtet hatte und wo im Dunkeln ein Polizist mehrmals in ihre Richtung schoß. Andere Genossen, die sich in den nahegelegenen Sitz von Lotta Continua geflüchtet hatten, wurden gleichfalls verfolgt, geschlagen und festgenommen."

Insgesamt nahm die Polizei 60 Genossen fest, überwiegend Mitglieder von Lotta Continua, von denen anschließend zehn mit Haftbefehl eingesperrt wurden. Einer dieser verhafteten Genossen, Paolo Margini, soll des versuchten Mordes angeklagt werden: er soll die Pistole eines Polizisten, die dieser im Handgemenge fallen gelassen hatte, aufgehoben und dreimal damit geschossen haben, ohne aber, wie die Polizei selbst sagt, jemanden damit zu verletzen. Im übrigen ist diese Version der Polizei ein (wohl nicht gewolltes) Eingeständnis, daß sie entgegen ihrer Presse-Behauptung doch die Schußwaffen gezogen hatte.

Auch die 50 Genossen, die zunächst nur vorläufig festgenommen und anschließend wieder freigelassen wurden, haben Anklagen zu erwarten; wegen Besitzes und Anwendung von „uneigentlichen Waffen" (d.h. Steine, Stöcker usw., mit denen sie sich gegen die Polizei verteidigt hatten).

Die letzte Entwicklung in Italien, die immer häufiger werdenden bewaffneten Provokationen der Faschisten, die an Brutalität zunehmenden Einsätze von Polizeitruppen zur Unterdrückung der antifaschistischen Mobilisierung, die Vorbereitung auf einen gewaltsamen Staatsstreich innerhalb des Militärs (worüber wir im ARBEITERKAMPF 39 ausführlich berichteten) verdeutlichen unseres Erachtens allerdings, daß die unseres Erachtens allerdings, daß die Orientierung auf den gewaltsamen Sturz der kapitalistischen Herrschaft und die Fragen des bewaffneten Kampfes der Arbeiterklasse immer stärker auf die Tagesordnung drängen und von der revolutionären Linken nicht umgangen werden können. Chile ist das letzte lebendigste Beispiel dafür (aber nur eines unter vielen in der gesamten Geschichte der kapitalistischen Herrschaft), wie verantwortungslos und selbstmörderisch es für die gesamte Arbeiterbewegung ist, wenn diese wichtigsten Fragen nicht rechtzeitig genug von der revolutionären Linken behandelt werden. In Italien ist die Situation heute aber schon derart, daß die bloße Diskussion dieser Fragen im deutlichen Nachzug der praktischen Entwicklung steht, wie sie von der Bourgeoisie, ihren Staatsorganen und den Faschisten der Linken und der gesamten Arbeiterklasse aufgezwungen wird. Zumindest bei einer Reihe von Punkten, nämlich die bewaffneten faschistischen Attentate und die bewaffneten Polizeieinsätze, läßt sich nicht mehr nur mit „friedlichen Demonstrationen" antworten. ●

Forts. Japan

öffentliche Verkehr: Eisenbahnen fuhren nicht oder nur mit großer Verspätung, der Vorortsverkehr von Tokio brach zusammen, U- und S-Bahnen verkehrten nur sporadisch. Auch die Beschäftigten der privaten Eisenbahn- und Omnibuslinien waren in einen Ausstand von 12 - 48 Stunden getreten. Das Verkehrsministerium in Tokio schätzte, daß rund 20 Millionen Japaner vom Ausstand betroffen würden." (SZ, 27.3.74)

Diese erst in Teilbereichen des Öffentlichen Dienstes durchgeführten Kampfmaßnahmen kamen in ihrer Wirkung einem Generalstreik gleich. Sie sollen dem Aufbau einer breiten Kampffront für die entscheidende, dritte Phase der ‚Frühjahrsoffensive' die Anfang April mit unbefristeten Streiks in allen Branchen beginnen wird, dienen.

Das von insgesamt 180 japanischen Gewerkschaften (mit 8,3 Mill. Mitgliedern) gebildete „Vereinigte Kampfkomitee" hat Forderungen zum Programm dieser „Frühjahrsoffensive" erhoben, die sozialdemokratische Gewerkschaftsführer hierzulande zu Wutausbrüchen veranlaßt hätten: „So verlangen die Gewerkschaftsfunktionäre monatliche Lohn- und Gehaltsaufbesserungen von durchschnittlich über 30 Prozent, mindestens 30.000 Yen (279 Mark). Die Textilarbeiter wollen sich sogar erst bei 35 Prozent plus Zulagen zufrieden geben, die Eisenbahner bestehen auf monatlich 35.000 Yen (325 Mark) mehr Lohn, die Chemiewerker auf 45.000 Yen (418 Mark). Am kräftigsten wollen Schauerleute und Rundfunkangestellte zulangen: Sie halten Lohnerhöhungen von fast 42 Prozent oder mindestens 50.000 Yen für angemessen."

Massenkundgebung in Tokio: Die werktätigen Massen Japans kämpfen um die Verteidigung ihrer Lebensbedingungen und die Erreichung elementarer demokratischer Rechte. Japan hat von den imperialistischen Hauptländern mit rund 25 % die höchste Inflationsrate ...



Darüberhinaus wird von der Regierung verlangt: „...die Verdoppelung (!) der staatlichen Renten, automatische Anpassung aller Sozialleistungen an den Verbraucherpreisindex und eine einmalige Inflationsausgleichszahlung von 30.000 Yen (279 Mark)." (Angaben lt. „Der Spiegel", Nr. 14/74)

Neben diesen Forderungen zur Sicherung der ökonomischen Lage der werktätigen Massen ist es das zentrale politische Ziel der diesjährigen „Frühjahrsoffensive", das Streikrecht für die Beschäftigten des Öffentlichen Dienstes zu erringen.

Die Vertreter des japanischen Großkapitals haben die Forderungen der Arbeiter als „unter keinen Umständen annehmbar" bezeichnet und „die härteste Gangart" im Klassenkampf von oben angekündigt.

Volle Unterstützung findet die japanische Bourgeoisie in dieser Auseinandersetzung bei der Regierung Tanaka, die bereits die vorbereitenden Kampfmaßnahmen der Werktätigen als „illegal" und „sittenwidrig" bezeichnete (SZ, 27.3.74) und „Strafmaßnahmen" gegen Streikende angedroht hat. ●

Metall-Komitee
KB-Gruppe Hamburg

ITALIEN:

Der Prozeß gegen den Genossen Marini

Am 28. Februar begann in Salerno (Süditalien) ein Prozeß gegen den Genossen Giovanni Marini. Genosse Marini ist Anarchist. Er ist angeklagt, einen Faschisten getötet zu haben.

Gegen diesen Prozeß haben vor allem die Organisationen der revolutionären Linken eine Kampagne entwickelt, die bei den werktätigen Massen ein relativ breites Echo gefunden hat. So war auch bei den Demonstrationen zum Generalstreik am 27. Februar die Parole „Freiheit für Marini" vielfach zu hören. Denn der Prozeß gegen den Genossen Marini zielt nicht nur auf einen e i n z e l n e n Antifaschisten, sondern auf den antifaschistischen Kampf überhaupt.

Der Prozeß gegen Marini ist Mitte März vorläufig unterbrochen und auf Juni vertagt worden, nachdem zuerst Marini aus dem Gerichtssaal gezerrt worden war (nachdem er eine Zeugin in der Anklage mit dem Ruf „Das ist nicht wahr!" unterbrochen hatte), dann auch die Zuhörer von der Polizei brutal hinausgeprügelt wurden (weil sie gegen die Entfernung Marinis protestierten) und Marini sich schließlich weigerte, unter Ausschluß der Öffentlichkeit weiterhin im Gerichtssaal zu erscheinen.

Worum geht es beim Prozeß gegen den Genossen Marini ?

Marini ging am Abend des 7. Juli 1972 zusammen mit zwei Genossen am Kai von Salerno spazieren. Sie wurden dabei zuerst von einer Gruppe bekannter faschistischer Schläger durch Anrempeln etc. provoziert und später, an anderer Stelle der Stadt, angegriffen. Als die Faschisten mit dem Messer auf einen Genossen von Marini losgingen, zog Marini der einige Schritte vor den beiden Genossen gegangen war, seinerseits ein Messer und verletzte zwei Angreifer. Da nun von mehreren Seiten weitere Faschisten herbeigerannt kamen, flüchtete Marini.

Einige Zeit später traf die Polizei ein. Die beiden verletzten Faschisten und der verletzte Genosse wurden ins Krankenhaus gebracht. Hier starb einer der Faschisten, Falvella, Vizepräsident der Jugendorganisation der neofaschistischen Partei MSI.

Genosse Marini wurde kurz darauf verhaftet. Seit seiner Verhaftung ist er durch insgesamt 14 (!) Gefängnisse Italiens geschleift worden, wobei er häufig von Gefängniswärtern bei er häufig von Gefängniswärtern geprügelt wurde. Marini hat diese bittere Erfahfung politisch so genutzt, daß es zu einem der bekanntesten Ankläger gegen die Zustände in den italienischen Gefängnissen wurde.

Die „Schönheitsfehler" der Anklage

Die „Ermordung" des Faschisten Falvella wird von der Bourgeoisie und den Faschisten zu klaren politischen Zielen gebraucht. Die Bourgeoisie singt wieder das abgedroschene Lied von den „Extremisten von rechts und links", in deren Streitigkeiten der bürgerliche Staat schlichtend und ordnend eingreifen muß. Die Faschisten stilisieren den Schläger und Provokateur Falvella zum „Märtyrer" hoch, der „von den Roten ermordet" wurde.

Tatsache ist, daß die Faschisten Marini und Genossen provoziert und angegriffen haben - wie es bei den Faschisten überall in Italien üblich ist, in den Abendstunden auf vereinzelte Genossen der revolutionären Linken Jagd zu machen, 'Bar's zu überfallen, in denen sich Genossen treffen (falls nicht gerade zuviel Genossen da sind!) etc.

Im übrigen gibt es um den Tod des Faschisten Falvella noch einige große „Unklarheiten". Die Polizei nahm vom Ort des Geschehens nur ein Klappmesser mit blutiger Klinge und die Brille von Falvella mit. Das Klappmesser wurde als das von Marini bezeichnet, was der Genosse jedoch bestreitet. Auf diesem Messer sind auch keine Fingerabdrücke mehr zu identifizieren, da es offenbar vor dem Eintreffen der Polizei von mehreren Personen in die Hand genommen wurde.



Giovanni Marini

Nach einem Gutachten wurde Falvella durch einen Messerstich zwischen die Rippen getötet. Er wurde durch m e h r e r e Messer verletzt, nämlich durch eins mit zweischneidiger Klinge (wie es Marini nach seinen Angaben hatte) und durch eins mit einfacher Klinge; mit letzterem wurde der tödliche Stoß geführt. Die anderen Verletzungen sind dagegen relativ leicht; Marini selbst gibt an, er habe den Faschisten nur Streifwunden beigebracht.

Erwähnenswert ist im übrigen, daß die Polizei am „Tatort" weder Fotos gemacht noch andere gründliche Untersuchungen vorgenommen hat, obwohl es sich dabei um „Routine-Aufgaben" handelt.

Wer Falvella wirklich getötet hat, ist also durchaus unklar. Er könnte sogar von den Faschisten selbst getötet worden sein, die auf diese Weise eine interne Streitigkeit austrugen und dabei zugleich die Verantwortung auf die Anarchisten fallen ließen. Falvella könnte auch im Krankenhaus an den Folgen einer verpfuschten, von unqualifizierten Kräften vorgenommenen Operation gestorben sein - wie die Verteidiger Marinis während des Prozesses erklärten.

U n a b h ä n g i g davon kann es kein Verbrechen sein, sich gegen die Faschisten zu wehren.

Die Faschisten suchen die Provokation und schrecken vor Mordanschlägen nicht zurück. Die kommunistische Zeitung „Lotta Continua" vom 16. März zählt acht faschistische Mordversuche gegen Genossen zwischen 20. Januar und 14. März auf, also innerhalb von weniger als zwei Monaten, etwa jede Woche eines. In fünf Fällen handelt es sich um Schußverletzungen, sonst vor allem um Angriffe mit dem Messer.

Polizei und Justiz beobachten das faschistische kriminelle Treiben mit wohlwollendster „Zurückhaltung". Übelste faschistische Verbrecher werden einfach laufen gelassen. Dafür zwei Beispiele: Der Faschist Angeli wurde im Februar dieses Jahres von der Schweizer Polizei festgenommen. Er war in die Entführung (?) eines italienischen Industriellen verwickelt (wobei noch unklar ist, ob es sich bei der Entführung nicht um eine abgekartete Sache handelte, um die abgekartete Sache handelte, um die Kassen der Faschisten zu füllen). Interessant ist die Vorgeschichte: Angeli, genannt der „Schwarze Bomber", ist ein berüchtigter faschistischer Schläger, der an zahlreichen Provokationen und Überfällen auf Genossen beteiligt war. Außerdem gilt er als Führer der „SAM" („Aktionsgruppe Mussolini") - eine faschistische Terrorgruppe, die vor allem mit Bombenlegen „aktiv" ist. Angeli wurde deshalb im April 1972 zu vier Jahren Gefängnis verurteilt, dann aber „vorläufig" frei gelassen, um weitere arbeiterfeindliche Verbrechen zu begehen.

Zweites Beispiel: Die Faschisten Nardi und Stefano werden „polizeilich gesucht," weil sie verdächtigt werden, im Mai 1972 den Kommissar der Mailänder Politischen Polizei, Calabresi, erschossen zu haben (vgl. AK 41, S. 20). Beide Faschisten hatten sich bereits in „Polizeigewahrsam" befunden, da sie im September 1972 dadurch aufgefallen waren, daß sie die schweizerisch-italienische Grenze mit einem Auto voller Sprengstoff und Waffen überqueren wollten. Die Polizei ließ sie danach wieder laufen!!

Der bürgerliche Staat hat natürlich, in Italien sowenig wie in der BRD, ein Interesse daran, faschistische Verbrecher zur Rechenschaft zu ziehen. Er inszeniert stattdessen abschreckende Verfahren gegen Genossen, die sich gegen faschistische Überfälle zur Wehr setzen.

Warum wollen Faschisten und Staat den Genossen Marini ausschalten ?

Marini hatte im „lumpenproletarischen" Viertel von Salerno politisch gearbeitet und dort „Gegeninformationsarbeit" zur Aufdeckung des Komplotts zwischen den Faschisten und den lokalen und staatlichen Behörden geleistet.

In Salerno, das im besonders unterentwickelt und rückständig gehaltenen Teil Italiens südlich von Neapel liegt, sind die reaktionären Kräfte (Faschisten, Christdemokraten, Kirche usw.) sehr stark. Bei einer Einwohnerzahl von 180.000 Menschen in Salerno zählt dort die Neofaschistische Partei 8.000 Mitglieder! Bei den letzten Parlamentswahlen erhielt die MSI in Salerno 20.000 Stimmen und wurde damit zweitstärkste Partei am Ort (nach den Christdemokraten mit 27.000 Stimmen); die revisionistische PCI erhielt nur 16.000 Stimmen.

Der besondere Grund, warum Marini bei Polizei und Faschisten „auf dem Kieker" war und ihm mehrfach sogar Attentate angedroht wurden, ist seine Mitarbeit bei der Enthüllung der faschistischen „Aktivitäten" in Zusammenhang mit der Mailänder „strage di stato", dem Bombenanschlag auf eine Bank 1969 (16 Tote!). Marini untersuchte konkret einen „Autounfall", bei dem 1970 vier anarchistische Genossen starben. Diese Genossen hatten ebenfalls Untersuchungen über die „strage di stato" gemacht und wollten an diesem Tag nach Rom, um ihre Ergebnisse dort mit anderen Genossen zu diskutieren. Dicht vor ihnen fuhr ein Lastwagen mit Nummernschild aus Salerno, der plötzlich ohne Grund und Signal bremste, wobei die Genossen auffuhren und starben.



Genosse Marini in Ketten im Gerichtssaal.

Marini fand u. a. heraus, daß der Fahrer des Lastwagens ein guter Bekannter und Kumpan von Valerio Borghese war; Borghese ist ein Alt-Faschist, verwickelt in einen Putschversuch, vor einem (inzwischen aufgehobenen!!) polizeilichen Haftbefehl ins faschistische Spanien geflüchtet.

In einem Interview mit der liberalen Wochenzeitschrift „l'Espresso" erklärte Marini, daß er nicht damit rechnet, freizukommen — daß sein Prozeß aber unbedingt zur Anklage gegen das Komplott zwischen Faschisten und Staatsapparat genutzt werden muß. Unabhängig davon, wie und von wem der Faschist Falvella getötet wurde, zeigt der „Fall" des Genossen Marini darüber hinaus die Notwendigkeit, den Provokationen und Angriffen der Faschisten entschieden entgegen zu treten — wie Marini selbst es tat, als sein Genosse von den Faschisten mit dem Messer angegriffen wurde. ●

DIE „KPD/ML" STEHT FEST AN DER SEITE DER ARABISCHEN BOURGEOISIE

Im „Roten (?) Morgen" vom 16. März rechnet die „KPD/ML" wieder einmal schauerlich mit ihrem derzeitigen Lieblingsfeind, der sogenannten "KPD" ab.

In der Rubrik „Internationale Spaltertätigkeit" ist da zu lesen: „ ... *So griff die Rote Fahne* (die Zeitung der „KPD" – Anm. AK) *die ägyptische Regierung Sadat ausgerechnet* (!) *in dem Moment an, als diese versuchte, die sowjetischen Sozialimperialisten aus dem Land zu werfen."*

Ägyptens Staatschef Sadat erhielt von der „KPD/ML" den Orden „Kämpfer gegen die Supermächte" verliehen, weil er im Juli 1972 die sowjetischen „Berater" auswies. Die „KPD" war demgegenüber doch etwas skeptischer. Die „Rote Fahne" schrieb dazu: „Vom Sozialimperialismus zum USA-Imperialismus: Sadats Weg in die Kapitulation".
(RF, 26.7.72)

Inzwischen könnte die tatsächliche Entwicklung auch die blindesten Hühner der „KPD/ML" darüber belehrt haben, daß die Ausweisung der sowjetischen „Berater" 1972 w i r k l i c h nur ein Schritt auf dem Weg der ägyptischen Bourgeoisie in die Arme des US-Imperialismus und zu einer „politischen Lösung" mit dem Zionismus war. Der „Kämpfer gegen die Supermächte" Sadat lobt offen die „konstruktive Rolle" des US-Imperialismus, und Ägypten ist für die Ausplünderung durch die Imperialisten der USA, Westeuropas und Japans freigegeben. Jede sozialistische Politik wurde in Ägypten schon immer brutal unterdrückt, aber die Regierung Sadat geht jetzt sogar daran, gewisse fortschrittliche, antiimperialistische Elemente des nasseristischen Nationalismus zu liquidieren.

Die „KPD/ML" jedoch ist dagegen, diese Zusammenhänge aufzudecken und anzugreifen. Diese Super-„Revolutionäre", denen ansonsten gar nichts „links" genug sein kann, schwärmen lieber: „*Die arabischen Regierungen wie Ägypten, Syrien und Libyen stehen geschlossen hinter den Palästinensern.*" oder „*Die arabischen Völker und die fortschrittlichen Regierungen sind geschlossener denn je.*"
(RM, 19/73)

Auf derselben Linie liegt es, wenn die „KPD/ML" jetzt der „KPD" den bitterbösen Vorwurf macht, sie habe den libyschen Präsidenten Ghadafi „diffamiert" (!! – dies, ebenfalls im RM vom 16. März). Ausgerechnet den Antikommunisten Ghadafi, dessen Innenpolitik klar faschistoide Züge hat!

Dies beim Namen zu nennen (wie es z. B. auch die Genossen verschiedener Organisationen des palästinensischen Widerstands tun), wird im schrillen Jargon der „KPD/ML" zur „internationalen Spaltertätigkeit" erklärt. Man kann sich umgekehrt denken, was diese schrägen Vögel dann wohl unter proletarischem Internationalismus verstehen. ●

Bonzen und andere Ganoven

Ex-Führer der US-Bergarbeitergewerkschaft Boyle wegen 3-fachen Mordes vor Gericht:

Der ehemalige Vorsitzende der amerikanischen Bergarbeitergewerkschaft, Tony Boyle, hat sich derzeit vor einem Geschworenengericht in Media (Pennsylvania) wegen Anstiftung zu dreifachem Mord zu verantworten.

Die Anklage wirft dem heute 72-jährigen vor, Ende 1969 drei Killer angeheuert und ihnen den Auftrag erteilt zu haben, den seinerzeitigen Konkurrenten um den Vorsitz in der Bergarbeitergewerkschaft, Joseph Jablonski, zu ermorden. Bezahlt wurde dieser 'bestellte Mord' – wie es in der Anklageschrift heißt – „mit dem Schweiß und dem Blut der Kumpel", also aus der Gewerkschaftskasse (Preis: 20 000 Dollar!). (Angaben nach „FAZ", 3. April '74)

Die drei Killer leisteten damals 'ganze Arbeit': Nachdem ihr erster Plan, Jablonski zu vergiften und mit seinem Wagen in die Luft zu spren-



J. Jablonski – er hatte den Korruptionssumpf in seiner Gewerkschaft aufgedeckt und wurde darum (zusammen mit seiner Familie) ermordet

gen, gescheitert war, suchten sie ihr Opfer dort auf, wo es sich am sichersten fühlte – zu Hause ...

Sie kamen in der Sylvesternacht (31.12.69). Nachdem sie die Telefonleitungen durchtrennt hatten, drangen sie durch ein eingedrücktes Fenster in das Haus des Gewerkschaftsführers ein. Als erste töteten sie Jablonskis Tochter Charlotte (26 Jahre), Sekunden später starb seine Frau in ihrem Bett. Dann erst stürzten sich die Mörder auf ihr eigentliches Opfer. Jablonski starb durch einen Kopfschuß, nachdem ganze Salven von Schüssen seinen Körper durchsiebt, ihn jedoch noch nicht getötet hatten.

Die bezahlten Killer wurden nach 19 Tagen geschnappt – doch über ihre Auftraggeber schwiegen Paul Gilly, Claude Vealoy und Aubran Martin zunächst beharrlich.

Schließlich packte ein Mitwisser aus: Paul Gillys Schwiegervater, ein Spitzenfunktionär der 'United Mine Worker', hatte die Mörder gedungen und bezahlt. Kriminalistische Kleinarbeit überführte weitere Personen der Mittäterschaft – darunter waren vier Gewerkschaftsführer. Die Vermutung lag nahe, daß Boyle hinter all dem steckte.

Aber noch fehlten Beweise.

Erst nach drei Jahren packte der Gewerkschaftsfunktionär William Turmblazer, dem selbst Knast drohte, über den 'Fall Jablonski' aus: „Boyle hatte Angst. Er erklärte: 'Dieser Kerl bringt uns noch um. Erledigt ihn, oder schafft ihn weg!' "

Als die Anklage schließlich ihren Kronzeugen gefunden hatte, erinnerten sich plötzlich auch die mittlerweile zum Tode verurteilten Killer an ihren Auftraggeber.

Gegen Boyle wurde Anklage wegen Anstiftung zum dreifachen Mord erhoben.

Das war im September des vergangenen Jahres. Boyle hatte gerade mehrere Monate abgesessen, nachdem ihn 1972 ein Gericht wegen Veruntreuung von Gewerkschaftsgeldern seines Postens enthoben und ins Gefängnis geschickt hatte.

Dem toten Gewerkschaftsführer glaubt man, was man dem Lebenden nicht abnahm ...

Was in jener Sylvesternacht mit einem Blutbad endete, hatte sich bereits im Sommer 1969 angekündigt:

Jablonski hatte aufgedeckt, daß der amtierende Vorsitzende der Bergarbeitergewerkschaft, T. Boyle, für sich und seine Mitarbeiter einen Pensionsfonds in Höhe von 1,5 Millionen Dollar (!) eingerichtet hatte; daß Boyle, dessen Jahresgehalt ohnehin schon 50 000 Dollar (plus 12 000 Dollar 'Spesen') betrug, seinen Bruder als 'Funktionär' und seine Tochter als 'Rechtsberaterin' (Gehalt für beide zusammen 78 000 Dollar !) auf die Gehaltslisten der Gewerkschaften geschwindelt – und daß er insgesamt mehr als 18.000 000 Dollar aus Mitgliedsbeiträgen veruntreut hatte.

Jablonski erhob öffentlich Anklage, doch die Gerichte schritten nicht ein.

Dann begann im Spätsommer '69 der Wahlkampf um den Vorsitz in der Bergarbeitergewerkschaft. Jablonski stellte sich – gegen Boyle – zur Wahl. Es wurde der härteste Wahlkampf in der 79-jährigen Geschichte der 'United Mine Worker': Überall, wo Jablonski auftrat, wurde er bedroht und bedrängt, einmal sogar bewußtlos geschlagen.

Am 9. Dezember '69 wurde Tony Boyle wieder zum Vorsitzenden gewählt. Jablonski hatte zwar die Mehrheit der Kumpel gewinnen können – Boyle kaufte sich jedoch die Stimmen der Rentner, denen er nach seiner Wahl höhere Zuwendungen versprochen hatte.

Als Jablonski bekanntgab, daß er die Wahl wegen Fälschung und Manipulation anfechten würde, war sein 'Todesurteil' bereits gesprochen.



Gewerkschaftsführer Boyle (Mitte): Auftraggeber für einen dreifachen Mord

Korruption und andere Verbrechen – eine allgemeine Erscheinung in der amerikanischen Gewerkschaftsbürokratie

Der „Fall" Boyle/Jablonski ist nur die Spitze des Eisberges.

Die amerikanische Gewerkschaftsbürokratie, die mit dem großen Kapital und dem Staatsapparat auf vielfache Weise verfilzt ist, kennt Korruptions-Skandale und andere rein kriminelle Delikte in Hülle und Fülle.

Als im September des vergangenen Jahres das Verfahren gegen Boyle eröffnet wurde, schrieb sogar die sozialdemokratische Morgenpost, daß *„Konflikte mit dem Gesetz ... bei den Führern der US-Gewerkschaften nicht selten (sind)."* („MoPo", 8.9.73)

Und weiter: *„Jimmy Hoffa von den Transportarbeitern z. B. saß jahrelang wegen Korruption im Gefängnis. Seine Freiheit verdankt er Nixon, der ihn im Wahljahr (!) 1972 begnadigte ...*

Von Richard Nell, dem Vorsitzenden der Baugewerkschaft, wird behauptet, er läßt sich von Mitgliedern Urlaubsreisen ... und anderen Luxus bezahlen ...

Einzelne Gewerkschafts - Bosse streichen Zehntausende von Dollars ein, indem sie mit Bauunternehmern lokale Verträge abschließen, die mehrere Jahre für bestimmte Arbeiter-Kolonnen nur geringe Lohnerhöhungen vorsehen, aber dem Boß (dem Gewerkschaftsführer, Anm. d. Red.) eine Geldspende für den 'Wahlkampf' zukommen lassen. Auch wenn nicht gewählt wird (!)." („MoPo", 8.9.73)

P.S.: Wir wollen über die Entwicklung der amerikanischen Gewerkschaften in den nächsten Monaten intensiver arbeiten, denn die Politik der Meany, Boyle und Co. ist in vielerlei Hinsicht für Entwicklung der Gewerkschaften in unserem Lande lehrreich. Weniger wegen der spektakulären Verbrechen, die sich diese sozialfaschistischen Bonzen zuschulden kommen lassen, sondern wegen der extremen Arbeiterfeindlichkeit, des Antikommunismus und der Unterstützung der expansiven Ziele des US-Imperialismus. Das „Abgleiten" in pure Kriminalität ist nur der äußere Ausdruck dieser Politik und Ideologie.

Metall-Komitee
KB – Gruppe Hamburg

ITALIEN

Neuer Angriff auf die revolutionäre Linke

Am 15. März morgens wurden zahlreiche Büros und Wohnungen von Organisationen der revolutionären italienischen Linken von den Carabinieri „durchsucht". Solche „Durchsuchungen" wurden u.a. in Mailand, Rom, Turin, Genua, Bologna, Venedig, Verona, Pisa, Florenz und Neapel durchgeführt.

Die Polizei-Aktion richtete sich vor allem gegen die Genossen von „Avanguardia Operaia"; betroffen waren aber auch andere Organisationen wie „Lotta Continua", „Potere Operaio" und die „PC (ml) I".



Italienische Polizei mit Tränengas-Granaten gegen Demonstranten

Der Vorwand für diese Polizei-Aktion war eine äußerst plumpe und durchsichtige Provokation: einem Genossen von „Avanguardia Operaia" in Florenz war das Auto geklaut worden; als es dann von der Polizei „wiedergefunden" wurde, war es präpariert mit „verdächtigen Dokumenten", die eine „konspirative Aktivität", Aufstandsvorbereitungen etc. der „Avanguardia Operaia" beweisen sollten.

Diese primitive Provokation wurde inszeniert, um wieder einmal in Ruhe möglichst viele Büros und Wohnungen der revolutionären Linken durchzuschnüffeln, neue „Erkenntnisse" über die Genossen und Sympathisanten der Genossen und Sympathisanten der revolutionären Linken einzuschüchtern, die revolutionäre Linke als „gefährliche kriminelle Elemente" zu diffamieren und die Verbotsvorbereitungen voranzutreiben.

In einem Brief, den die Genossen von „Avanguardia Operaia" an westdeutsche Organisationen schickten, heißt es u.a.: *„Wie Ihr sicher wißt, wird die politische Situation in unserem Land immer schlechter: die Wirtschaftskrise, die Schwäche der Regierung, die gesteigerte Aktivität der Faschisten, einige seltsame Bewegungen in der Armee, das alles sind Elemente einer sehr gefährlichen Situation. Demgegenüber nehmen die demokratischen Kräfte in unserer Gesellschaft eine passive Haltung ein, die in der Tat die reaktionäre Drohung unterstützt, die über unserem Land hängt.*

Während die Faschisten ungestört nicht nur ihre politische Aktivität betreiben, sondern auch ihre terroristischen Aktionen, Bomben legen, im ganzen Land auf Menschen schiessen und prügeln, führen Justiz und Polizei mit Unterstützung der gesamten bürgerlichen Presse und mit Komplizenschaft der Kommunistischen Partei eine Kampagne gegen unsere Organisation im nationalen Maßstab . . . Dies repressive Vorgehen soll die revolutionären Kräfte treffen, die die einzigen sind, die einen konsequenten Kampf gegen die reaktionären Komplotte, zur Verteidigung der unterdrückten und ausgebeuteten Klassen führen, deren Lebensstandard in dieser Phase schwer bedroht wird . . . "

Abschließend schreiben die Genossen: **„Tatsächlich ist es nicht schwer zu sehen, daß die reaktionäre Offensive in Italien kein isolierter Vorgang ist: die Repression wird in vielen europäischen Ländern immer härter; es ist daher wichtig, daß die Antwort der revolutionären Kräfte auf internationalem Niveau erfolgt."**

Der Kommunistische Bund hat an „Avanguardia Operaia" eine Solidaritätserklärung geschickt, in der auch auf parallele Vorgänge in der BRD hingewiesen wurde. Die Genossen von „Avanguardia Operaia" halten es, wie sie schreiben, für nützlich, wenn ihnen Solidaritätsadressen, auch von einzelnen demokratischen Personen, geschickt werden. Die Adresse ist: **Avanguardia Operaia, Milano, Italien, Via Benedetto Marcello, 77.**

Gericht spricht Faschisten frei

In AK 39 berichteten wir von einer „Deutschen Bürgerinitiative" des hessischen Faschisten Roeder. Diese „Bürgerinitiative" hatte, zeitweise sogar vom Staat wohlwollend als „gemeinnützig" gefördert, antisemitische und antikommunistische Hetzschriften herausgegeben. In einem dieser Pamphlete wurde behauptet, es seien keinesfalls mehr als 200.000 (!) Juden von den Faschisten ermordet worden; die KZ's wurden geradezu als idyllische Erholungsstätten beschrieben („Die Häftlinge verrichteten ihre Arbeit mit Eifer und Freude ... Mir fiel auf, wie elegant unsere Häftlinge gekleidet waren ..").

Ein Gericht in Darmstadt hat es jetzt abgelehnt, gegen den Faschisten Roeder ein Strafverfahren wegen Volksverhetzung einzuleiten.

Roeder war wegen einer antisemitischen Broschüre mit dem Titel 'Die Auschwitz-Lüge' angeklagt. Das Gericht gab folgende bemerkenswerte Begründung für seinen Beschluß:

„Die Darstellung des Angeschuldigten ist nämlich so offensichtlich falsch, daß kaum ein ernstzunehmender Mensch ihr Glauben schenken und durch sie veranlaßt, Stellung gegen die Juden beziehen wird."

Man muß also nur unverschämt genug die Verbrechen des Faschismus leugnen und gegen seine Opfer hetzen, um freigesprochen zu werden. – Sogar der Staatsanwalt hielt es übrigens für angebracht, gegen diesen so idiotisch begründeten Beschluß Beschwerde einzulegen. Die Entscheidung, ob gegen den Antisemiten Roeder ein Strafverfahren eingeleitet werden soll, liegt jetzt beim Oberlandesgericht Frankfurt.

Roeder nennt den Beschluß des Darmstädter Gerichts vorerst ein *„Ruhmesblatt für die deutsche Nachkriegsjustiz"*. Sein Rechtsanwalt, anscheinend ebenfalls ein strammer Faschist, erklärte triumphierend: *„Für unsere Umerzieher dürfte dieser Gerichtsbeschluß eine schallende Ohrfeige sein, da sie in ihrer antideutschen Gesinnung ein alleiniges Monopol für Meinungsfreiheit zu haben glaubten."*

Bürgerkriegsmanöver in Frankfurt

Am 21.2.1974 wurden in Frankfurt die seit 1971 besetzten Häuser Bockenheimer Landstraße 111/113 und Schumannstraße 69/71 im Stil eines Bürgerkriegsmanövers geräumt. An Stelle dieser Häuser, die sofort abgerissen wurden, wird der Spekulant und Schmuckgroßhändler Ignaz Bubis einen profitträchtigen, 28-geschossigen Büroturm errichten. An diesem Fall erneuter Wohnraumzerstörung haben sich Protestaktionen gegen die kapitalistische Wohnungspolitik entzündet. Es kam zu mehreren – teils verbotenen – Demonstrationen, in deren Verlauf die Polizei gezielt die Eskalation der Auseinandersetzung betrieb. Mit riesigem Polizeiaufgebot, großer Brutalität und mit insgesamt über 300 Festnahmen wurde versucht, den Protest gegen die Wohnraumzerstörung zu zerschlagen. Dabei kamen auch „neue“ Methoden zur Anwendung, wie z.B. der umfangreiche Einsatz von zivilen Beamten, die Praktizierung von Vorbeugehaft, die Festnahme von Flugblattverteilern und selbst die Folterung von Demonstranten. Begleitet wurden die Vorgänge von einer faschistoiden Hetzkampagne, die auf die Gewöhnung der Bevölkerung an die Gewaltaktionen der Staatsorgane und die Kriminalisierung und Isolierung der linken und kommunistischen Bewegung zielte.

Insgesamt ist das Vorgehen der Kapitalistenklasse und ihres Staates in Zusammenhang mit der Räumung der besetzten Häuser ein weiterer Schritt in der Faschisierung von Staat und Gesellschaft.

Konkreter Anlaß für diesen Schritt ist eine relativ breite Bewegung gegen Wohnungsnot, Wohnraumzerstörung, Mietwucher und Spekulation als Resultat der sich rapide verschlechternden Wohnungssituation in Frankfurt.

Wie ist die Wohnungssituation in Frankfurt ?

Die hoffnungslose Lage vieler Wohnungssuchenden ist vor allem durch den großen Mangel an Wohnungen bedingt. Nach Schätzungen des Leiters des Frankfurter Wohnungsamtes, Ernst Zeyen, fehlen 10.000 bis 12.000 Wohnungen. Ferner sind dem Wohnungsamt ca. 4.000 weitere Wohnungsnotstände gemeldet. Die tatsächliche Zahl ist jedoch höher, denn die Dunkelziffer ist hoch. Trotz dieses Bedarfs an Wohnungen zu billigen Preisen wird es in Frankfurt eine *„sinkende Tendenz im sozialen Wohnungsbau“* („FR“, 9.1.74) geben. Im Jahr 1974 werden nur 1.100 neue Sozialwohnungen gebaut; mehr Geld für billige Sozialwohnungen stellt die SPD-regierte Stadt nicht zur Verfügung.

So bleibt vielen Mietern nichts anderes übrig, als die ständigen Mieterhöhungen zu zahlen. Dazu berichtete die „FR“ („Frankfurter Rundschau“) vom 7.11.73: *„Für rund 10.000 Sozialmieter in Frankfurt stehen zum Teil kräftige Mieterhöhungen bevor“.* Was unter kräftigen Sozialmieten-Erhöhungen zu verstehen ist, haben die Mieter im Haus Berndottestr. 56 zu spüren bekommen, deren Miete allein 1973 zweimal erhöht wurde.
Insgesamt stieg hier die Miete von
allein 1973 zweimal erhöht wurde.
Insgesamt stieg hier die Miete von DM 3,30 pro Quadratmeter im März 1971 auf DM 5,21 im Dezember 1973; d.h. die Erhöhung betrug innerhalb von zweieinhalb Jahren ca. 57 %. Dies ist kein Einzelfall; dieser Fall wurde nur deshalb bekannt, weil die Bewohner sich mit Protestbriefen an SPD-Größen wie Brandt, Städtebauminister Vogel, den Frankfurter OB Arndt u.a. wandten. Begründet werden solche Mieterhöhungen im sozialen Wohnungsbau vor allem mit zunehmenden Zinsbelastungen infolge gestiegener Hypothekenzinsen.

Ebenfalls enorme Mieterhöhungen verlangten die „gemeinnützigen“ Wohnungsbaugesellschaften „Hellerhof-AG“ und „Aktienbaugesellschaft für kleine Wohnungen“ (ABG) zum Jahresbeginn 1973. Die Miete von 15.000 Mietern sollte um durchschnittlich 38 % (bzw. DM 1,– pro qm) und in Einzelfällen um bis zu 60 % (bzw. DM 1,50 pro qm) steigen. Nach Auskunft des Zentralen Mieterrates, der sich als Versuch einer Mieterinteressenvertretung gebildet hat, sind ca. 50 % der Mieter dieser Wohnungsgesellschaft Rentner. Aufgrund des zunächst breiten Protests (1.500 Mieter verweigerten ihre Zustimmung und wurden deswegen von den städtischen Wohnungsbaugesellschaften (also SPD) verklagt) wurden die Erhöhungen um 30 Pfg. pro qm reduziert.

Auf dem freien, nicht „gemeinnützigen“ Wohnungsmarkt stiegen die Mieten von 1960 bis 1970 im Bundesdurchschnitt um 80-100 % allein 1971 erhöhten sich die Wohnungspreise um 10,5 %.

Besonders getroffen von der Wohnungsnot sind viele der 122.000 in Frankfurt lebenden ausländischen Kollegen. Ihnen sitzt ständig die Angst im Nacken, gemäß den Paragraphen der Ausländergesetze aufgrund von Wohnungslosigkeit ausgewiesen zu werden, was für sie Verlust ihres Arbeitsplatzes und damit ihrer Existenzgrundlage bedeutet. Deshalb leben sie zum Teil unter unwürdigsten Bedingungen und zahlen für miserable Wohnungen Wuchermieten, denn für eine gute und geräumige Wohnung fehlt ihnen das Geld.

Zwei Beispiele zeigen das Ausmaß dieses Elends, in dem sich die ausländischen Kollegen befinden. So wohnen in der Rothlindstr. 4 auf jedem der vier Stockwerke bis zu 30 Menschen auf ca. 120 qm Fläche; auf jeder Etage befindet sich eine Toilette, ein Wasserhahn pro Etage ist im Flur installiert. Blankliegende Stromleitungen, ein kaputtes Wasserrohr, zu wenig Mülltonnen und deshalb Abfälle im Hof gefährden Gesundheit und Leben der Bewohner. Für solche Unterkünfte bezahlen die ausländischen Kollegen in diesem Haus eine Wuchermiete von 10 DM und mehr pro Quadratmeter.

Ähnliches in der Bettinastraße 35, Überbelegung der Wohnungen, Verseuchung des Hauses mit Mäusen, Ratten und Kakerlaken. Eine Mieterin: *„Wenn ich abends das Frühstück für meinen Mann vorbereite, ist es am nächsten Morgen von den Ratten aufgefressen.“* („FR“, 3.9.73)
Diese Ausbeutung der Wohnungs-
aufgefressen.“ („FR“, 3.9.73)

Diese Ausbeutung der Wohnungsnot ausländischer Arbeiter bringt den Hauseigentümern doppelten Nutzen. Zum einen können sie aus den Bewohnern für miserable Wohnungen hohe Mieten herauspressen.

Zum anderen belegen die Besitzer die Wohnungen weit über die Maßen und lassen auftretende Schäden (Rohrbrüche u.a.) nicht reparieren. Die Eigentümer benutzen so das von ihnen selbst herbeigeführte Wohnungselend der ausländischen Familien, um die Wohnhäuser schließlich für unbewohnbar und abbruchreif erklären lassen zu können.

Diesem gesteuerten Prozeß der Zerstörung von Wohnungen helfen die Eigentümer – insbesondere in Abbruch- und besetzten bzw. bestreikten Häusern – nach, indem sie durch Zerstörungstrupps Fenster, Türen, Heizungsanlagen, sanitäre Anlagen und Wasserleitungen demolieren lassen und auf diese Weise die Mieter herausgraulen wollen.

Mit solchem Vorgehen steuern die Hauseigentümer auf das Ziel zu, die Wohnhäuser zu zerstören, d.h. abreißen zu lassen, um stattdessen Bürobauten oder teure Luxuswohnungen zu errichten.

Hiervon gibt es in Frankfurt mehr als genug. Der Leiter des Frankfurter Wohnungsamtes, Zeyen, schätzt die Zahl der leerstehenden Luxuswohnungen, deren Mietpreis kaum jemand bezahlen kann, auf 3.000 bis 4.000 („Abendpost“, 19.7.73).

Zum Angebot von Büroräumen schreibt die Frankfurter „Neue Presse“ am 5.2.1974: *„Die Immobilienbörse schätzt, daß in Frankfurt im Augenblick nahezu 300.000 Quadratmeter (etwa die Hälfte der Insel Mainau im Bodensee oder zwanzigmal der Markusplatz in Venedig oder die Frankfurter Messehalle) Büroräume leer stehen, davon in der Bürostadt Niederrad* (= Stadtteil von Ffm., die Red.) *allein mindestens 100.000 Quadratmeter.“*

Trotz des Überangebots an Büroräumen zeichnet sich jedoch keine Entwicklung ab, die auf ein Nachlassen des Interesses der Kapitalisten an diesen nach wie vor profitträchtigen Objekten hindeuten würde. Im Gegenteil, Unter der Schlagzeile: *„Kaufen die Briten das Westend auf?“* erfährt der Leser am 19. Jan. 74 aus der „Neuen Presse“, daß englische Immobilienfirmen vor allem im Westend in großem Umfang Geschäftshäuser aufkaufen und dafür Preise zahlen, die so hoch liegen, daß sie als „völlig sinnlos“ und „nicht marktkonform“ eingestuft werden.

Es ist heute noch nicht im Detail klar, welche Absichten die englischen Firmen mit dem Kauf ganzer Straßenzüge verfolgen. Diese Spekulationswelle zeigt aber, daß die Entwicklung der Zerstörung von Wohnraum zugunsten von profitträchtige-
wicklung der Zerstörung von Wohnraum zugunsten von profitträchtige-
ren Bürobauten ihr Ende nicht gefunden hat. Ebenso wie das Westend vom Wohnviertel zum Bankenviertel gemacht wird, ist die Innenstadt weitgehend zum Geschäftsviertel geworden.

Hier sank die Zahl der Bewohner von 18.000 im Jahr 1961 auf gegenwärtig 12-14.000 und sie wird weiter abnehmen – man braucht nur an die verkehrüberflutete Bleichstraße zu denken (siehe AK Nr. 31).

Darüber hinaus hat die „Aktionsgemeinschaft Innenstadt“ durch eine Untersuchung festgestellt, daß in der Frankfurter Innenstadt 60 % der noch vorhandenen Wohnhäuser ebenfalls bedroht sind, da sie in sog. Kerngebieten liegen, in denen Geschäftsleute und Kapitalisten ein nahezu ausschließliches Nutzungsrecht haben und sie die Bewohner ohne weiteres vertreiben können. Dadurch vergrößert sich auf der einen Seite weiter die Wohnungsnot und auf der anderen Seite die Profite der Grund- und Hauseigentümer.

Wie die SPD in Frankfurt die Wohnungsnot bekämpft

Unter der Regie von Baudezernent Kampffmeyer steuerte die SPD systematisch darauf hin, Kapitalisten in die zentral gelegenen Stadtteile zu locken. Die Begründung dafür nennt die „FR“ vom 2.11.73:

„Weil sich die Stadt außerstande sah, neben notwendigen Versorgungseinrichtungen und sozialen Institutionen auch noch Arbeitsplätze zu bauen, sollte „Unternehmerinitiative wirksam werden“, wie Kampffmeyer es formuliert. Man ließ folglich Baufreudige Grundstücke kaufen, vor allem in der Nähe der Massenverkehrsmittel, am Opernplatz, Anlagenring, Platz der Republik und eben auch im Westend und setzte ihrem senkrechten Expansionsdrang durch Baubefreiungen in den Geschoßzifferzahlen wenig Widerstand entgegen. Kampffmeyer: „Wir haben Spielraum gegeben.“ Kampffmeyer gibt zu, daß ... sie (die Baukonzeption, die Red.) *auf dem Rücken von Studenten und alten Menschen ausgetragen wird.“*



Wohnhaus für 13 ausländische Familien in der Feldbergstraße 4

Daß sich seit dem Rücktritt Kampffmeyers 1971 nichts geändert hat, zeigt die Weiterführung dieser Baukonzeption durch den neuen SPD-Baudezernenten Adrian. Ein Beispiel dafür sind die Bebauungspläne, die nach Untersuchungen der „Aktionsgemeinschaft Innenstadt“ zwei Drittel der Wohngebiete zwischen Main und Anlagenring als Geschäftsviertel ausweisen. Auch hier – und ohne Kampffmeyer – wird das Kapital eingeladen, sich auf Kosten der Mieter auszubreiten.

Daß sich die SPD aber nicht nur an den Interessen der Kapitalisten orientiert, sondern selbst gleiche Interessen zu verteidigen hat wie das grosse Kapital, zeigt der Fall „Sonnenring“. Der Sonnenring umfaßt ein Bauvorhaben von 380 Luxuswohnungen im Frankfurter Stadtteil Sachsenhausen, die als Eigentumswohnungen zu einem Verkaufspreis von 2 600 - 3 600 DM pro Quadratmeter an den Käufer gebracht werden sollen („FR“, 18.12.73). Bauherrin ist die Mietropa, an der die Staatliche Hessische Landesbank (HLB) Mehrheitsbeteiligung besitzt. Vorsitzender des Verwaltungsrates der HLB ist Albert Osswald, SPD-Ministerpräsident von Hessen. Da die Wohnungen nun doch überwiegend leerstehen, weiß die SPD ein sicheres Mittel, dem Gewinnverlust zu begegnen. Osswald kündigte die Möglichkeit an, *„durch den Einsatz öffentlicher Mittel zu erreichen, daß die Kaufpreise bzw. die Mieten für die Sonnenring-Wohnungen gesenkt werden.“* („FR“, 3.1.74). Aus Luxuswohnungen sollen hier „Sozial“-wohnungen gemacht werden. Das würde laut „FR“ bedeuten, daß *„pro Wohnung bis zu 70 000 Mark an öffentlichen Mitteln aufgebracht werden“* müßten, und *„dort in jeder Wohnung mehr als das Doppelte (2,2fache) an öffentlichen Mitteln investiert werden als bei einer normal finanzierten Sozialwohnung.“* Die Interessenverflechtung von Partei, Bank und Kapital wird an diesem Beispiel deutlich und zeigt – auch wenn im Fall Sonnenring die letzte Entscheidung noch aussteht – wie glaubhaft die SPD als Vertreterin von Mieterinteressen ist.

Es ist also keineswegs so – wie die SPD es der Frankfurter Bevölkerung gerne weißmachen möchte – daß halt nur noch ein paar „Leichen im Keller“ aus der Kampffmeyer-Zeit existieren. Vielmehr sind die Vorgänge um das Bubis-Hochhaus und die Häuser Schumannstr./Bockenheimer Landstr. nichts anderes als die konsequente Fortführung einer SPD-Politik, die sich ausschließlich an den Interessen des Kapitals orientiert.



Die SPD hat „Spielraum gegeben“. Hier das Produkt: die kleinen Wohnhäuser stehen schüchtern zwischen den Büropalästen im Frankfurter Westend.

Das Bubis-Projekt

Seit 1969 laufen Verhandlungen zwischen der Stadt und dem Groß-Spekulanten Bubis mit dem Ziel, vier Wohnhäuser zu vernichten und einen weiteren Büroturm ins Westend zu bauen. Die Forderungen Bubis' steigerten sich im Verlauf dieser Verhandlungen: statt anfangs 19 will er 28 Stockwerke bauen. Und seinen Forderungen wurde stattgegeben, denn Bubis zahlte dafür vorab 1,5 Millionen, er stiftete 500 000 DM und verpflichtete sich, Sozialwohnungen zu bauen.

Daß sie sich für „Gegenleistungen“ ihre Zustimmung zu Bubis' Forderung haben abkaufen lassen, benutzt die SPD heute gegen die Hausbesetzer. Die SPD argumentiert, sie sei Bubis jetzt verpflichtet, da sie ihm ja so viele Auflagen gemacht habe und hängt ihm zudem (wegen des Baus der Sozialwohnungen) ein soziales Mäntelchen um.

Dazu das „Häuserkampf-info 1“ vom 10.1.74:

„Was mit den Bubismillionen an die Stadt passiert ist, weiß niemand, was man

➡

Forts. Bürgerkriegsmanöver

aber weiß – und auch das nur, weil es von uns veröffentlicht wurde – ist der BETRUG mit den „neu zu erstellenden Sozialwohnungen". Ursprünglich hat die SPD von Bubis gefordert, er solle für den zu vernichtenden Wohnraum in Citynähe neuen zu Sozialmieten erstellen. Am Anfang hieß es, dies seien 35 Sozialwohnungen. Am 2.11. 73 hieß es dann, es seien nur 25 Sozialwohnungen. Warum? Weil der zu vernichtende Wohnraum 1750 qm betrage und dies bei 70 qm pro Wohneinheit eben 25 ergibt. Tatsächlich beläuft sich der an der Ecke Bockenheimer/Schumannstr. zu „vernichtende" Wohnraum aber auf über 3550 qm, also fast auf das doppelte.

In diesem Stil geht es weiter:

Im Vorfragebescheid an Bubis vom 19.6.72 hieß es: „Die Häuser Schumannstr. 62 und 64 sollen erworben und der Stadt übereignet werden." So bestätigte es noch der Berkemeier am 29.10.73. An eben diesem Tag steht auch fest, der Bubis hat die 62 gekauft, die 64 hätte er gern – aber der Besitzer bleibt stur, obwohl Bubis sein Angebot von 2 Mill. über 3 Mill. auf 4 Mill. erhöht und erhöht und erhöht!

Schon hier erfüllte Bubis nicht die ihm gemachten Auflagen, sodaß die Stadt zu nichts verpflichtet wäre. Am 23.10. wurde deswegen auch Berkemeier ein wenig unsicher. Am 30.10. hat er sich dann wieder gefangen, denn – oh Wunder – über Nacht fand sich plötzlich ein Zusatz hinter der eben zitierten Passage. Jetzt liest sich der Satz so: „Die Häuser Schumannstr. 62 und 64 sollen erworben und der Stadt übereignet werden, falls Bubis, Landschaft, Singer diese erwerben können."

Berkmeiers fadenscheinige Rechtfertigung: Den Zusatz haben wir gestern wohl übersehen. Stattdessen gäbe es nun fünf Sozialwohnungen mehr. Man bedenke, welch grandioses Geschäft: fünf Wohneinheiten im Tausch gegen ganze zwei Häuser. Doch damit nicht genug. Auf einmal ist in der Zeitung zu lesen, die Stadt begnüge sich mit einer weiteren Zahlung von 2 Mill. DM, anstelle der 25 Sozialwohnungen, weil es Bubis so gut wie unmöglich sei, in Citynähe Wohnungen zu Sozialmieten zu erstellen. Das wird natürlich schnell wieder dementiert. Ob es ein Ausrutscher war bleibt dahingestellt, vielleicht sollte auch diese Meldung nicht gerade in die Presse kommen. Doch der „soziale" Bubis löst das Problem auch anders.

Offiziell „kauft" er seinem Spezi Stieglitz drei Grundstücke in der Altkönigstr. ab, wo dieser hatte Büros bauen wollen, aber die Genehmigung dazu nicht bekommen hatte. Stattdessen hätte er 48 Luxuswohnungen erstellen können, die aber kaum zu vermieten gewesen wären. Mit diesem „Kauf" nun schlugen die beiden Spekulanten und Kapitalisten zwei Fliegen mit einer Klappe:

lung der polizei +++ mitteilung der polizei +++ mitteilung der polizei +++ mitteil

Liebe Frankfurter!

Am vergangenen Samstag haben anarch'stische Gruppen schwere Unruhen in der Innenstadt und im Westend verursacht. Für heute haben dieselben Gruppen eine Demonstration angemeldet.

DIESE DEMONSTRATION IST VERBOTEN.

Ein friedlicher Verlauf ist nicht gewährleistet. Die Abwehr von Gefahren von der Bevölkerung ist gesetzlicher Auftrag der Polizei. Darüberhinaus hat die Landesregierung erklärt, daß die Freizügigkeit der arbeitenden Bevölkerung höher zu bewerten ist als das Demonstrationsrecht bestimmter kleiner Gruppen.

Diese Demonstranten kalkulieren in ihre gewalttätigen Vorhaben bewußt ein Risiko für die Bevölkerung ein. Taktik dieser Demonstranten ist es, die Bevölkerung für ihre Ziele zu mißbrauchen:

> Aus der Menge heraus greifen sie Menschen und Sachen an, provozieren so einen Polizeieinsatz und tauchen schnell wieder in der unbeteiligten Bevölkerung unter. Polizeimaßnahmen können sich dann häufig gegen unbeteiligte Bürger richten, die dadurch gegen die Polizei aufgebracht werden sollen. Die Polizei kann aber bei einem schnell erforderlichen Einsatz kaum zwischen Beteiligten und Unbeteiligten unterscheiden.

HELFEN SIE DER POLIZEI BEI DER ERHALTUNG IHRER SICHERHEIT!

- M e i d e n Sie Stellen, an denen sich Demonstranten zusammenrotten, an denen Transparente entfaltet, Reden gehalten werden.
- V e r l a s s e n Sie den Platz, wenn die Polizei gegen Demonstranten vorgehen muß.
- A c h t e n Sie auf Lautsprecherdurchsagen der Polizei.
- U n t e r s t ü t z e n Sie die Polizei, indem Sie sich vom Ort der verbotenen Versammlung entfernen.
- B l e i b e n Sie nicht neugierig stehen! Sie schaden sich selbst.

Die Polizei ist bestrebt, das Demonstrationsverbot mit angemessenen Mitteln durchzusetzen. Für die Bevölkerung besteht kein Grund zur Beunruhigung. Wir danken für Ihr Verständnis und Ihre Unterstützung.

Eigendruck: Polizei

Ihre POLIZEI IN FRANKFURT AM MAIN

Hetzflugblatt (Verkleinerung) der Frankfurter Polizeibehörde (SPD): Demagogisch wird das Demonstrations-Ziel umgelogen als gegen „die Bevölkerung", gegen „unbeteiligte Bürger" gerichtet. Bereits die Sprache („zusammenrotten") beweist den faschistischen Charakter dieses Hetzblattes.

Einmal hatte sich Stieglitz verspekuliert – er bekommt jetzt sogar mit Gewinn seinen vollen Einsatz zurück und ist damit aus dem Schneider. Ein andermal erstellt Bubis seine 30 Wohnungen, wo vorher eigentlich hätten 48 stehen sollen – Sozialwohnungen, die man mit Steuergeldern über den berühmten §7b finanzieren kann und die zudem absetzbar sind (im doppelten Sinne). Das Ganze stellt man dann als eine großartige soziale Tat offen zur Schau. Und was so nebenbei ganz herausfällt, ist die Tatsache, daß für den zu „vernichtenden Wohnraum" überhaupt kein neuer geschaffen wird, denn in der Altkönigstr. sind drei riesige Altbauten der Spekulation des Herrn Stieglitz zum Opfer gefallen, allsamt Wohnhäuser. Für diese hätte Stieglitz wieder Wohnungen bauen sollen. Das tut jetzt Bubis. Von Ersatz für den vernichteten Wohnraum in der Bockenheimer/Schumannstr. kann also keine Rede sein."

Wenn Mieter ihre Sache selbst in die Hand nehmen

Daß die SPD die Interessen der Mieter nur im Munde führt, hat viele derjenigen enttäuscht, die gehofft hatten, die SPD würde sich für sie einsetzen. Diese Hoffnungen wurden und werden zerstört durch die mittlerweile offensichtliche Tatsache, daß sich die SPD in ihren Taten voll und ganz als Handlanger der Kapitalisten erweist.

Einige der Mieter, die erkannt haben, daß ihre Probleme nicht dadurch gelöst werden, wenn sie diese vertrauensvoll in die Hände der SPD legen, versuchen, ihre Sache selbst in die Hand zu nehmen und die Angriffe auf ihre Wohnverhältnisse nicht mehr stillschweigend zu ertragen.



21. Februar, 4.20 Uhr: Überfall auf die besetzten Häuser

So entschlossen sich z.B. im September 73 einige ausländische Familien, das leerstehende Haus in der Friesengasse 5 und 7 zu besetzen. Sie wollten dieses bewohnbare, aber – wie viele andere – leerstehende Haus bewohnen, statt weiterhin in unwürdigen Verhältnissen, d.h. mit vielen Menschen auf kleinster Fläche in zum Teil mit Ungeziefer verseuchten Häusern zu existieren.

In einer Reihe von Häusern in Frankfurt führen die Bewohner Mietstreiks durch. Sie zahlen entweder eine verringerte, von ihnen selbst bestimmte Miete oder verweigern jegliche Mietzahlnng, um die jahrelang bezahlte Wuchermiete bzw. die damit geleisteten Mehrzahlungen abzuwohnen. Eines dieser mietbestreikten Häuser befindet sich in der Eschersheimer Landstraße 20, wo die Mieter sich weigern, weiterhin zwischen 350 und 435 DM für Einzimmerwohnungen von 21 und 28 qm zu zahlen. Der Vermieter reagierte auf den Mietstreik mit Kündigung und Räumungsklage.

Auch die Mieter der „gemeinnützigen" Wohnungsgesellschaften „Hellerhof AG" und „Aktienbaugesellschaft für kleine Wohnungen" wollten die von ihnen abverlangten Mieterhöhungen für ihre Sozialwohnungen nicht mehr hinnehmen. Mehr als tausend Mieter verweigerten ihre Zustimmung. Darüberhinaus bildeten sie Mieterräte, die die Möglichkeit einer verstärkten Interessenvertretung der Betroffenen schaffen sollen. Darüber hinaus gibt es eine Vielzahl von Initiativen, die sich zur Durchsetzung von Mieterinteressen gebildet haben.

In diese Bewegung gegen Angriffe auf dem Wohnungssektor reihen sich auch die Hausbesetzungen in Frankfurt ein. Die Besetzung leerstehender Häuser ist Teil des Protests gegen die kapitalistische Wohnungspolitik, die das Wohnungselend durch Verknappung ebenso vergrößert wie die Mietpreise. Dabei sind die jetzt geräumten Häuser in der Bockenheimer Landstr./ Schumannstr. nur vier von vielen.

Von der Häuserräumung zum Demonstrationsverbot

Am 21. Februar zwischen vier und fünf Uhr morgens rückten mehr als 1 000 Polizisten zur Räumung und Abschirmung der besetzten Häuser an. Die Bewohner der Häuser wurden zusammengetrieben, einige geschlagen. Es wurde sofort mit der Zerstörung der Häuser begonnen.

Nach Bekanntwerden des Polizeieinsatzes sammelten sich schon gegen sechs Uhr etwa 1 000 Menschen in der Nähe an, um gegen die Räumung zu protestieren. Die Polizei versuchte mit Knüppeln, Tränengas und Wasserwerfer jede sich bildende Demonstration aufzulösen. Polizeipräsident Müller (SPD) ordnete für den ganzen Tag ein totales Demonstrationsverbot an. Den ganzen Tag über machte die Polizei Jagd auf kleine Demonstrantengruppen und löste jede sich bildende Menschenansammlung in der Innenstadt auf. Dies gelang nur begrenzt: *„Angesichts der vielen Passanten war die Polizei weitgehend machtlos gegen die Demonstranten."* („FAZ", 22.2.74)

Zum 23. Februar, ein Sonnabend, wurde eine vom Asta angemeldete Demonstration genehmigt, aber offenbar nur, um der Polizei eine weitere Provokation zu ermöglichen. 4 000 Demonstranten zogen zuerst durch die Innenstadt und dann zu den geräumten und zerstörten Häusern, vor denen scheinbar nur etwa 30 Polizisten postiert waren. Tatsächlich war hier aber von der Polizei eine Falle aufgebaut worden: der Demonstrationszug war schon von mehreren Hundertschaften der Polizei eingekreist, die plötzlich aus verschiedenen Richtungen angriffen. Zum Vorwand wurde später genommen, daß aus dem Demonstrationszug angeblich einige Steine gegen die vor den zerstörten Häusern postierten Polizisten geworfen worden seien.

Tatsächlich sind solche Geschichten oft genug schon von der Polizei frei e r f u n d e n worden. Unabhängig vom Wahrheitsgehalt ist aber eindeutig, daß die Provokation von Seiten der Polizeiführung v o r b e r e i t e t war in der klaren Absicht,





Wie sich die Bilder gleichen: Griechische Polizei bei der „Behandlung" eines Antifaschisten (links). Frankfurter Polizei bei derselben Tätigkeit (rechts)

vom politischen Inhalt der Hausbesetzungen und Hausräumungen abzulenken und die Demonstranten und Hausbesetzer bei der Bevölkerung als „wilde Schläger" in Mißkredit zu bringen, nachdem der Kampf gegen kapitalistische Boden- und Bauspekulation, für menschenwürdigen Wohnraum, in der Vergangenheit durchaus breite Sympathie gefunden hat. Zur Vorbereitung dieser Provokation gehörte auch das totale Demonstrationsverbot vom 21. Februar, also dem Tag der Räumung der besetzten Häuser, und die brutalen Polizei-Einsätze an jenem Tag gegen jede Ansammlung von Demonstranten und Diskutierenden.

Ein weiterer Angriff der Polizei am 23. Februar galt dem Studentenhaus. Dies wurde von der Polizei gestürmt und „durchsucht", etwa 80 Bewohner festgenommen. Insgesamt wurden etwa 192 Menschen während der Demonstration und den folgenden Knüppel-Einsätzen der Polizei festgenommen. 24 Menschen wurden gleich für mehrere Tage in „Vorbeugehaft" genommen. Unter den Festgenommenen war auch Asta-Vorsitzender Krawinkel, der die Demonstration angemeldet hatte. Ihm, der eher ein linker Sozialdemokrat ist (er steht anscheinend den Kleinbürger-„Sozialisten" des SB nahe) und der sich mit einem Lautsprecherwagen vor den besetzten Häusern um die Auflösung der Demonstration bemüht hatte, wurde vorgeworfen, er sei „für die Ausschreitungen verantwortlich". Polizeipräsident Müller behauptete, der Asta sei die „Speerspitze einer Revolte gegen die staatliche Ordnung" („FR", 25.2.74). Das Konto des Asta wurde von der Universitätsverwaltung gesperrt.

Für den 2. März meldete ein Aktionseinheits-Komitee, das vom KBW geführt wurde, eine neue Demonstration an. Diese wurde von der Polizei wiederum verboten und es gab so erneut die Jagdszenen der Polizei gegen einige hundert Demonstranten, die sich in der Innenstadt zu sammeln versuchten. Die Demonstranten konzentrierten sich darauf, Flugblätter zu verteilen und Diskussionen mit Passanten zu führen. Mehrere Flugblattverteiler wurden festgenommen.

Etwa 200 (!) Bullen in Zivil waren dabei (laut „FR" vom 4.3.) im Einsatz, um sich „unauffällig" in Diskussionsgruppen zu mischen, zu „beobachten" und eventuelle Demonstrations-Ansätze aufzulösen.

Die Absicht der Frankfurter Polizei-Führung und Stadtbürokratie zu einem generellen Demonstrationsverbot wurde auch eine Woche später, am 9. März, erneut deutlich, als eine Demonstration gegen den spanischen Faschismus (anläßlich der Hinrichrung des Genossen Puig Antich) kurzerhand verboten wurde.

Polizei-Terror

In der ZDF-Sendung „Aspekte" berichtete der Frankfurter Schriftsteller Zwerenz, am 23./24. Februar seien Festgenommene von der Polizei gefoltert worden, wobei u.a. ein Festgenommener gezwungen wurde, sein Blut vom Boden aufzulecken, nachdem er auf der Wache zusammengeschlagen worden war. Weiterhin sagte er, daß man von derartigen Vorfällen in über 20 Fällen weiß. Einer der Festgenommenen sagte aus: *„Auf dem 13. Polizeirevier führten sie mich in einen Raum, wo ich mich ausziehen mußte, nachdem ich brutal mit der Stirn gegen die Wand gedotzt wurde, wobei ich die Beine breit von der Wand abspreitzen mußte ... ein Bulle nahm mich bei den Haaren einen halben Meter zurück, ließ den Kopf los und schlug mit der Stirn gegen die Wand. Dann schlugen sie zu viert auf mich ein, Schläge mit der Faust ins Gesicht, in den Magen, in den Sack."*

In einer Presse-Erklärung des „Ermittlungsausschusses gegen die Folter", von einigen Intellektuellen ins Leben gerufen, heißt es: *„Verschiedene Festgenommene mußten Liege-*

➡

Forts. Bürgerkriegsmanöver

stütze vor den Polizeibeamten machen. Als sie nicht mehr konnten, wurden sie niedergeknüppelt. Jugendliche wurden ohnmächtig zusammengeschlagen."

Berichte dieser Art gibt es zahlreiche. Die erste Reaktion war, daß der Verantwortliche für die ZDF-Sendung „beurlaubt" wurde. In der reaktionären Presse setzte ein wütendes Geheul über den „Skandal" ein – „Skandal" nicht etwa die Mißhandlungen von Festgenommenen, sondern die öffentliche Aufdeckung solcher Zustände im Fernsehen!

Polizeipräsident Müller (SPD!) erklärte mit typisch faschistischem Zynismus: **„Nur jemand, um dessen geistige Gesundheit man sich Sorgen machen muß, kann öffentlich behaupten, Festgenommene würden bei der Polizei gefoltert."** („FR", 1.2.)

Tatsächlich ist es in Frankfurt (und nicht nur dort) nicht außergewöhnlich, daß Festgenommene von den Bullen nicht nur provoziert, beschimpft, sondern oft genug auch geschlagen werden. In Frankfurt durfte ein Staatsanwalt es wagen, in einem Prozeß den Bullen zu sagen: **„Wenn sie einem Festgenommenen eine scheuern, ist das ja nichts Schlimmes, das verstehen wir ja."** („FR", 11.8.72 – vgl. auch AK 41, S. 24).

Bemerkenswert ist daran weniger das Verhalten der Polizei, als vielmehr die faschistische Kaltschnäuzigkeit, mit der Justiz und Polizei-Führung solche Vorgänge offen decken.

und Brutalität haben wir in der Frankfurter Kriminalgeschichte (!) *noch nie gehabt."* (laut „Neue Presse", 25.2.). Die „Welt" tünte vom *„Anfang einer Bürgerkriegsstruktur"*, die sich in Frankfurt gezeigt habe (25.2.).

Mit solchen wahnwitzigen Behauptungen wollen Bourgeoisie und Staat endlich ihr Ziel erreichen, die Bevölkerung gegen die Demonstranten zu mobilisieren. Erst jüngst beklagte wieder CSU-Boß Strauß, die Bevölkerung verhalte sich gegenüber Demonstrationen „teilnahmslos und gleichgültig", statt die Polizei zu unterstützen (laut „FR", 9.3.). Darin ist er sich sicher völlig einig mit der sozialdemokratischen Frankfurter Polizei-Führung, die auch ständig Unfriedenheit mit dem Verhalten der Bevölkerung äußert.

Polizeipräsident Müller rief inzwischen die Bevölkerung erneut auf, doch endlich mit der Polizei zusammenzuarbeiten, „die Ruhe zu bewahren" und „alle verdächtigen Vorgänge sofort zu melden" („Bild", 24.2.).

Ein Hebel zur beschleunigten Faschisierung

In Zusammenhang mit den Wohnungskämpfen in Frankfurt wurde besonders das Demonstrationsrecht angegriffen. Dabei soll der arbeitenden Bevölkerung noch untergejubelt werden, als ob sie durch Demonstrationen bedroht würde und daher eine Einschränkung der Demonstrationsfreiheit in ihrem eigensten Interesse liege.

Bürgerkriegs–Übungen in Oldenburg – Übungsfall: „besetzte Kirche"

Am Morgen des 19.3.74 übte die in Oldenburg-Bloherfelde stationierte Bereitschaftspolizei in der „St.-Peter-Siedlung" des Stadtteils Bümmerstede das „Räumen eines besetzten Hauses" und „Auflösen einer Demonstration". Solche Übungen „gehören neuerdings zur Ausbildung der Bereitschaftspolizisten" („Nord-West-Zeitung" vom 20.3.). Eine Polizei-Hundertschaft wurde in 30 „Demonstranten" und 70 „Gesetzeshüter" aufgeteilt, die dann „nicht gerade zimperlich" („NWZ") aufeinander losgingen. Lautes Gebrüll der „Demonstranten" sollte wohl eine gängige Vorstellung von sogenannten „Chaoten" beleben; leere Bierdosen als Wurfgeschosse ersetzten die für den „Ernstfall" angenommenen Steine. Auf der anderen Seite in mehr als zweifacher Überzahl (!) die Uniformierten in voller Rüstung (Helm und Visier, Schilde, Knüppel, Vier-Tonnen-Wasserwerfer...). Einsatzleiter Hauptkommissar Arning zur Eröffnung der „Chaoten"-Hatz: „30 Demonstranten haben die alte Josefskirche (!) besetzt. Bitte räumen und Demonstration zerstreuen"! (Die Josefskirche steht leer und dient den Kindern als Spielplatz, was aber fast nur den Bewohnern des betreffenden Stadtteils bekannt sein dürfte).

Zur Gewöhnung und um die Zustimmung der Bevölkerung für derartige Polizeiaktionen – auch im Ernstfall – zu erwirken, wurde die Übung unter Ausnutzung der Pressehetze (Frankfurt !) recht „bürgernah" durchgezogen (im Wohngebiet). Auch der „NWZ"-Bericht war darauf abgestellt: neben einem großen Foto nur wenige Zeilen ohne jede direkte Anspielung auf z.B. die Frankfurter Ereignisse, als handele es sich um einen ganz naheliegenden, „natürlichen" Vorgang; im übrigen verläßt man sich auf die Wirkung der Hetzkampagne zu den Frankfurter Ereignissen.–

Einen Tag später wurde dann noch die Räumung eines besetzten Rathauses geprobt.

KB/Gruppe Oldenburg



Bürgerkriegs-Übung der Oldenburger Bereitschaftspolizei: „. . . nicht gerade zimperlich . . ."



Im Schutze bewaffneter Polizei-Horden werden in Frankfurt gut bewohnbare Häuser abgerissen

Dem Polizei-Einsatz folgt die Hetze

„Flankiert" wurde der Polizei-Terror in Frankfurt von einer gezielten Hetzkampagne mit dem Ziel, die Hausbesetzer und Demonstranten vor der Bevölkerung zu isolieren und bei dieser Gelegenheit auch Stimmung für den Ausbau des Polizei-Apparats und für noch schärferen Einsatz der Polizei zu machen.
Apparats und für noch schärferen Einsatz der Polizei zu machen.

Polizeipräsident Müller war schnell bei der Hand mit der Erklärung: **„Niemand hätte es den Beamten verdenken können, wenn sie geschossen hätten."** („Neue Presse", 25. 2. 74) Und Bürgermeister Arndt, der gern den „linken" Sozialdemokraten raushängt, stellte die entlarvende Behauptung auf, die Demonstranten seien **„faschistoide Chaoten, die schlimmer sind als die SA und die SS in der Nazizeit."** („Bild", 25.2.74). Nun, das ist wohl eine Frage des politischen Standpunktes. Aus der Sicht der Bourgeoisie sind ja Demonstrationen gegen die Boden- und Bauspekulation wirklich „schlimmer" als die Banden der SA und SS, die schon vor 1933 dutzende von Arbeitern ermordeten; die während der Zeit des Faschismus Kommunisten, Sozialdemokraten und Juden jagten, quälten und ermordeten und schließlich die Ermordung von Millionen Juden in den KZ's durchführten. – Jeder „linke" Sozialdemokrat blamiert sich eben so gut er kann.

In der bürgerlichen Presse wurde von angeblichen „bürgerkriegsähnlichen Zuständen" fabuliert, um die Bevölkerung in Angst zu versetzen. Da war von *„hochorganisierten Terroristen"* und *„maoistischer Guerillataktik"* die Rede („Neue Presse", 25.2.). Polizeisprecher Neitzel erklärte: *„Banden dieser Größenordnung*

Hessens Ministerpräsident Osswald (SPD) sagte z.B.: *„Das Recht der arbeitenden Bevölkerung muß gegen die exzessive Ausnutzung* (!) *der Demonstrationsfreiheit durch kleine Gruppen von Chaoten geschützt werden."* („Welt", 26.2.)

Von der hessischen Landesregierung wurde angeordnet:

„Die verantwortlichen Organe werden bei künftig beabsichtigten Demonstrationen in der Frankfurter Innenstadt die Möglichkeit von Verboten aus Gründen der öffentlichen Sicherheit verschärft prüfen. Hierbei soll neben der jederzeitigen Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit berücksichtigt werden, daß das Recht der arbeitenden Bevölkerung auf Bewegungsfreiheit (!) *gegen die exessive Ausnutzung der Demonstrationsfreiheit durch kleine Gruppen von Chaoten geschützt werden muß. Die Landesregierung erwartet, daß Demonstrationsaufrufe solcher Gruppen nicht mehr befolgt werden."*" („Welt", 26.2.)

Das gewundene Geschwätz von „schärfer prüfen" läßt sich vorläufig in Frankfurt auf die konkrete Formel bringen: totales Demonstrationsverbot gegen den Asta, gegen den KBW u.a.

Ursache und Wirkung werden zudem auf den Kopf gestellt, wenn so getan wird, als sei das Demonstrationsverbot eine Folge der „Ausschreitungen" in Zusammenhang mit der Räumung der vier besetzten Häuser am 21. Februar. Die Frankfurter Polizei-Führung und Stadtbürokratie haben schon am 9. und 12. Januar ein rein politisch begründetes Verbot gegen Demonstrationen der CISNU (iranischer Studentenverband) und westdeutscher Organisationen verhängt und mit brutaler Polizei-Gewalt durchgesetzt. Dieses Verbot wurde damit begründet, die geschäftlichen Beziehungen der westdeutschen Imperialisten zum Schah-Regime des Iran (Tauschgeschäft Öl gegen Waffen!) könnte Schaden nehmen. (vgl. AK 40, S.22) Ebenso brutal ging Frankfurts Polizei am 14. und 30. Juli vorigen Jahres gegen Bewohner der Bleichstraße und der Bergerstraße vor, die friedlich ein „Straßenfest" mit allerdings politischem Hintergrund machen wollten. (vgl. AK 31, S. 31)



Über Frankfurt hinaus sind u.a. folgende Demonstrationsverbote bemerkenswert: Verbot einer linken 1. Mai-Demonstration in Dortmund 1973, Verbot einer Demonstration ebenfalls in Dortmund gegen den Breschnew-Besuch im Mai 73, Verbot einer Demonstration u.a. der CISNU, des KBW und der „KPD" in Köln gegen die politische Unterdrükkung im Iran am 1.12.73 (ebenfalls mit den „außenpolitischen Belangen" des BRD-Imperialismus begründet).

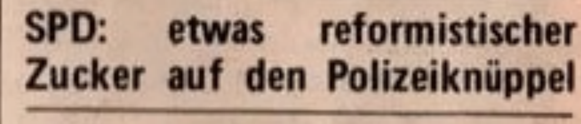
Ein ursächlicher Zusammenhang zwischen dem Frankfurter Demonstrationsverbot jetzt und den vorhergehenden Auseinandersetzungen um die vier besetzten Häuser besteht nur in Folgendem: die Bourgeoisie hofft im Windschatten einer (von der Polizei provozierten) zünftigen „Straßenschlacht" (oder z.B. die Besetzung des Bonner Rathauses 1973) den Abbau demokratischer Rechte (wie Demonstrationsrecht) besser maskieren zu können.

Nach den jüngsten Frankfurter Auseinandersetzungen wurde von Bourgeoisie und Staat auch der Gedanke vorgebracht, in Zukunft den „Bundesgrenzschutz" zur Niederschlagung von Demonstrationen einzusetzen. Entsprechende Vorbereitungen werden beim BGS auch tatsächlich schon getroffen.

„Das Kabinett stimmte dem Vorschlag Genschers zu, den Bundesgrenzschutz (BGS) künftig für Einsätze bei Demonstrationen, die gewalttätig zu werden drohen, besser zu schulen." („FAZ", 28.2.1974)

Der Grund ist natürlich nicht, daß die Niederschlagung von Demonstrationen wie in Frankfurt schon über die Möglichkeiten der Polizei geht.

Vielmehr soll dem BGS, der ja in den letzten Jahren systematisch zur Bürgerkriegsarmee umorganisiert wurde, Gelegenheit zur praktischen Erprobung gegeben werden, soll die Bevölkerung an den Einsatz des BGS gewöhnt werden und soll schließlich auch ein gewisser noch vorhandener Widerstand in Kreisen der Polizei gegen die Zusammenarbeit mit dem BGS (vgl. Angriffe der Polizei-Gewerkschaft gegen Ausbildungsmethoden u.a. des BGS) abgebaut werden.



SPD: etwas reformistischer Zucker auf den Polizeiknüppel

Wie in der BRD insgesamt auf der Ebene der Bundesregierung ist es auch in Frankfurt die SPD, die als Sachwalterin der Kapital-Interessen z.Z. noch konkret den Ausbau des staatlichen Unterdrückungsapparats und den Abbau demokratischer Rechte vorantreibt.



Auf „Fairniß" bedachte Polizisten

Zugleich spielt sich die SPD als angebliche Reform-Partei auf. Ein bezeichnendes Produkt dieses nur scheinbaren Widerspruchs ist die

➡

Forts. Bürgerkriegsmanöver

Resolution des Unterbezirksparteitags der Frankfurter SPD von Anfang März (abgedruckt in „FR", 5.3.).



„Die Frankfurter Polizei foltert nicht, kapiert!"

Während die sozialdemokratische Polizei-Führung und Stadtbürokratie die Bullen auf jede Weise „scharf" macht („Chaoten sind schlimmer als SS und SA", Hinweis auf möglichen Schußwaffengebrauch, völlig übertriebene Geschichtchen von „schwerverletzten Polizisten"), heißt es dann in der Resolution vornehm, man müsse eine „Feindbildfixierung" bei der Polizei verhindern, alle Vorwürfe gegen die Polizei genau untersuchen etc.

Den Menschen, die gegen die kapitalistische Boden- und Bauspekulation kämpfen, wird in der Resolution vorgeworfen, sie hätten eine *„zwanghafte Feindfixierung gerade auf eine sozialdemokratische Reformpolitik".* Diese Menschen sind es angeblich, die, wie es in der Resolution mit schweinischem Zynismus heißt, *„eine rationale Lösung gesellschaftlicher Probleme verhindern und der Reaktion in die Hände arbeiten."* – Denn die SPD, gepriesen sei sie, setzt sich ja dafür ein, kapitalistische Boden- und Bauspekulation durch Gesetz unmöglich zu machen, nur ist offenbar die arbeitende Bevölkerung „noch nicht soweit", die SPD dabei zu unterstützen. Denn wenn es mit den Reformen und Reförmchen nicht vorwärts geht, ist nach Meinung der „linken" Sozialdemokraten immer der rückständige Arbeiter (und natürlich die „Chaoten"!) schuld.

Die Wahrheit ist, daß gerade die städtische Boden- und Bauspekulation eine besonders ergiebige Quelle der Bereicherung nicht nur für die Kapitalisten selbst ist; sondern auch ihre „regierenden" Politiker profitieren reichlich von Schmiergeldern, von zugeschanzten eigenen Spekulations-Geschäften u.ä. Und die SPD, die in den meisten Großstädten „regiert", steckt daher selbst tief im Korruptionssumpf, wozu noch die Verfilzung zwischen der SPD-Bürokratie und der gewerkschaftlichen Baugesellschaft ‚Neue Heimat' (bzw. deren Tochtergesellschaften) kommt.

Seit jedoch – in erster Linie durch Aktionen und Aufklärung linker Organisationen – die Boden- und Bauspekulation bei der Bevölkerung nicht mehr besonders populär ist, hängt die SPD auch „Reform"-pläne zum Bodenrecht etc. raus. Die Frankfurter SPD z.B. hielt es erst im Juni 1973 (!!) überhaupt für nötig, „Richtlinien zur Boden- und Wohnungspolitik der Sozialdemokraten in Frankfurt" rauszuhängen, während sie jetzt ihre Politik v o r dem Juni 73 selbst für „fehlerhaft" erklärt (Resolution des Unterbezirksparteitags). Diese „Richtlinien" konnten indessen natürlich den Abriß der Häuser Bockenheimer Landstraße/Schumannstraße u.a. nicht verhindern, denn ‚Gesetz ist Gesetz' (Resolution: „unabweisbare Rechtsverbindlichkeiten"), und das Gesetz ist auf Seiten der Boden- und Bauspekulation.



Straßenschlacht nach der Demonstration am 23.2.1974 gegen die Zerstörung der besetzten Häuser

Das Geschäft der SPD ist es, Unzufriedenheit im Volk mit bestehenden Zuständen zu erkennen, scheinbare Lösungsmöglichkeiten anzubieten, die „ärgsten Auswüchse" behutsam zu beschneiden und diejenigen politischen Kräfte als „reformfeindliche Chaoten" etc. zu diffamieren und zu isolieren, die m e h r wollen als nur ein Herumschnibbeln an den „ärgsten Auswüchsen". ●

KB/Gruppe Frankfurt
und AK-Redaktion

Verschärfte Angriffe des Westberliner Senats auf Jugendzentren

In den letzten zwei Jahren sind in den Arbeitervierteln Westberlins eine Reihe von Jugendzentren entstanden, in denen sich vor allem Jungarbeiter und Lehrlinge zusammenschlossen, um gemeinsam ihre Probleme in Familie und Betrieb anzugehen. Der Versuch des Senats und der Bezirksämter, die Bewegung in reformistische Bahnen zu lenken, wurde von den Jugendlichen unter der Forderung nach Selbstorganisation der Jugendzentren bekämpft. Über die Abwehr der Integrations- und Bevormundungsversuche der Jugendbehörden hinaus, begannen die Jugendzentren die Probleme der Menschen in ihrer Nachbarschaft aufzugreifen. Sie kümmerten sich um Spielplätze, beteiligten sich an Mietkampagnen und halfen ausländischen Arbeiterfamilien.



Demonstration gegen die Zerstörung von Jugendzentren, wenige Tage vor Zerstörung der „Putte".

Zwei Beispiele aus Schöneberg und Wedding sollen veranschaulichen, wie die in Westberlin regierende Sozialdemokratie gegen die Jugendzentren vorgeht:

Am Donnerstag, dem 28.3.74, gegen mittag, ließ der SPD-Jugendstadtrat Schmidt durch den brutalen Einsatz von 300 Bullen die sogenannte „Mittelbaracke" des Schöneberger Jungarbeiter- und Schülerzentrums (SJSZ) räumen, in der sich zu diesem Zeitpunkt etwa 30 Jugendliche und Kinder aufhielten. Dies geschah, obwohl Schmidt vorher einer Verhandlung mit den betroffenen Jugendlichen, Kindern und deren Eltern am Donnerstagabend zugestimmt hatte.

Das SJSZ arbeitete seit der Durchsetzung eines Nutzungsvertrages im März 1972 als selbstverwaltetes Jugendzentrum auf dem bezirkseigenen Barackengelände an der Belziger Straße in Schöneberg. Obwohl zweimal Teile der Baracke durch Brandstiftung zerstört wurden, richteten die Jugendlichen und Kinder sich die erhaltenen Teile zur Benutzung her. Die vermutlich durch Faschisten verursachten Schäden dienten dem Bezirksamt als Vorwand, die „Mittelbaracke", in der das SJSZ eine erfolgreiche Kinderarbeit durchführte, abreißen zu lassen. Den Vorschlag des SJSZ, die übriggebliebenen Baracken für 3.000 DM selbst wieder instandzusetzen, lehnte das Bezirksamt ab, stattdessen war es lieber bereit, die 40.000 DM Abrißkosten zu tragen.

Das Engagement der Mitglieder des Jugendzentrums in der Verteidigung ihrer Arbeit, gab dem Bezirksamt Anlaß, den Nutzungsvertrag für die restlichen Baracken fristlos zu kündigen. Demagogisch erklärte sich SPD-Stadtrat Schmidt bereit erneut zu verhandeln, allerdings nicht mit dem derzeitigen Vorstand des SJSZ, weil der angeblich das hintere Tor zum Gelände zugeschweißt und damit einen „schweren Vertragsbruch begangen" habe.

Aus dem Vorgehen der SPD und der Darstellung der Vorgänge um das SJSZ in der bürgerlichen Presse, ist den Jugendlichen klar geworden, daß ihnen am besten geholfen ist, wenn sie sich zusammenschließen und sich selbst helfen. Die Konsequenz ist eine verstärkte Aufklärungsarbeit in den umliegenden Straßen und eine breitere Einbeziehung der Eltern in die Arbeit des SJSZ.



„Jugendpolitik nach Art der SPD" – das ließen Polizei und Abbruch-Trupps vom ehemaligen Schöneberger Jugendzentrum (SJSZ) übrig.

Die Bürgerinitiative „Putte" im Wedding wurde vor 1 1/2 Jahren von Jusos initiiert, mit dem Ziel, einen Abenteuerspielplatz auf dem brachliegenden Gelände Puttbussenstraße-Ecke Rügener Straße aufzubauen. Damit sollte dem Mangel an Spielflächen für Kinder etwas abgeholfen werden, denn selbst nach amtlichen Normen war in diesem Teil Weddings bis zu diesem Zeitpunkt nur 11% der für die Bevölkerungsdichte angemessenen Spielfläche vorhanden.

Da sich auf dem Gelände, das das Bezirksamt Wedding zur Verfügung stellte, ein z.T. leerstehender Altbau befand, ging man im Frühjahr 73 daran, dort einen Jugend- und Schülerladen einzurichten. Vor einem halben Jahr bezogen 16 Jugendliche, die sich in den Projekten der Putte engagiert hatten, „illegal" einen Teil der leerstehenden Wohnungen des Hauses, um aus ihrer bisherigen miserablen Wohnsituation herauszukommen. Durch die kollektive Lebensweise in Wohngemeinschaften versprachen sie sich auch bessere Möglichkeiten, die Arbeit in den Projekten der Putte fortzusetzen.

Die „illegale" Besetzung der leerstehenden Wohnungen lieferten dem Weddinger SPD-Jugendstadtrat Sötje den Vorwand, die Verhandlungen um einen Nutzungsvertrag für das Jugendzentrum zu sabotieren und die Räumung des gesamten Grundstücks zum 1.4.74 anzukündigen.

In den vorangegangenen Verhandlungen war es bereits zu einer Abspaltung von den Jusos gekommen, die sich auf die faulen Kompromisse des Herrn Sötje einlassen wollten.

Zur Räumung des Schöneberger Jugendzentrums (SJSZ) war die Polizei angerückt, wie zu einem mittleren Feldzug.

Sötje bot als „Alternative" 43 qm Ladenfläche an (die Putte hatte 1.800 qm!), die er vorher selber aus hygienischen Mängeln abgelehnt hatte.

Gegenüber anderen Westberliner Jugendzentren hat die Putte früher begonnen, die Bevölkerung der anliegenden Straßen über ihre Arbeit zu informieren und zunächst hatte es den Anschein, als ob die „Putte" aufgrund einer richtigen Einschätzung des Kräfteverhältnisses davon Abstand nehmen würde, die gesamte Westberliner Linke zu einer spektakulären Besetzungsaktion zusammenzukarren.

Auf einer Veranstaltung der Putte am 29.3.74 im Audi-Max der TUB wurde ausgeführt, daß beim gegenwärtigen Kräfteverhältnis eine Besetzung der Putte nur symbolischen Charakter haben kann und daß es darauf ankommt, die Bevölkerung der umliegenden Straßen für das Jugendzentrum zu gewinnen.

In den letzten Tagen scheint diese Klarheit unter dem wachsenden Einfluß der bei allen Aktionen auftauchenden Spontis, zu denen auch die Freunde der Gruppe „KPD" und die Ableger des KBW, die KHG zu zählen sind, gewichen zu sein. Ausgeklügelte Barrikaden- und Vorwarnsysteme nehmen die Leute der Putte und ihre neuen Freunde derart in Anspruch, daß für die Arbeit im Stadtteil kaum noch Zeit bleibt. Genährt wird dagegen die Illusion, die Putte eine Stunde, zwei oder vielleicht einen ganzen Tag „verteidigen" zu können.

Der Westberliner Senat und die Jugendämter haben in dem Moment eine Offensive gegen die Jugendzentren gestartet, in dem sich die Jugendlichen der Bevormundung der offiziellen Stellen entzogen und sich selbst zu organisieren begannen. Dieser Prozeß ist für die Herrschenden eine Gefahr, weil damit eine Loslösung von der reformistischen Jugendpolitik der SPD verbunden ist.

Um den Kampf erfolgreich zu führen, sollten sich die Genossen in

Forts. nächste Seite



Notstandsübung im großen Maßstab

Am Mittwoch, dem 3.4., übten über 350 Bremer Bullen, unterstützt von 40 Mann des berüchtigten Spezialmordkommandos GSG 9, den Ernstfall. Und so war diese Notstandsübung angelegt:

Drei „Terroristen" sollten eine Chartermaschine auf dem Flug von Amsterdam nach Bremen in ihre Gewalt bekommen haben. Als Chartermaschine diente eine schrottreife Noratlas (warum wohl eine schrottreife? !). Die „Terroristen" forderten die Freilassung von in Frankfurt inhaftierten „Bandenmitgliedern". Um 7.30 Uhr war beim Kommissar vom Dienst die „Alarmmeldung" eingegangen, 5 Minuten später waren die Mordbuben des GSG 9 aus Bonn in fünf Hubschraubern unterwegs, die Alarmzeit für die Bremer Bullen von höchstens einer Stunde wurde noch unterschritten. Um 8.15 Uhr landete die Maschine, um 9.30 Uhr waren alle eingesetzten Kräfte auf dem Flugfeld: Präzisionsschützen, das Spezialkommando GSG 9, alle Beamten des gehobenen Dienstes des Polizeiabschnittes Süd, die 2. Einsatzhundertschaft der Schutzpolizei und eine Hundertschaft der Bereitschaftspolizei. Erst auf dem Flugfeld erfuhren die Bullen, daß es sich um eine Übung handele. Und weiter: Im Polizeihaus war eine zentrale Befehlsstelle eingerichtet worden, eine weitere auf dem Flugfeld. Einem der „Terroristen" wurde nun gestattet, seine „Gesinnungsgenossen" (so die „Bremer Nachrichten" vom 4.4.) aus Frankfurt mit dem Wagen abzuholen. Als Fahrer diente ein weiterer Bulle. Der Bullenterrorist wurde dann auf der Autobahn bei Groß Mackenstedt von seinen niedersächsischen Kollegen überwältigt. Zuvor war ein Versuch auf dem Flughafen gescheitert. bei dem zwei als Tankwart vertert, bei dem zwei als Tankwart verkleidete Bullen die drei „Entführer" überwältigen wollten. Ein Tankwartbulle wurde dabei „erschossen".

„Dramatisch" war dann das Ende: Einsatzleiter Krawinkel, Chef der Bremer Schutzpolizei, hatte durch einen Trick die beiden übriggebliebenen Geiselgangsterbullen aus der Maschine gelockt. Im gleichen Moment flogen von hinten zwei Hubschrauber des GSG 9 an, die Spezialisten sprangen von den fliegenden Hubschraubern ab und überwältigten die beiden. Damit war die Übung beendet.

Was für ein Ziel haben solche Übungen?

Begründet werden solche Übungen immer mit der Notwendigkeit, gerüstet zu sein gegen Anschläge „terroristischer und anarchistischer" Gruppen. Nachdem die meisten Mitglieder der RAF („Baader-Meinhof-Gruppe") verstreut in westdeutschen Gefängnissen sitzen und dort physisch wie psychisch fertiggemacht werden, braucht die westdeutsche Bourgeoisie einen neuen Buhmann, um solche Aktionen rechtfertigen zu können. Vorbereitet wurden sie dann stets durch Meldungen in der bürgerlichen Presse über angebliche Ausbruchspläne von RAF-Mitgliedern (wer sollten denn die vier in Frankfurt sitzenden „Gesinnungsgenossen" sein? !), über die angebliche Existenz von „Nachfolgeorganisationen" der RAF, oder, wenn man in Westdeutschland gerade nichts findet, schwirren eben 14 arabische „Terroristen" durch Europa, oder üben das Tauchen vor der australischen Küste. Auf diese Art und Weise wird versucht, in der Bevölkerung eine Stimmung zu erzeugen, in der der Ruf nach der ordnenden Macht des Staates und seiner Organe immer lauter wird.

Weiterhin dienen solche Notstandsübungen neben der Erprobung militärischer Einheiten dazu, die Bevölkerung an das Bild von bis an die Zähne bewaffneten Bullen und Panzerwagen zu gewöhnen. So erklärte NRW-Innenminister Weyer anläßlich der Jagd auf Baader-Meinhof: „Die Bevölkerung muß an den Anblick von mit Maschinenpistolen Bewaffneten genauso gewöhnt werden wie ans Steuerzahlen".! (AK 15/Febr.72)

Und so sah es auch in Bremen aus: *„Der Flughafen glich gestern für fast fünf Stunden einer belagerten Festung. Panzerwagen auf der Rollbahn, schwerbewaffnete Polizisten auf Patrouille. In der Stadt wimmelte es von Kradfahrern der Polizei"!!* („Bremer Nachrichten" 4.4.).

Notwendig sind solche Übungen dann, weil „linke Anarchisten" oder „arabische Terroristen" doch so sehr unser aller Sicherheit bedrohen. Auch in Bremen kann's passieren, oder, so der Bremer Polizeipräsident Erich von Bock und Polach: *„Wir würden uns etwas vormachen, wenn wir glaubten, daß unser Flughafen davon ausgenommen wäre."* („Weser-Kurier", 4.4.)

Weiterhin soll unter den Bullen die Stimmung erhalten bleiben, die es ihnen unmöglich macht, nachts ruhig zu schlafen, ohne das Nachtgebet mit dem Zusatz gesprochen zu haben: „Und beschütze mich vor den Linken". Wohin das führt, haben wir anläßlich der Jagd auf Baader-Meinhof gesehen: die Knarre saß bei vielen Bullen so locker, daß einige harmlose Verkehrssünder oder kleine Autodiebe gleich mit abgeknallt wurden.

Wir sehen also, daß mit solchen Notstandsübungen neben dem militärischen Aspekt auch politische und ideologische Ziele der Kapitalisten und ihrer Handlanger verfolgt werden. Die militärischen Ziele beschreibt der leitende Polizeidirektor Walter Krawinkel, der Chef der Bremer Schutzpolizei, wie folgt:

„Es galt festzustellen:

▷ welche Zeiten für die Alarmierung benötigt werden,

▷ wieviel Einheiten und Kräfte für den Ernstfall tatsächlich gebraucht werden,

▷ ob die eingeteilten Führungskräfte in der Lage sind, die Situation richtig zu beurteilen und die notwendigen Entscheidungen zu treffen,

▷ in welcher Weise sich die für den Flughafen zuständige Bundesgrenzschutz und die Spezialeinheit GSG 9 aus Bonn-Hangelar in die Maßnahmen der Polizei integrieren lassen."

Die wichtigeren Ziele benennt der Chefbulle natürlich nicht, nämlich daß es gilt, die Kommunisten hinzustellen als volksfeindliche Terroristen, die verboten gehören. Weiterhin soll die Bevölkerung an das Bild schwerbewaffneter Bullen gewöhnt werden, und die Bullen selbst sollen auf Linie gehalten bzw. gebracht werden. Als solches reihen sich diese Maßnahmen ein in die allseitigen Angriffe der Kapitalisten auf die Rechte und Lebenssituation der Arbeiterklasse. Unsere Aufgabe als Kommunisten muß es sein, in der Arbeiterklasse Klarheit darüber zu schaffen, damit die Verteidigung und der Ausbau der Positionen der Arbeiterklasse erfolgreich in Angriff genommen werden kann. ●

Sympathisanten-Gruppe Bremen des KB

Forts. Jugendzentrum

den Jugendzentren weniger auf die Sprüche der sporadisch erscheinenden „dogamtischen" und „undogmatischen" Freunde verlassen, als vielmehr im Vertrauen auf die eigene Kraft die politische Auseinandersetzung zu führen und gewonnene Einschätzungen zu vertreten.

Genosse aus der Westberliner Vertriebsorganisation des KB

Anm. der Redaktion

Inzwischen wurde die „Putte" von der Polizei gestürmt und gewaltsam geräumt. Etwa 50 anwesende Jugendliche wurden – ohne Widerstand zu leisten – vorübergehend festgenommen. Unter Polizeischutz und gegen recht starken Protest aus der Bevölkerung, z.T. auch aus Betrieben (laut Bericht aus Westberlin) wurde mit dem Abriß des Hauses begonnen.

Zum Bericht des Genossen ist zu sagen, daß er am Schluß eine zumindest mißverständliche Wendung hat. Wir sind selbstverständlich nicht der Meinung, daß z.B. Jugendzentren am besten „sich selbst überlassen" bleiben sollten, daß es keine „Einmischung von außen" geben sollte. Eine Unterstützung (und zwar nicht nur materiell, sondern z.B. auch durch politische Hinweise) durch linke Organisationen kann durchaus nützlich sein. Sie ist dies allerdings nicht, wenn Vertreter mancher Organisationen tatsächlich nur sporadisch auftauchen, um der Aktion eine Richtung zu geben, die in der Sache nicht weiterführt, sondern nur dazu dient, der betreffenden Organisation einen aufregenden Artikel für ihre Zeitung zu liefern („Unter Führung der KPD . . ." „. . . des KBW" etc.) und ihre verzerrten Vorstellungen von der Wirklichkeit wieder mal zu „bestätigen" („Die Massen wollen nach links", „Die Massen halten sich nicht mehr an die bürgerlichen Gesetze" etc.). ●

Kampf der reaktionären Schüler-Vertretungs-Verordnung (SVV) in Schleswig-Holstein

Presseerklärung der Schülervertretung der Kieler Ober- und Berufsbildenden Schulen

STADTSCHÜLERRAT/KIEL
Schülervertretung der Kieler Ober- und Berufsbildenden Schulen
der Vorsitzende des Vorstandskollektivs
Kiel, den 16. Februar 1974

PRESSEERKLÄRUNG
Breiter Widerstand gegen die SVV

Die Mitgliederversammlung des Stadtschülerrats/Kiel lehnt den Entwurf einer SV-Verordnung für Schleswig-Holstein entschieden ab. Diese Verordnung schränkt das Recht auf freie politische Betätigung in Ausbildung und Beruf stark ein und enthält ein umfangreiches Instrumentarium zur Disziplinierung fortschrittlicher Schüler.

Eine fortschrittliche SV-Arbeit soll unmöglich gemacht werden. Die SV-Verordnung steht in einer Reihe mit Maßnahmen, wie dem Landeshochschulgesetz, den Notstandsgesetzen, den Berufsverboten und den Bestimmungen zur Arbeit politischer Schülergruppen, sowie dem Schulstraferlaß.

Im einzelnen wird der Schülervertretung das Recht auf politische Stellungnahme zu allen Fragen abgesprochen, den Schülern wird die Möglichkeit zur Kontrolle der SV-Arbeit genommen – stattdessen erhalten Schulbürokratie und Rektoren umfassende Rechte zur Reglementierung der SV-Arbeit, indem z.B. der Schulleiter Flugblätter zensieren und verbieten kann. Einheitliche Kreis- und Landesschülervertretungen der Schüler aller Schularten sind verboten.

Eines der wesentlichsten Mittel politischer Disziplinierung in der SV-Verordnung ist der § 21, der dem LSA die Möglichkeit gibt, Schülervertreter für zwölf Monate abzusetzen. Den Schülern wird hier erneut das Unterrichtsboykottrecht abgesprochen, der Extremistenerlaß wird auf Schülervertreter ausgedehnt, indem sie nicht gegen die sogenannte „freiheitlich-demokratische Grundordnung" sein dürfen. Auch die Direktwahl von Schulsprechern wird in Zukunft nicht mehr möglich sein. Nach der SV-Verordnung hat der Schulleiter das Recht SV-Veranstaltungen zu verbieten und die Tagesordnung zu zensieren. Die Vollversammlung aller Schüler soll nicht höchstes Entscheidungsorgan der SV einer Schule sein, sondern diese Aufgaben sollen einem Funktionärsgremium übertragen werden.

Stattdessen fordert der SSR: Eine SV mit politischem Mandat, unzensierte schwarze Bretter, Schul- und Wandzeitungen. Eine ungehinderte Flugblattverteilung in der Schule ebenso wie den ungehinderten Verkauf unzensierter Schriften in der Schule. Außerdem müssen gefordert werden: das Recht auf jederzeit mögliche Vollversammlungen zu jedem Thema in eigener Verantwortung sowie die ausschließliche Verantwortung der SV vor den Schülern. Entfernung des Extremistenerlasses für Schülervertreter.

Und wenn wir als Schüler gegen die SVV angehen, so fordern wir damit ja keine Narrenfreiheit, keinen Freiraum für Schüler sondern treten dafür ein, daß die Schule an den Bedürfnissen und Interessen des Volkes ausgerichtet wird. Das Volk – und damit auch Eltern und Lehrer – ist sehr wohl daran interessiert, daß in der Schule die Probleme der Schüler behandelt werden und Schüler sich z.B. gegen reaktionäre Unterrichtsinhalte oder gegen den Lehrermangel zur Wehr setzen.

Der Widerstand gegen die SVV ist deshalb nicht allein Angelegenheit der Schüler sondern im Interesse der Bevölkerung. Zu Maßnahmen des SSR gegen die SVV kündigen wir an, daß zunächst eine umfassende Informationsarbeit geleistet werden muß und es muß versucht werden zum Termin der Anhörung den Widerstand der Schüler sichtbar werden zu lassen. Auch wird eine weitergehende Zusammenarbeit mit den Schülervertretungen anderer Kreise vom SSR/Kiel in dieser Frage gesucht." ●

Es geht gegen den 'inneren Feind'

Wir gehen hier ein auf einige Vorkommnisse auf einer Reservistenübung des Großkampfverbandes des Heimatschutzkommandos (HSK) 13 in Schleswig-Holstein, die vom 6.12.73 bis 14.12.73 in Eggebek in der Nähe von Flensburg stattfand. In verschiedenen Artikeln im ARBEITERKAMPF sind wir schon auf die im Zuge der Faschisierung verstärkt vor sich gehende Ausrichtung auf den „inneren Feind" in Bundeswehr und Bundesgrenzschutz (BGS) eingegangen. Der erst jüngst in Erwägung gezogene Einsatz von BGS-Truppen während der Frankfurter Ereignisse wirft nur noch einmal ein Schlaglicht auf diese Entwicklung. Daß dabei das HSK sein Licht nicht unter den Scheffel stellen will, verwundert kaum weiter, spricht doch der Name „Heimatschutzkommando" für sich. Doch lassen wir die Herren Heimatschützer selbst zu Wort kommen.

Das 3. Jagdbattaillon 713 des HSK, das, um einsatzbereit zu sein, in kürzester Zeit mit Reservisten aufgefüllt werden kann, wurde instruiert. Ein Oberstleutnant gab zu verstehen, daß im Kriegsfalle wichtige Einrichtungen im Hinterland, wie Verkehrsknotenpunkte, Elektrizitätswerke und . . . und . . . und . . . zu schützen seien, etc.

Zu schützen natürlich vor dem „gefräßigen roten Ostblock", der am laufenden Band die Abrüstungsbemühungen des „friedlichen, freiheitlichen Westens" sabotiert. Um das „belegen" zu können, wurden eigene graphische Darstellungen des nach deutschen Landen gierenden Ostblocks per Projektor vermittelt. Aber der Oberstleutnant beruhigte: Man sei ja zum Schützen da, und wie man am besten schützt, das zeige Israel (!) besonders gut, deshalb habe gerade die Bundeswehr sehr viel aus dem letzten Krieg gegen die Araber gelernt. Daß dabei der Herr Oberstleutnant bei diesen seinen Erklärungen offen dem Zionismus huldigte, ist nicht verwunderlich, kennt man doch die guten Beziehungen des BRD-Imperialismus zu den Zionisten.

Dies alles jedoch, so der „Oberschützer", sei nur ein Teil des Auftrags, den das HSK zu erfüllen habe. Im Frieden würden wichtige Aufgaben anfallen. So könne es in „unserer unruhigen Zeit" möglich werden, daß „das HSK die Polizei oder den Bundesgrenzschutz zu unterstützen habe", um „unsere freiheitlich-demokratische Ordnung zu schützen oder sie wiederherzustellen"!!!

Man bräuchte sich ja nur zu betrachten, was in Chile losgewesen sei (vor dem Putsch!), oder auch in Fürstenfeldbruck, bei der KPD-Rathauserstürmung in Bonn und bei den Hausbesetzungen in verschiedenen Großstädten.

Auf die Kriegsdienstverweigerer war der Herr Oberstleutnant allerdings sauer, denn sie würden bei deren Plänen doch glatt behaupten, daß das militärische Eingreifen in unsere Demokratie dann sehr einfach wäre. Dem wäre allerdings überhaupt nicht so, denn im Parlament müßten erst einmal zwei Drittel der Abgeordneten für ein solches Eingreifen stimmen, und das wäre völlig ausgeschlossen. Allein daran ließen sich schon die Lügen der „Chaoten" erkennen, die da behaupten, daß Soldaten verkleidet die Niederwerfung von Streiks geübt hätten!!

Im übrigen würde man sowieso nur gegen „Chaoten" und „Terroristen" vorgehen.

Zum Abschluß dieser grundsätzlichen Darlegungen der Aufgaben des HSK ging man in die Praxis und säbelte nach eingehenden Scharfschießübungen eine „über Fehmarn eingefallene rote Befreiungsarmee" nieder. Die Übung war über alle Maßen erfolgreich.

Hauptfeind – die Arbeiterklasse

Zeigt sich auf der einen Seite, daß die westdeutsche Bourgeoisie von ihren alten Revanchismus-Plänen keineswegs gelassen hat, so legen die Kapitalisten verstärkt Wert auf die Ausrichtung ihrer Kampftruppen gegen den „inneren Feind". Wer der „innere Feind" ist, zeigt die Tatsache, daß trotz aller Dementis regelmäßig von Bundeswehr, BGS und Polizeieinheiten die Zerschlagung von Streiks geprobt wird (siehe AK 33: „Bundeswehrübung gegen Streikende").

Das bedeutet nichts anderes als die Vorbereitung der Bourgeoisie auf stärkere Klassenauseinandersetzungen in der Zukunft, auf Auseinandersetzungen, die auch einen stärker militanten Charakter tragen.

Als im Januar 1906 Truppen in die wirtschaftlichen Kämpfe des Proletariats in Hessen und Preußen eingriffen und zum Schutze der Kapitalisten zu den Waffen griffen, geißelte Karl Liebknecht den Truppeneinsatz und richtete seine Worte gerade an die rekrutierten Söhne der Arbeiterklasse:

„Wer ist der innere Feind? Auf Vater und Mutter, Bruder und Schwester sollt ihr nach Kommando schießen! Fürs Vaterland? Man wird euch zu Streikbrecherdiensten abkommandieren. Fürs Vaterland? Die Augen werden euch aufgehen, wenn sie nicht schon geöffnet sind. Was ist das für ein Vaterland, das nicht das ganze Volk umfaßt, euch von euren Liebsten reißt, zu Feinden eurer Freunde machen will? Das den Kampf gegen die Arbeiterklasse proklamiert, das sich eins fühlt mit dem Unternehmertum, mit jeder Reaktion? Das ist nicht euer Vaterland . . . Das ist nur die Vertretung einer Klasse des deutschen Volkes, die euch, seitdem ihr lebt, und schon euren Vätern, seitdem sie leben, feindlich ist bis aufs Blut, die euch und eure Väter, Mütter, Brüder und Schwestern, Kameraden, Kollegen und Gesinnungsgenossen von Kindesbeinen an ausbeutet und unterdrückt!

Der innere Feind, das sind eure Väter, Mütter, Brüder, Schwestern und Freunde, das ist das gesamte Proletariat und alles, was nicht mit der herrschenden Reaktion durch dick und dünn geht; der innere Feind: Das seid noch heute ihr selbst! Und das werdet nach eurer Entlassung wieder sein ihr selbst!

Ihr selbst, die ihr zum Kampf gegen diesen inneren Feind aufgerufen werdet, zum Kampf gegen euch selbst."

(Aus: Karl Liebknecht, Gegen den 'blutig-eisernen' Militarismus': 'Rekrutenabschied', 22. September 1906)

KB/Gruppe Kiel ●

Forts. Kinderschule

den und daß eine Einigung nach Geschmack von Stadt und GV nur gegen den Widerstand von Eltern und Helfern zustande kommen würde, veranlaßte der übergeordnete GV den unmittelbar zuständigen Kirchenvorstand zu einem schärferen Vorgehen gegen die KSF.

- Offene und auch ausgeschriebene Stellen wurden nicht besetzt, obwohl entsprechende Bewerbungen vorlagen;
- Ein Plattenspieler wird vom KV nicht mehr ausgeliehen, Telefonate werden nicht mehr zugelassen, der KV-Vorsitzende ist für KSF-Vertreter nur noch in seiner öffentlichen Sprechstunde zu sprechen;
- KV und GV verhandeln nur noch mit der von ihnen angestellten hauptamtlichen Kraft. Durch massive Drohungen („wenn Sie dies oder das nicht machen, können Sie sich einen neuen Job suchen") versuchen sie, deren Loyalität zu erpressen.

Gegen diese Angriffe setzten sich die Eltern und Mitarbeiter zur Wehr. Mit Flugblättern und einer Unterschriftensammlung nahmen sie den aktiven Kampf um die KSF auf. Um die Bewohner des Viertels stärker in den Kampf um die KSF einzubeziehen, wurde eine Bewohnerzeitung „Pack An" herausgegeben, in der die Auseinandersetzung mit Stadt und Kirche ausführlich dargestellt wurde.

Kirchenbürokratie läßt „soziale" Maske endgültig fallen!

Am 14.3. erfolgte die Schließung der KSF, nachdem ein Ausschuß des GV einen entsprechenden Beschluß gefaßt hatte. Über die beabsichtigte Schließung wurde die hauptamtliche Kraft nur 24 Stunden vorher informiert. Trotzdem gelang es den Mitarbeitern noch, die Eltern und Kinder für den nächsten Tag zu mobilisieren, so daß der Vertreter des GV. Herbert Urbrock, ungefähr 50 bis 60 Menschen gegenüberstand, die von

für den nächsten Tag zu mobilisieren, so daß der Vertreter des GV. Herbert Urbrock, ungefähr 50 bis 60 Menschen gegenüberstand, die von

ihm empört Auskunft und Begründung für die Schließung verlangten.



Mit Sprechchören und Empörung empfingen Eltern, Kinder und freiwillige Helfer den Kinderbürokraten Herbert Urbrock (links im Bild) und verhinderten die Schließung der Kinderschule.

Als sich der Herr Kirchenvertreter auf bloßes „zur-Kenntnis-nehmen" der Forderungen der Eltern und Mitarbeiter beschränkte und schließlich die Übergabe des Schlüssels verlangte und die KSF dichtmachen wollte, besetzten die anwesenden Eltern, Kinder und Mitarbeiter die KSF. Trotz massiver Drohungen mit der bürgerlichen Justiz (Hausfriedensbruch etc.) und trotz Erscheinen der Polizei wurde die KSF nicht geräumt, sondern besetzt gehalten, so daß Urbrock und Polizei unverrichteter Dinge wieder abziehen mußten. Gegenwärtig wird versucht, die Kinderarbeit auch unter diesen Umständen (Besetzung und ständige Gefahr einer Räumung) so gut wie möglich weiterzuführen.

Was steckt hinter der „Schließung"?

In der Begründung des Ausschusses des evangelisch-lutherischen Gesamtverbandes heißt es:

„Der Gesamtverband ist entschlossen, auch in Zukunft die Arbeit für die Belange der Bevölkerungsgruppe im Gebiet der Finkenstraße aus Kirchensteuermitteln zu fördern. Er hält es jedoch für erforderlich, daß die Arbeit in der jetzigen Einrichtung vorübergehend stillgelegt wird.

Während dieser Pause sollen die Verhandlungen mit der Stadt zum Abschluß gebracht werden, damit
– die unzulänglichen Räume in der Finkenstraße 26 erweitert, umgebaut und funktionsgerecht ausgestattet und
– durch Gewinnung neuer Kräfte eine qualifizierte und den Bedürfnissen der Kinder und Eltern entsprechende Arbeit gewährleistet wird." (BBZ vom 15.3.1974)

Tatsächlich ist es so, daß nach mehrfacher Aussage des Herrn Urbrock die Pläne für eine Renovierung noch längst nicht fertig sind, d.h. daß eine Renovierung und Erweiterung noch gar nicht beginnen kann. Auch für den Abschluß der Verhandlungen mit der Stadt und die „Gewinnung neuer Kräfte" ist eine sofortige Schließung der KSF wohl kaum notwendig. Warum werden dann von einem Tag auf den anderen 60 Kinder auf die Straße gesetzt und wieder vollkommen sich selbst überlassen?

In der Erklärung des Gesamtverbandes heißt es dazu, „daß eine Zusammenarbeit mit diesem Kreis (die Helfer- die Red.) nunmehr vollends unmöglich geworden ist". (BBZ, 15.3.74) Den Helfern wird eine „negative Einstellung und destruktive Haltung zum kirchlichen Träger" und „mangelnde Kompromißbereitschaft" vorgeworfen. (NZ vom 15.3.)

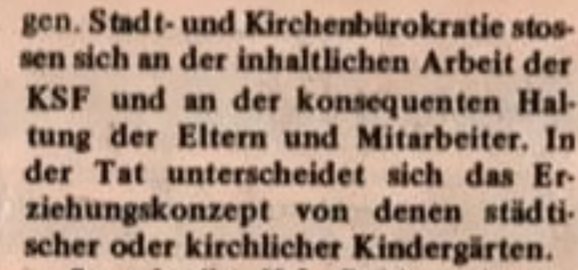
gative Einstellung und destruktive Haltung zum kirchlichen Träger" und „mangelnde Kompromißbereitschaft" vorgeworfen. (NZ vom 15.3.)

Weiter heißt es: *„Offenbar besteht auch keine Aussicht mehr, bereitwillige Mitarbeiter* (bereitwillig wozu? !) *aus diesem Kreis zu gewinnen, da sich in kritischen Augenblicken (!) alle immer wieder miteinander solidarisieren (!!)."* (Erklärung des GV, nach BBZ vom 15.3.)

Die Katze ist also aus dem Sack! Das Gerede von der anstehenden Erweiterung, die ohnehin erst im Herbst frühestens durchgeführt sein soll, dient nur als *Vorwand*, hinter dem sich glasklare politische Ziele verbergen.



Die Kinderschule wird besetzt. Der Unterricht geht weiter, obgleich die Kirche die Gelder sperrte und die sozialdemokratische Stadtverwaltung ständig mit polizeilicher Räumung droht.



Stadt- und Kirchenbürokratie stossen sich an der inhaltlichen Arbeit der KSF und an der konsequenten Haltung der Eltern und Mitarbeiter. In der Tat unterscheidet sich das Erziehungskonzept von denen städtischer oder kirchlicher Kindergärten.

So schreibt H.J. Rehberg in der BBZ vom 22.3., daß die Kinder in der Kinderschule *„nicht an das – in unserer Gesellschaft nun einmal herrschende, so oder so zu bewertende – Konkurrenz- oder Leistungssystem herangeführt werden sollen."* So ist es in der Tat! Die Vorstellungen der SPD gehen allerdings in eine andere Richtung. *„Die Kinder aus den Randgruppen hätten ein Recht (?) darauf, für diese Gesellschaft, mit ihren harten Anforderungen (!) lebenstüchtig (!) gemacht zu werden."*

Diese Erziehungsvorstellungen (der SPD und der Kirche) zielen darauf ab, Lebensrecht und Interessen der Kinder dem kapitalistischen Unterdrückungs-System „anzupassen", sie an seine „Spielregeln" zu gewöhnen. „Lebenstüchtig" heißt hier nichts anderes, als für die Kapitalisten zur optimalen Ausbeutung geeignet. In letzter Konsequenz soll den Kindern klar gemacht werden, daß sie selbst an ihrer miesen Lage schuld sind und daß sie diese nur einzeln durch Anpassung, Fleiß, Strebsamkeit, Gehorsam usw. verbessern können.

Demgegenüber stehen die erklärten Ziele der KSF, die darauf abzielen, die Kinder in die Lage zu versetzen, ihre gesellschaftliche Rolle zu erkennen und durch solidarisches Handeln Forderungen durchzusetzen.

Nachdem SPD und GV erkannt haben, daß sie Eltern und Mitarbeiter auch durch Hetze gegen linke Helfer und durch Einschüchterungsversuche nicht für ihre „Konzeption" zu gewinnen waren, verzichteten sie auf weitere „Überzeugungsversuche" und entschlossen sich zu dem „brutalen" Vorgehen der Schließung der KSF und dem Ausbooten der Mitarbeiter.

Jusos sollen der KS das Wasser abgraben

Jusos sollen der KS das Wasser abgraben

In diesem Zusammenhang gewinnt auch die bevorstehende Eröffnung eines „Beratungszentrums" der Jusos direkt über der Kinderschule an Bedeutung. Hier soll Behörden wie Sozialamt oder Verbänden wie der „Arbeiterwohlfahrt" und dem „Deutschen Roten Kreuz" Möglichkeit für „Beratungsstunden" gegeben werden. Gleichzeitig tragen sich die Jusos mit der Vorstellung, auch Kinderarbeit zu betreiben. So äußerte ein Juso, daß man die Absicht habe, mit den Kindern in einem Bus „irgendwohin" zu fahren und dort „irgendetwas" zu machen, Fußballspielen o.ä. Diese Vorstellungen wurden in der BBZ dann auch dankbar breit ausgewalzt und die „Aktivitäten" der Jusos hochgespielt. Ganz offensichtlich ist das Juso-Beratungszentrum als Konkurrenz zur Kinderschule zu sehen. Die SPD hat ihre „linken" Jungmannen vorgeschickt, mit dem Auftrag, verlorenes Terrain wieder zurückzuholen. Die grundlegende Funktion der ach so fortschrittlichen Jusos für die SPD-Führer wird in diesem Fall mal wieder so richtig deutlich.

Bewohner und Mitarbeiter setzten sich zur Wehr

Angesichts der Schließungsabsichten des GV verstärkten die Bewohner und Mitarbeiter ihre Anstrengungen im Kampf um die KS.

Die Kinderschule wurde besetzt und die bisherige Arbeit weitergeführt.

Am Tag nach der offiziellen „Schließung" demonstrierte eine Gruppe von Eltern und Mitarbeitern zum Gebäude des GV, um hier mit den Kindern zu spielen und den Herren ihre Geschlosssenheit zu demonstrieren. Nachdem ein in der Nähe gelegener Kindergarten besetzt worden war, fand sich besagter Herr Urbrock endlich zu einem Gespräch bereit, nachdem er sich vorher hatte verleugnen lassen. Vor Bewohnern und Mitarbeitern wurden Unterschriften für ihre Forderungen gesammelt:

Gegen die Schließung der KSF
Für die Weiterbeschäftigung der Hauptamtlichen Kraft und der übrigen Mitarbeiter
Für die Anerkennung der Vertreter von Eltern und Mitarbeitern.



Eltern, Kinder und Erzieher demonstrieren gegen Staat und Kirche und für den Erhalt ihrer Kinderschule in der bisherigen Form.

Solidarität mit der Kinderschule Finkenstraße!!!

Am Vormittag des 14.3.74 haben sich die Eltern mit ihren Kindern wie gewöhnlich zur Kinderschule begeben. Dieses Mal hatten sie ihren Kindern Plakate gemacht, weil sie erfahren hatten, daß die Kinderschule geschlossen werden sollte. Zum Ausdruck wurde gebracht, daß die Eltern mit Rücksicht auf die Wünsche der Kinder die Kinderschule Finkenstraße behalten wollen und alle freiwilligen Helfer!
Es erschien etwa um zwölf Uhr Herr Urbrock als Vertreter des Ausschusses des Gesamtverbandes, um die Kinderschule zu schließen. Die Kinder und Eltern bedrängten ihn nun mit der Frage, warum die Kinderschule geschlossen werden soll und die freiwilligen Helfer ausgebootet werden sollen. Dieses konnte er uns nicht beantworten.

Was sollen wir tun, wo sollen wir mit den Kindern hin?

Wir fordern den Gesamtverband auf, die Kinderschule Finkenstraße im Interesse der Eltern und Kinder nicht zu schließen!!

Wir fordern den Gesamtverband auf, keine Helfer rauszuschmeißen!

Auf dieses Warum gibt es keine Antwort! Darum werden wir weiter kämpfen!

Nachbarn, kommt zur Demonstration für die Kinderschule!
Treffpunkt: am Donnerstag, den 21. März um 16.30 Uhr vor der Kinderschule, Finkenstraße 26.

Schließt Euch an im Zug zur Petruskirche!

Eltern der Kinderschule Finkenstraße

Aufruf der KSF-Eltern zur Demonstration (Abschrift)

an alle Bewohner der sogenannten Vogelsiedlung

Bremerhaven, den 18.3.1974
Laßt Euch die Kinderschule vom Gesamtverband und der Stadt nich nehmen, denn wir brauchen sie in der bisherigen freien Form für unsere Kinder!!

samtverband und der Stadt nich nehmen, denn wir brauchen sie in der bisherigen freien Form für unsere Kinder!!

Vor zwei Jahren wurde diese Kinderschule von einer demokratischen Helfergruppe mit finanzieller Unterstützung der Petrusgemeide Grünhöfe ins Leben gerufen. Für uns Bewohner war dies etwas völlig Neues! Denn nach fast 30 Jahren des Nichtstuns durch „soziale Stadt- und Kirchenbehörden" sollte auch mal etwas für unsere Kinder getan werden. Und tat sich etwas?

Diese Frage kann man nur mit einem Ja beantworten! Denn die Arbeit mit den Kindern fiel für unsere Kinder sehr sehr positiv aus.

1. Die Eltern (Mütter) konnten ihre Kinder für ein paar Stunden am Tag in der Kinderschule lassen und hatten somit auch einmal Zeit, ein wenig Luft zu holen, oder konnten wichtige Dinge erledigen, ohne daß sich die Frage aufwarf: wohin mit den Kindern?
Und alles dieses kostenfrei!
2. Die Kinder hatten endlich eine Kinderschule, wo sie frei von übertriebenem Druck der Erwachsenen spielen und sich frei entfalten konnten. Wo ihnen Schularbeitenhilfe gegeben wurde, was sich auch auf die Zeugnisse wieder positiv auswirkte. Die Schulleistungen wurden sichtbar besser!

Zusätzlich wurde Elternarbeit betrieben, um somit einen guten Kontakt zwischen Eltern und Helfern herzustellen. Auch diese Arbeit fiel wiederum positiv aus! Dieses wurde sichtbar, als im Jahre 1973 die letzten Bewohner der Siedlung ohne Mietvertrag ins Obdachlosenasyl Spadener Platz abgeschoben werden sollten, etwa zehn bis dreizehn Familien. Hier kam die erste Bewohnerinitiative zustande. Mit Hilfe der Helfer und sich solidarisch verhaltender Mitbewohner erkämpften sie sich ihre Mietverträge und erhielten sich mit diesem Kampf ihre Wohnungen. Hier wurde uns klar (aber auch der Stadt und der Kirche), was man mit einer starken Bewohnerinitiative erreichen kann. Um diese Bewohnerinitiative aufrecht zu erhalten und zu verstärken, wurde eine Bewohnergruppe gebildet, die sich aus aktiven Anwohnern und Helfern zusammensetzt. Aufgabe dieser Bewohnergruppe ist es, die Interessen der Bewohner wahrzunehmen und wichtige Informationen in Form der Bewohnerzeitung: PACK AN an die Bewohner der Siedlung weiterzugeben. Dieses konnte natürlich nicht im Sinne der Stadt (SPD) und Kirchenverwaltung als finanzieller Träger sein.

Die Reaktion von Kirche und Stadt kam auch sofort. Da kam auf einmal die Meinung auf, man könne so nicht weiter mit den Helfern zusammenarbeiten. Dieses ist eigentlich sowieso unverständlich, denn die Arbeit wurde immer von den Helfern alleingemacht, und die Kirche gab nur etwas Geld! Eltern und Helfer waren nach schweren Bedenken schließlich bereit, einer Viertelparität zuzustimmen, also Mitbestimmung, aber das wurde glatt unter den Tisch gefegt. Es tauchte nun die Meinung auf von Halbparität, d.h.: Träger sind Stadt und Gesamtverband der Kirche allein. Das bedeutet:

de glatt unter den Tisch gefegt. Es tauchte nun die Meinung auf von Halbparität, d.h.: Träger sind Stadt und Gesamtverband der Kirche allein. Das bedeutet:

Ausbooten der Helfer und Eltern und Zerschlagung der Bewohnerinitiative, Schließung der Kinderschule in der bisherigen Form. Um sie anschließend in „besserer Form" (in ihrem Sinne u. Interesse) neu zu eröffnen.

Wohin gehen unsere Kinder aber in dieser Zeit?
Wo doch eine Ausweichmöglichkeit nicht vorhanden ist! Darüber machen sich diese Herren vom Gesamtverband u. von der Stadt keine Gedanken! So wie sich die Herren in all den Jahren keine Gedanken über uns gemacht haben, über uns, die sogenannte „Randgruppe". Die Herren von der Stadt (SPD) haben erkannt, daß wir nicht mehr die Rolle der Randgruppenmitglieder spielen wollen, die sie uns in all den Jahren zugedacht haben. Und daher versuchen sie auch, alle Aktivitäten in dieser Richtung im Keim zu ersticken. Der Höhepunkt wurde erreicht, als am 14.3. Herr Urbrock vom kirchlichen Gesamtverband mittags gegen 12 Uhr erschien, Kündigungen an die festen Mitarbeiter verteilte u. die Herausgabe der Schlüssel der Kinderschule verlangte. Dieses gelang ihm aber in keiner Weise!

Die Eltern, Kinder und Helfer besetzten die Kinderschule. Auch seine mehrfache Aufforderung an die Besetzer, die Kinderschule zu verlassen, hatte keinen Erfolg! Auch die von Herrn Urbrock herbeigerufene Polizei änderte nichts daran. Erfolglos mußte Herr Urbrock abziehen! Die Kinderschule wird weiter besetzt gehalten, und die Kinderarbeit normal weitergeführt, soweit es geht, dies auch, obwohl alle finanziellen Mittel ab sofort gestrichen sind. Wir wollen auf alle Fälle die Kinderschule in ihrer bisherigen Form aufrechterhalten, dafür werden wir kämpfen! DARUM, BEWOHNER DER SIEDLUNG, STELLT EUCH ALLE GESCHLOSSEN HINTER DIE KINDERSCHULE UND ERKLÄRT EUCH MIT IHR SOLIDARISCH!! Denn wir brauchen die Kinderschule in der bisherigen Form für unsere Kinder und für uns.

Kommt zur Demonstration für die Kinderschule am Donnerstag, 21. März! Von der Kinderschule zur Petruskirche! Treffpunkt: 16.30 Uhr vor der Kinderschule!

presse-rechtlich verantwortlich:
J. Beilken.
Erscheinungsdatum: 20.3.1974

Die erste Ausgabe der Bewohner-Schrift „Pack an"

Forts. Kinderschule

Mit diesen Forderungen solidarisierten sich über 100 Bewohner der sog. „Vogelstraßensiedlung" (die Mehrzahl aller Bewohner) sowie bisher über 1000 weitere Bürger Bremerhavens. Die Unterschriftensammlungen werden fortgesetzt.

Am 21.3. wurde eine Demonstration durch Grünhöfe zur Petruskirche durchgeführt, an der sich ca. 150 Erwachsene sowie zahlreiche Kinder beteiligten. Auf der abschliessenden Kundgebung unterstrichen Vertreter der Bewohner und der Mitarbeiter ihre Bereitschaft, für die KSF zu kämpfen und entlarvten die Angriffe auf die KSF.

Die Aktionen und das ganze Vorgehen der KSF zeichnen sich durch eine große Solidarität zwischen Eltern und Mitarbeitern aus. Aktiv beteiligen sich die Eltern an der Besetzung der KSF und unterstützen die Mitarbeiter, wo es nur geht. In einigen Flugblättern informierten sie die Anwohner über die Ereignisse ihre Forderungen.

So schreiben sie in der Bewohnerzeitung „Pack an", daß *„die Arbeit mit den Kindern für unsere Kinder sehr, sehr positiv"* ausfiel. Und: *„Wir wollen auf alle Fälle die Kinderschule in ihrer bisherigen Form aufrechterhalten, dafür werden wir kämpfen!... Denn wir brauchen die Kinderschule in der bisherigen Form für unsere Kinder und für uns."* („Pack an" vom 20.3.).

In einem Leserbrief an die NZ hieß es: *„Die Eltern wollen die Kinderschule Finkenstraße und alle freiwilligen Helfer und festen Mitarbeiter behalten!...Wir fordern den Gesamtverband der ev.-luth. Kirche auf, die Kinderschule im Interesse der Kinder und Eltern nicht zu schließen! Wir fordern den Gesamtverband auf, keine Helfer rauszuschmeißen! Wir werden uns dagegen weiterhin entschlossen zur Wehr setzen!"* (Aus NZ vom 26.3.).

Immer wieder: Spaltungsversuche der Presse

In der bürgerlichen Presse, vor allem in der SPD-Zeitung BBZ, wird eine massive Hetzkampagne gegen die KSF betrieben.

So hieß es in der BBZ vom 15.3.: *„Nach und nach jedoch stießen zu dem Kreis der Helfer Anhänger der äußersten Linken...In Einzelfragen in sich zerstritten, hätte dieser 'Kern' sich vermutlich nicht zum Wortführer aufschwingen können, wenn die Gesamtgruppe sich nicht in ihrer Existenz bedroht gefühlt hätte."*

D.h. doch nichts anderes, als daß „Anhänger der äußersten Linken" die jetzige Entwicklung zu verantworten haben und daß vorher alles so ablief, daß Stadt und Gesamtverband nicht hätten einzugreifen brauchen. Und weiter: *„Die zuständigen Beschlußgremien des ev.-luth. Gesamtverbandes sahen sich zur vorübergehenden Schließung veranlaßt, nachdem ein Teil (!) der freiwilligen Helfer in dieser Einrichtung ihre seit Monaten gegen Kirche, Stadt und diese Gesellschaft generell geführte Kampagne auf einen neuen Höhepunkt getrieben hatten."* (BBZ, 15.3.).

Auf diese Weise versuchen diese Herrschaften einen Keil zwischen die Mitarbeiter zu treiben, indem sie einem Teil der Mitarbeiter die Schuld zuschieben und den anderen Teil so zu einer Distanzierung bewegen wollen. Tatsache ist allerdings, daß alle Schritte und Aktionen des Mitarbeiterkreises gemeinsam besprochen und beschlossen wurden. Es hat sich auch gezeigt, daß niemand auf derart plumpe Spaltungsversuche hereinfällt. Deshalb orientierte die SPD ihre Hetze auch schnell um. Es kommt ihr jetzt darauf an, einen Keil zwischen die „Extremisten" und die Eltern zu treiben, indem sie frech behauptet: *„Die Hausbesetzer verhindern Ausbau der Kinderschule"* und *„....blockieren die Extremisten aus der freiwilligen Helfergruppe seit Ende der letzten Woche die Absicht des ev.-luth. Gesamtverbandes, in Kürze mit weiteren hauptamtlichen Kräften auf breiterer Basis und in renovierten Räumen einen neuen Anfang zu machen."* (BBZ, 22.3.)

Durch die Besetzung, durch die Weiterführung der Kinderarbeit, dadurch, daß die Kinder nicht sich selbst überlassen werden, wird also angeblich der Ausbau verhindert, für den die Pläne noch nicht einmal fertig sind!

Den Eltern soll so weisgemacht werden, daß die Helfer gegen ihre Interessen handeln. Wohlweislich wird auch verschwiegen, daß alle Aktionen von den Eltern mitgetragen werden. In der Öffentlichkeit wird so der Eindruck erweckt, als handle es sich bei den Mitarbeitern um eine Gruppe von „Linksradikalen", die darauf aus sei, auf Kosten der Interessen der Bewohner ihre *„eigenen Bedürfnisse zu befriedigen."* (BBZ, 22.3.)

Bewohner ihre „eigenen Bedürfnisse zu befriedigen." (BBZ, 22.3.)

Aber es kommt noch schlimmer: *„Von den Initiatoren, die bereits im Dezember Schützenhilfe durch den maoistischen Kommunistischen Bund erhielten* (gemeint ist unser Artikel im AK 37) *(werden) skrupellos Kinder eingesetzt."*

Jetzt ist es nur noch ein kleiner Schritt zu der Behauptung, daß Kommunisten kleine Kinder fressen!

Es ist immer wieder das gleiche: Setzen sich Teile der Bevölkerung für ihre Interessen ein und geraten deshalb in Konfrontation zu diesem Staat, sind sie allemal von Kommunisten „verhetzt", sind womöglich selbst „Chaoten" etc. Durch eine derartige Hetze und bewußte Lügen soll in der Öffentlichkeit, in Anknüpfung an noch vorhandene antikommunistische Stimmungen die Arbeit der KSF verunglimpft und die Entwicklung einer breiten Solidarität verhindert werden. Wichtiges Ziel dieser Hetzkampagne ist außerdem der Versuch einer Isolierung der Bewohner der sog. „Vogelsiedlung" vom Rest der Bremerhavener Bevölkerung, soll die exemplarische Bedeutung des Kampfes der Siedlungs-Bewohner auch für andere Menschen wieder zunichte gemacht werden.

AUCH DIE DKP AUF CHAOTEN-JAGD

Im bürgerlichen Chor gegen die „Chaoten" singt die DKP eine besonders schrille Oberstimme. In der Februar-Nummer des „Roten (!) Heidjer", Wohngebietszeitung der DKP in Leherheide (Bremerhaven) werden unter der vielversprechenden Überschrift **„Die mit dem 'Arbeiterkampf' sind Chaoten – Wer sind sie und was wollen sie?"** die Kommunisten als *„Klugscheißer, Spinner, Idioten, Phrasendrescher"* beschimpft.

Es heißt in diesem Schweinspapier dann u.a.: *„Würde man ihr radikales Wortgeprassel Ernst nehmen, müßten die Arbeiter ununterbrochen streiken, den Kapitalisten bis zu ihrer Ausrottung einheizen, mit bewaffneten Aufständen und Revolution spielen sie wie die Kinder mit der Spielzeugkiste."*

„Den Kapitalisten bis zu ihrer Ausrottung einheizen", o Gott, welch schrecklicher Gedanke. Mit solchen, von den „Chaoten" Marx, Engels und Lenin propagierten Zielen hat die DKP tatsächlich „nicht das mindeste zu tun!"

Weiter heißt es: *„Die geistigen und organisatorischen 'Köpfe' die diese Chaoten-Gruppen KBW, KPD/ML und andere schufen, sind Söhne steinreicher Eltern. Sie müssen deshalb anonym bleiben".*

Als Beweis wird *„der Sohn des Multimillionärs"* Semmler von der „KPD" angeführt. Nun ist zum ersten möglicherweise sogar den antikommunistischen Dreckspatzen von der DKP bekannt, daß auch der „Chaot" Friedrich Engels Sohn eines Kapitalisten war (was es ihm u.a. ermöglichte, die wissenschaftliche Arbeit von Karl Marx zu unterstützen). Zum zweiten aber: was hat Semmler mit dem ARBEITERKAMPF zu tun?

Schließlich: *„Die Aufgabe dieser Chaoten-Gruppen: Wo sie hinkommen, wo sie auftreten, bemühen sie sich, alles totzureden, alles zu zerreden, bis alle Ansätze gemeinsamer Aktionen in einem Chaos enden. Chaos, das wollen und sollen sie! Die Gewerkschaft, die größte Errungenschaft der Arbeiterklasse zerstören, die Arbeiterklasse spalten, dafür werden sie von den Konzernen und den Geheimdiensten, wie dem Amt für Verfassungsschutz finanziert und gefördert."*

Die DKP-Führer werden mit solchem Schweinkram dieselbe Erfahrung machen, die sie der SPD immer vorhalten: Antikommunismus zahlt sich nicht aus!

DIE „CHAOTEN SIND AN ALLEM SCHULD"

Um seinen arbeiter- und volksfeindlichen Maßnahmen einen „populären" Anstrich zu geben, hat der bürgerliche Staat schon seit eh und je vom Mittel des Antikommunismus Gebrauch gemacht. Einige „hinterhältige Extremisten" hätten sich eingeschlichen, würden jetzt ihr „eigenes Süppchen kochen", die Interessen der Menschen listig „vor den eigenen Karren spannen", tatsächlich vertreten sie ganz andere Ziele, wollen bloß „das Chaos" usw. usf. und deswegen müsse man jetzt energisch einschreiten, den „Zug stoppen, bevor er entgleist" etc. Es ist immer dieselbe Platte, die der bürgerliche Lumpenjournalismus auflegt, egal ob es um die Diffamierung eines Streiks, einer Mieterinitiative, einer fortschrittlichen Schul-Arbeit usw. geht.

Im Streit um die Bremerhavener KSF war es insbesondere die sozialdemokratische BBZ, die die antikommunistische Hetze verbreitete. Als Kostprobe dazu, drucken wir hier den Auszug aus einem BBZ-Artikel des Sozialdemagogen H.J. Rehberg vom 15.3.74 zu diesem Thema ab:

„Schützenhilfe von Maoisten
Während sich die Beschlußgremien des Stadtparlamentes seit Jahr und Tag bemühten, die Kinderschule auf eine finanziell und pädagogisch gesunde Basis zu stellen und zu einer regulären Einrichtung im Randbereich der öffentlichen Jugendarbeit, getragen von Stadt, Kirche und freiwilligen Helfern, zu machen, kamen seit Bekanntwerden dieser Absichten aus dem Kreis der freiwilligen Helfer nur noch ideologisch motivierte Querschüsse. Flugblattaktionen, Presseberichte enthielten Polemiken und Verunglimpfungen übelster Art. Höhepunkt dieses einseitig geführten Feldzuges war im Dezember 1973 ein anderthalb Druckseiten umfassender Artikel im Zentralorgan des Kommunistischen Bundes 'Arbeiterkampf', in dem volle Breitseiten vor allem gegen sozialdemokratische Mitglieder des um eine breitere Trägerschaft für die Kinderschule bemühten Jugendausschusses abgefeuert wurden.
Das Impressum des „Arbeiterkampf" weist namentlich als Mitverantwortlichen den früheren Bremerhavener Schülerfunktionär Jürgen Reents aus. Der Kommunistische Bund ist eine maoistische Gruppierung von Extremisten, die unter dem Sammelbegriff „Chaoten" einzuordnen sind.

Kinder als Systemüberwinder
Ein Angelpunkt der Auseinandersetzung war die Auffassung des Jugendausschusses, auch die Kinder aus Randgruppen hätten ein Recht darauf, für diese Gesellschaft mit ihren harten Anforderungen lebenstüchtig gemacht zu werden.
Die pädagogischen Konzepte der Schüler und Studenten aus dem freiwilligen Helferskreis zielten jedoch mehr auf das Gegenteil, nämlich auf das Erziehen von Kindern zu aktiven Systemüberwindern, vorsichtig ausgedrückt.
Diese Absicht war in vorliegenden Konzepten klar nachzulesen. Und über diese Absicht gab es harte Diskussionen zwischen Mitgliedern des Jugendausschusses und Teilen der Helfergruppe.
Das publizistische Feuer aus dem „Arbeiterkampf", aber auch die geschickte Öffentlichkeitsarbeit mit unverdächtigeren Publikationen brachte bei den Verantwortlichen in Bremerhaven niemanden von der sachlichen Linie ab.

Flugblattaktionen
Der Evangelische Gesamtverband sieht das auslösende Moment für seine Entscheidung zu einer vorübergehenden Schließung der Einrichtung so: „In die Überlegungen über die praktische Gestaltung der Weiterarbeit platzte das Flugblatt 'Pack an' der Bewohnergruppe vom 24.2.1974 deren Sprecher identisch sind mit den Wortführern des Mitarbeiterkreises. Dieses Flugblatt charakterisiert die negative Einstellung und destruktive Haltung des Mitarbeiterkreises zum kirchlichen Träger. Die polemische Agitation bringt eindeutig zum Ausdruck, daß eine Zusammenarbeit mit diesem Kreis nunmehr vollends unmöglich geworden ist. Offenbar besteht auch keine Aussicht mehr, bereitwillige Mitarbeiter aus diesem Kreis zu gewinnen, da sich in kritischen Augenblicken alle immer wieder miteinander solidarisieren."

(Aus BBZ vom 15.3.74: „Für Kinderschule in der Finkenstraße neuer Anfang nötig").

Der Kampf geht weiter

Der Kampf um die KS muß aktiv weitergeführt werden. Die notwendigen Voraussetzungen hierfür sind vorhanden. Es kommt vor allem darauf an, die bereits herrschende Einheit zwischen Eltern und Mitarbeitern zu vertiefen und weitere Teile der Bewohner der Siedlung mit einzubeziehen. Die hierzu notwendige „Kleinarbeit", die Gespräche mit den Bewohnern, ist nicht zuletzt bei uns Kommunisten noch immer zu kurz gekommen. Die angesichts der massiven materiellen und propagandistischen Angriffe bestehende Gefahr des Zurückweichens muß bekämpft werden. Diesen Angriffen muß auch über die Siedlung hinaus aktiv entgegengetreten werden. Erste Schritte hierzu waren Flugblatt-Aktionen und Leserbriefe an die NZ, die zu den Angriffen, vor allem gegen die Verunglimpfungen der Kinderarbeit, Stellung nahmen. Eine noch umfassendere Information wird notwendig sein, um eine noch breitere Solidarität herzustellen, die die Position der Bewohner und Mitarbeiter stärkt und in der Lage ist, die Angriffe der SPD und der Kirche zurückzuweisen.

Die Bedeutung des Kampfes geht allerdings über den unmittelbaren Rahmen der Kinderschule hinaus. Die Erfahrungen mit „sozialdemokratischer Kommunalpolitik" und weitere Erfahrungen müssen und können genutzt werden, um auch den Kampf zur Durchsetzung weitergehender Forderungen – Verbesserungen der Wohnsituation z.B. – mit dem notwendigen Maß an Bewußtheit zu führen.

Auch wenn der Kampf um die Kinderschule jetzt auf der Tagesordnung steht, dürfen wir die anderen Probleme der Bevölkerung – und die sind in diesem Viertel an allen Ecken und Kanten anzutreffen – nicht aus den Augen verlieren.

Für uns Kommunisten stellt sich die Aufgabe, den Kampf der Bevölkerung und der Mitarbeiter der KSF noch aktiver zu unterstützen, mehr politische Klarheit zu schaffen und eine noch stärkere Verbindung zu den Bewohnern herzustellen.

Um die Finanzierung der Flugblätter u.ä. und die vorläufige Weiterführung der Kinderarbeit zu sichern, ist die Kinderschule auf materielle Unterstützung angewiesen. •

Spendenkonto:
„Spende für die Kinderschule"
Städtische Sparkasse Bremerhaven
Konto-Nr.: 46 86 11 05

Ankündigung:
In Kürze werden wir zu den Vorgängen um die Kinderschule Finkenstraße eine Broschüre herausgeben. Diese wird über das ARBEITERBUCH erhältlich sein. Vorbestellungen an
ARBEITERBUCH
285 Bremerhaven

Sonnenstr. 8

Vertriebsorganisation der KB Gruppe Bremerhaven

Aufruf

UNTERSTÜTZT DIE INITIATIVE SELBSTVERWALTETES JUGENDZENTRUM (SJ)

Liebe Genossen,
die Initiative Selbstverwaltetes Jugendzentrum (ISJ) wurde Anfang Mai 1973 in Wuppertal gegründet. Sie hat sich zum Ziel gesetzt, gegen den Willen der Stadtverwaltung ein selbstverwaltetes Jugendzentrum zu erkämpfen, in dem die Jugendlichen über ihre Freizeit ohne Kontrolle wirklich selbst bestimmen können.

Der SPD-Stadtrat und die ganze Stadtverwaltung standen der ISJ von Anfang an feindlich gegenüber. Deshalb waren wir gezwungen, zur Selbsthilfe zu greifen:

Am 15.9.73 besetzten wir mit über 100 Jugendlichen eine leerstehende Villa, um unserer Forderung Nachdruck zu verleihen. Während die etwa 150 Jugendlichen vor dem Haus von zwei Hundertschaften brutal weggetrieben wurden, drangen andere Polizisten gewaltsam in das besetzte Haus ein und verhafteten 106 Jugendliche. Diese 106 stehen jetzt vor Gericht. Die über 18-Jährigen werden zu Geldstrafen zwischen 100,– und 400,– DM verurteilt. Die Gesamtstrafe beträgt etwa 20.000,– DM!

Bei einer weiteren (mißlungenen) Hausbesetzung am 16.2.74 nahm die Polizei 9 Jugendliche fest, die sich als „Rädelsführer" laut Presseberichten zu verantworten haben wegen: Körperverletzung, Hausfriedensbruch, Beleidigung, versuchte Gefangenenbefreiung, Widerstand und Verstoß gegen das Versammlungsgesetz. Es ist zu erwarten, daß die Strafen für diese 9 wesentlich höher liegen werden als 100,– oder 400,– DM!

Bei einem Taschengeld von 20,– DM oder einem Lehrlingslohn von 200,– DM ist es vielen Jugendlichen nicht möglich, die Strafe selbst zu bezahlen. Und der ISJ ist es nicht möglich, ohne massive finanzielle Hilfe
Unterstützung die Verurteilten zu unterstützen.

Deshalb, Genossen, fordern wir Euch auf, unsere Konto-Nummer zu veröffentlichen und zu Geldspenden unter dem Stichwort „Prozesse" aufzurufen!
Vielen Dank im voraus
Rot Front! Die Finanzgruppe der ISJ

SPENDEN AN: Initiative Selbstverwaltetes Jugendzentrum (ausschreiben!) Wuppertal (Giro)Konto-Nummer 93 167 87 Stichwort „Prozesse"

Generelles Ordnungsrecht für die westdeutschen Universitäten geplant!

Der Abbau demokratischer Rechte wird wie in allen gesellschaftlichen Bereichen auch an den Universitäten von der Bourgeoisie zügig vorangetrieben. Wie die Bourgeoisie mit Provokationen, Klassenjustiz und Polizeiterror gegen die Studenten der Frankfurter Universität, die für die Verteidigung ihrer während der Studentenrevolte erkämpften demokratischen Rechte eintraten, vorging, berichteten unsere Frankfurter Genossen in AK 40. Sie stellten fest:

„Die Provokation der Auseinandersetzungen hat zum Ziel, die seit langem geplante Hochschul,reform' und Maßnahmen wie das Ordnungsrecht durchzusetzen und zwar so, daß das harte Vorgehen, welches notwenig ist, um die ,Reform' gegen den Willen der Studenten durchzusetzen, als Reaktion auf die ,kriminellen Handlungen kommunistischer Gruppen' hingestellt werden kann." Diese Einschätzung wurde durch die folgenden Ereignisse voll bestätigt!

Von der Rechtsabteilung der Frankfurter Universität wurde inzwischen ein Entwurf für ein Ordnungsrecht unter dem Titel „Hausordnung" vorgelegt. Diese „Hausordnung" sieht Disziplinarmaßnahmen gegen alle Universitätsangehörigen vor, die in irgendeiner Weise die „Funktionsfähigkeit der Universität beeinträchtigen".

In § 2 der „Hausordnung" wird festgestellt: *„Als Hausordnungsverstoß ist es anzusehen, wenn ein Mitglied der Universität die Durchführung von Lehrveranstaltungen, den Forschungsbetrieb, die Tätigkeit der Organe oder Gremien oder die sonstige Verwaltung stört oder behindert, ..."*

Wie dieser Gummiparagraph in Zukunft angewandt werden soll, liegt auf der Hand. Kritik in den Lehrveranstaltungen kann als „Nötigung" ausgelegt und bestraft werden, politische Betätigung linker Hochschulgruppen wird zum „Hausfriedensbruch".

Mit dem neuen „Hausrecht" wird dem Universitätspräsidenten ein Katalog abgestufter Disziplinarmaßnahmen an die Hand gegeben. Im äußersten Fall sollen oppositionelle Studenten bis zu einem Jahr vom Studium ausgeschlossen werden.

Damit die Willkürherrschaft des Universitätspräsidenten nicht so offensichtlich wird, ist ein sogenannter „Schlichtungsausschuß" mit studentischer Beteiligung (!) vorgesehen. Dieses scheindemokratische Manöver ist allerdings allzu plump. Denn erstens werden die Studentenvertreter sowieso in diesem Schlichtungsausschuß nur eine Minderheit bilden, und zweitens können nur der Professorenschaft genehme „Studentenvertreter" in den Ausschuß gewählt werden, weil die „Studentenvertreter" nicht direkt von der Studentenschaft gewählt werden sollen, sondern vom Universitätskonvent. Im Konvent haben aber die Hochschullehrer die Mehrheit.

Mit der neuen „Hausordnung" in Frankfurt gibt sich die Bourgeoisie aber beileibe noch nicht zufrieden. Geplant ist ein einheitliches Ordnungsrecht für die gesamte BRD und Westberlin, das weitaus schärfer gefaßt werden soll als die Frankfurter „Hausordnung".

Als Vorbilder dienen die entsprechenden Paragraphen in den Hochschulgesetzen der von der CDU/CSU regierten Länder Bayern und Baden-Württemberg. Auch die Praktizierung des Ordnungsrechts in diesen Ländern ist „vorbildlich": allein in Heidelberg laufen z.Z. über 70 (!) Strafverfahren gegen linke Studenten, die im letzten Semester die reaktionäre Ausrichtung der Universitäten nicht kampflos hingenommen haben.

Die im Zusammenhang mit den Auseinandersetzungen in Frankfurt laufende Hetzkampagne gegen die Studentenbewegung in den bürgerlichen Zeitungen bereitet das richtige Klima für den Ruf nach Recht und Ordnung. So z.B. die „Welt": **„Erst dann, wenn die Schläger der akademisch-proletarischen Banden (!) durch Hausverbote, empfindliche Geld- und Haftstrafen und durch die Relegation in die Isolation gedrängt werden können, wird das Ausmaß der Gewalt an unseren Hochschulen zurückgehen."** (17.1.)

„Unter dem Eindruck der Frankfurter Ereignisse" wird dieser Standpunkt inzwischen auch von der Westdeutschen Rektorenkonferenz (WRK) vertreten, die sich bisher gegen ein Ordnungsrecht ausgesprochen hatte. Von der früher scheinheilig geforderten „politischen Auseinandersetzung" mit linken Studenten ist nicht mehr die Rede. Der WRK-Vorsitzende Rölleke erklärte, man müsse renitente „Störer" wie Betrunkene im Museum behandeln, die man kraft Hausrecht vor die Tür setzen könne. Sein Nachfolger, der Wirtschaftsjurist Knopp, ergänzt ihn: es gehe darum, „für Extremtäter die scharfe Waffe der Relegation" einzusetzen.

Ebenso setzt sich jetzt die SPD offen für ein Ordnungsrecht ein. Eine Konferenz aller sozialdemokratischen Kultusminister gab Anfang Februar ihre „grundsätzliche Zustimmung" für eine bundeseinheitliche Regelung zum „Schutze der Reformen" (?!). Nach dem bekännten SPD-Motto „Einer muß der Bluthund sein" (Noske) will sich Bildungsminister Dohnanyi für die Aufnahme eines scharfen Ordnungsrechts in sein geplantes Hochschulrahmengesetz (HRG) einsetzen.

Schon tauchen Vorschläge auf, die noch über die in Baden-Württemberg praktizierten Disziplinarmaßnahmen (Höchststrafe: Ausschluß vom Studium für zwei Jahre) hinausgehen. Jetzt, wo die SPD bereits voll hinter dem Ordnungsrecht in Baden-Württemberg und Bayern steht, fordert die CDU/CSU als härteste Maßnahme den Ausschluß von allen Hochschulen der BRD auf Lebenszeit.

Praktisch führt aber schon ein zweijähriger Ausschluß zu diesem Ergebnis. Denn das neue HRG (Hochschul-Rahmen-Gesetz) sieht generell Regelstudienzeiten vor, wie sie in einigen Bundesländern bereits vorweg eingeführt wurden (z.B. in Hamburg). Regelstudienzeit bedeutet, daß ein Studium nach einer bestimmten Anzahl von Studiensemestern abgeschlossen sein muß. Wenn diese Regelstudienzeit nicht eingehalten werden – und das wird bei Studenten, die zu einer ein bis zweijährigen Strafpause verurteilt werden, zwangsläufig der Fall sein – sollen die betroffenen Studenten ihren Studienplatz verlieren.

Die neue CDU/CSU-Forderung hat also keinen anderen Zweck, als für den parlamentarischen Kuhhandel mit der SPD einen neuen „Verhandlungsspielraum" zu setzen, um darüber hinwegzutäuschen, daß im Grunde im Lager der Bourgeoisie volle Einigkeit besteht. Denn die SPD-Regierung setzt genau wie die CDU/CSU auf den Polizeiknüppel, um die Hochschulen zu „reformieren".

So besteht auch Einigkeit in dem Punkt, daß in Zukunft nicht mehr die Universitätsrektoren das Ordnungsrecht anwenden sollen, sondern ein extra dafür eingesetzter Staatskommissar; auch nach baden-württembergischem Vorbild. Und das, obwohl die WRK ihre vollste Zustimmung zu dem harten Kurs bekundete, indem sie sich für ein Ordnungsrecht aussprach und z. B. ohne Gegenstimme das Verbot des „Kommunistischen Studentenverbandes" (KSV) forderte. Dahinter steht die Erwägung, daß Universitätsrektoren anders als Staatskommissare von Fall zu Fall auf die Bedenken gemäßigterer Hochschullehrer Rücksicht nehmen müßten.

Die Forderung nach einem Ordnungsrecht ist so alt wie die demokratische Studentenbewegung. Worum es der Bourgeoisie jetzt jedoch geht ist, das Ordnungsrecht auch tatsächlich durchzudrücken als ein Instrument zur endgültigen Zerschlagung der Studentenbewegung. Daß es dabei nicht nur gegen d' „Linksradikalen" geht, sondern um . e Ausmerzung jeder demokratischen und kritischen Regung an den Universitäten, wird offen zugegeben. Wie bei den Berufsverboten für Lehrer und andere Beamte ist die Einschüchterung der Masse der Studenten ein entscheidender Punkt im Kalkül der Bourgeoisie. So erklärten die sozialdemokratischen Kultusminister, ein Ordnungsrecht solle vor allem *„Mitläufer und Sympathisanten und solche Studenten, die lernwillig sind, abschrecken und so den ,harten Kern' isolieren."*

Die fortschrittlichen Studenten werden sich auf eine Fortsetzung der Provokationsstrategie à la Frankfurt von Seiten der Bourgeoisie und ihrer Handlanger in den Universitäten, um so die richtige „Stimmung" und „Legitimation" für die Durchführung ihrer reaktionären Pläne zu schaffen, einstellen müssen. Wenn auch das Kräfteverhältnis an den Universitäten für die fortschrittlichen Kräfte zunehmend ungünstiger wird, wäre ein Zurückweichen falsch. Einzig in der Organisierung des Abwehrkampfes und der Orientierung auf den gemeinsamen Kampf mit der Arbeiterklasse gegen die Faschisierung von Staat und Gesellschaft liegt die Perspektive, die eine Wende bringen kann. ●

– Genossen des SSB, Hamburg –

"Für die Zukunft unserer Kinder ist das Beste gerade gut genug" (SPD-Programm)

„Alle Deutschen haben das Recht, Beruf, Arbeitsplatz und Ausbildungsstätte frei zu wählen." So steht es im Grundgesetz, Artikel 12.

Doch wie die Praxis westdeutscher Universitäten seit Jahren zeigt, wird laufend gegen das Grundgesetz verstoßen. In der Mehrzahl der Studienfächer an allen BRD-Universitäten bestehen seit Jahren Aufnahmebeschränkungen. Der „Numerus Clausus" geht um, und für immer mehr Oberschüler werden die Zukunftsversionen zu -visionen! Davon, daß *„die Bildung und Forschung die entscheidenden Aufgaben der siebziger Jahre"* sind, wie es im 69er Regierungsprogramm der SPD formuliert ist, – ist nichts zu sehen.

Die neuesten Zahlen über das Angebot von Lehrstellen widersprechen den „entscheidenden Aufgaben" der SPD noch deutlicher: So wird es 1973/74 lediglich noch 300.000 Ausbildungsplätze in der BRD geben. 1970/71 waren es noch doppelt so viel: ca. 600.000. Der Rückgang der Zahl der Lehrstellen wird im gesamten süd- und südwestdeutschen Raum zum Vorjahr auf ca. 20% geschätzt. In Mannheim werden Schulabgänger wie beim „Numerus Clausus" an den Unis nach Schulzensuren gesiebt!

Das innerhalb von knapp drei Jahren um die Hälfte verringerte Lehrstellenangebot wird in der Konsequenz einerseits in Gebieten mit geringer Industrieansiedlung (Ost-Bayern/Gebiete in Schleswig-Holstein und Niedersachsen etc.) zum erheblichen Anstieg der Früharbeitslosigkeit führen oder andererseits in industriellen Gebieten zur Vergrößerung des Hilfsarbeiterpotentials. So werden allein in Baden-Württemberg dieses Jahr ca. 48.000 Schulabgänger keine Ausbildung machen können. In Rheinland-Pfalz ca. 19.000 (Zahlen aus: „Bild", vom 26.3.)

„So sorgt die SPD für mehr Gleichheit in der Bildung.

So werden mehr Schüler mehr lernen und mit größeren Chancen in ihren Beruf gehen.

Für die Zukunft unserer Kinder ist das beste gerade gut genug." (Aus: Regierungsprogramm der SPD, 1969)

CDU-Rattenfänger

Für besonders geschickt hält die CDU offenbar ihre Kommentare zum verringerten Lehrstellenangebot. Ursache seien die *„Bonner Bildungspläne"* und die *„immer politisierenden Jugendvertreter, die Unruhe schaffen."* Daß die Kapitalisten zunehmend nur noch eine kleine hochqualifizierte Schicht von Arbeiteraristokraten für Leitungsaufgaben im technischen Bereich der Produktion brauchen und andererseits eine breite ungelernte und natürlich auch schlecht bezahlte Schicht von Hilfsarbeitern, ist natürlich Ausdruck der verringerten Lehrstellen und anderer Pläne im Ausbildungssektor (z.B. Stufenausbildung, Blockunterricht etc.).

(Eine ausführliche Analyse der Pläne der Kapitalisten im Ausbildungsbereich, ihre Ursachen und die geplante „Reform der beruflichen Bildung" der Sozialdemokraten werden wir im nächsten UNSER WEG veröffentlichen.)

Doch mit der Wahrheit läßt sich für den braunen CDU/CSU-Laden wenig gewinnen.

So werden die „scheinbaren Verbesserungen", die „Reformpläne" der SPD bereits als „sozialistische Experimente" verketzert, vor denen die Kapitalisten angeblich so viel Schiß haben, daß sie lieber ihre Betriebe für Lehrlinge dicht machen. Und weil die CDU doch „per Du" mit den Kapitalisten ist und solche, „die Unternehmer nur provozierende Experimente" strikt ablehnt, wird halt alles wieder ins Lot kommen, wenn nur die CDU wieder an die Regierung kommt. Den Rattenfängern von der CDU ist wirklich keine Gelegenheit zu dumm, um sie auf die Mühlen ihres reaktionären Ladens zu spülen. ●

Chemie-Komitee,
KB/Gruppe Hamburg

OLDENBURG: Antifaschistische Äußerung mit Berufsverbot belegt

Am 6.3.74 wurde der Lehrer Hans-Joachim Müller, Kreisvorsitzender der DKP Oldenburg, aus dem Schuldienst entlassen. Damit ist er der erste Lehrer in Niedersachsen, der nach ca. 4-jähriger Beschäftigung als „Radikaler" aus dem Schuldienst gefeuert wurde. Das konkrete Vorgehen und die Argumentation der Behörde macht deutlich, daß man in Zukunft noch rigoroser gegen demokratisch und sozialistisch gesonnene Menschen vorgehen will:

Gegen Müller schwebt schon seit langem ein Untersuchungsverfahren. Hiergegen gab es zahlreiche Proteste nicht nur seitens der DKP, sondern erfreulicherweise auch von den betroffenen Eltern und den Kollegen der Hössen-Schule in Westerstede, einer Kreisstadt bei Oldenburg. Den Behörden gelang es allerdings, diese Proteste durch Verzögerungen u.ä. mehr und mehr einzuschläfern, um dann die Entlassung durchzuziehen, als viele Menschen meinten, die Sache sei jetzt gelaufen und es drohe keine Gefahr mehr. Das ist auch auf Illusionen zurückzuführen, der neue Verwaltungspräsident Milde als S o z i a l d e m o k r a t würde das Verfahren gegen Müller einstellen. Als Vorwand für den Rausschmiß diente eine Äußerung Müllers in der UZ, bei Solschenizyn & Co. handele es sich um „kriminelle Elemente".

Diese Äußerung dokumentiere - so die Behörde - daß Müller das „Recht der Andersdenkenden" nicht respektiere und damit also nicht „auf dem Boden des Grundgesetzes" stehe. Er wurde mit sofortiger Wirkung entlassen. Nachdem sich die Hössen-Schule seit Jahren um mehr Lehrer bemüht hatte, was immer mit der Begründung „kein Geld" abgewehrt wurde, wurden nun sofort z w e i neue Lehrer an die Schule abkommandiert. Es ist wohl auch kein Zufall, daß die Klasse von Müller ausgerechnet von einer Lehrerin übernommen wurde, die sich durch ihre reaktionäre Gesinnung in Empfehlung gebracht hat und in Westerstede durch Wahlaufrufe für die CDU bekannt ist. Selbst das Singen von „Baggerführer Willibald", einem fortschrittlichen Kinderlied, ist den Schülern an der Westersteder Grundschule jetzt verboten.

Dieses Vorgehen der Behörde zeigt, daß es ihr darum geht, jeden fortschrittlichen Ansatz bei Schülern und Eltern in Westerstede im Keim und nachhaltig zu zerstören. Das „Wohl der Kinder" ist diesen Herren völlig gleichgültig. Wenn es um die Unterdrückung und Raussäuberung fortschrittlicher Lehrer aus dem Schuldienst geht, wird nach dem Interesse der betroffenen Schüler und Eltern gar nicht gefragt.

Die Entlassung Müllers unter dem Vorwand, daß er die Herren Solschenizyn und Co. als „kriminelle Elemente" bezeichnet habe, macht noch einmal den Charakter der bürgerlichen Solschenizyn-Kampagne deutlich: sie dient dazu, dem verschärften Vorgehen gegen Kommunisten und Demokraten in der BRD die notwendige Unterstützung oder zumindest Billigung der Bevölkerung zu sichern. Hierbei muß man bedenken, daß es sich bei Solschenizyn, Sacharow & Co. um Faschisten handelt, die z.B. der chilenischen Junta sehr positiv gesonnen sind, dem sowjetischen Volk wieder den Zarismus herbeiwünschen und u.a. fordern, die „Vorbehalte" gegen die spanischen und griechischen Faschisten aufzugeben und stattdessen doch lieber die Sowjetunion zu bekämpfen. Daß Müller gegen diese Faschisten-Clique kritische Stellung bezog, genügte der Behörde als Vorwand für den Rausschmiß. Dies ist unseres Wissens der erste Fall, in dem eine einzige antifaschistische Meinungsäußerung als Begründung für ein Berufsverbot dient. Mit dieser Begründung, die eine weitestgehende Bescheidung der Presse- und Meinungsfreiheit darstellt, kann eine umfassende Säuberung des Staatsapparats durchgeführt werden. Denn letztlich kann mit der Begründung „Mißachtung des Rechts des Andersdenkenden" jeder aus dem öffentlichen Dienst entlassen werden, der einen Faschisten z.B. als Mörder bezeichnet (wie u.a. den chilenischen Arbeiterschlächter General Pinochet und den Schah von Persien, den Henkersknecht des US- und BRD-Imperialismus). ●

KB/Gruppe Oldenburg

3.4.74

Leserbrief

Folgendes Ereignis hat sich vor einigen Wochen zugetragen:

Mein Sohn, der z. Zt. in einem Heim außerhalb der Stadt lebt, besuchte mich am Wochenende. Weil er am Montag wieder zurückfahren wollte, schickte ich ihn zur U-Bahn, damit er sich nach den Abfahrzeiten der Busse erkundigen sollte. Er ist dann aber bis zum ZOB (Zentral-Omnibus-Bahnhof) gefahren und hatte dort Auskunft erhalten.

Am Fahrkartenschalter wurde der Junge von zwei Zivilbeamten angesprochen, die ihn fragten, was er dort zu suchen hätte, woraufhin er erklärte, daß er zurück ins Heim fahren und deshalb die Abfahrzeiten der Busse wissen wollte, und gab unseren Namen und Adresse an. Ohne weitere Fragen zu stellen oder Erklärungen abzugeben, brachten die Beamten meinen Sohn zur nächsten Revierwache.

Daraufhin bin ich benachrichtigt worden. Ich bat darum, den Jungen nach Hause zu schicken, da ja nun alles geklärt sei. Aber so einfach ging das denn wieder einmal nicht; nach einigem Hin und Her mußte ich ihn selbst von der Wache abholen. Und dort erwartete mich die nächste Überraschung: Man hatte den Jungen in eine Zelle eingesperrt! Er war natürlich tränenüberströmt und vollkommen verängstigt. Ich selbst war im Moment so verschreckt, daß ich nicht daran dachte, mich auch nur zu beschweren.

Allein die Tatsache, daß im Heim lebt, hat ausge... einen Kriminellen zu behandeln. Dieser Willkürakt ist wieder ein Beispiel für die verschärften Maßnahmen und den Ausbau des Polizeiapparates.

Eine mit Euch
sympathisierende Mutter

Aufrechter DKP Vertreter

GESCHÄFTSLEITUNG KAUFT DEN VORSITZENDEN DES VERTRAUENSLEUTEKÖRPERS BENZ MANNHEIM

Josef Jäger war DKP-Mitglied und Vorsitzender des Vertrauensleutekörpers bei Daimler-Benz Mannheim. Jäger ist jetzt aus der DKP ausgetreten, mit der Begründung, daß die DKP-Mitgliedschaft den „beruflichen Aufstieg" ausschließe. Jäger ist von der Benz-Geschäftsleitung als ihr Sekretär beim Gesamtbetriebsrat angestellt worden. Daraufhin hatte Jäger seine gewerkschaftlichen und Betriebsratsfunktionen niedergelegt.

Im September erklärte er auf einer Betriebsversammlung zu den Lohnforderungen der Kollegen: „Auf jeden Fall wird ein Abschluß angestrebt, der der Volkswirtschaft zuträglich und zumutbar ist und auch den Arbeitnehmern einen gerechten Anteil am Wirtschaftskuchen sichert". Was den Arbeitern zuträglich ist, davon ging dieser DKP-Vertreter nicht aus. Als die Kommunistische Volkszeitung diese Meinungen von



Die DKP schreibt in ihrer Benz-Betriebszeitung, „daß Josef Jäger in früheren Jahren aufrechter Vertreter der Arbeiter und Angestellten des Daimler-Benz-Konzerns war". Jäger war sicher ein aufrechter Vertreter der DKP-Politik. Aber ein „aufrechter Vertreter der Arbeiter"? Wie sah seine Politik im Auftrag der DKP aus?

Jäger war Mitglied der Tarifkommission. 1971 nahm während des Metallarbeiterstreiks in Baden-Württemberg die IG Metall-Tarifkommission den 7,5%-Beschluß an. Als die Mannheimer Streikleiter davon erfuhren, beschlossen sie empört einstimmig ein Telegramm an die Tarifkommission: Diese 7,5% müssen abgelehnt werden! Was scherte aber den DKP-Vertreter Jäger diese Ablehnung der Arbeiter? Er stimmte dem 7,5%-Beschluß zu. Seine Begründung: „Ich mußte am Ball bleiben". Das hatte ihm die DKP eingeschärft: Immer bei der SPD bleiben, nicht von der SPD und ihrer Profitsicherungspolitik abweichen. Der 8,5%-Abschluß von Anfang 1973 wurde von ihm auf Betriebsversammlungen mit keinem Wort kritisiert, obwohl dieser Abschluß für einen großen Teil der Metaller abgelehnt wurde. Im Gegenteil:

Jäger veröffentlichte, verteidigte die DKP in ihrem subventionierten Gratisblättchen „UZ" wütend ihren aufrechten DKP-Politiker.

Die Geschäftsleitung von Daimler-Benz wußte schon lange, was sie an diesem aufrechten DKP-Vertreter hatte. Sie fand, daß Koof-mich Jäger, der vorher so gut die Interessen der Arbeiter an die Kapitalisten verkauft hatte, als ihr Sekretär beim Gesamtbetriebsrat einen beruflichen Aufstieg verdient hatte. Die DKP forderte in einer Erklärung, daß „die Funktion eines angestellten Sekretärs ... durchaus im Rahmen eines Betriebsmandats und damit im Auftrag der Kollegen erfolgen könnte". Die DKP möchte also, daß der von der Geschäftsleitung gekaufte Jäger als von den Kollegen mitbestimmter Sekretär seine Dienste als Kapitalistenknecht verrichten soll. Das ist anerkannte DKP-Politik. Jäger, der „anerkannte Arbeiterführer bei Daimler-Benz", – so die DKP – beschloß seinen beruflichen Aufstieg auch ohne die DKP fortzusetzen: sein DKP-Nachfolger in den Gewerkschaftsämtern, Horst Germies, auch ein typischer DKP-Vertreter, schloß sich ihm an. ●

(aus „KVZ" Nr. 7/74 des KBW)

Wort kritisiert, obwohl dieser Abschluß für einen großen Teil der Metaller abgelehnt wurde. Im Gegenteil:
ter, schloß sich ihm an. ●
(aus „KVZ" Nr. 7/74 des KBW)

Kinder als Versuchskaninchen – 7 Tote!

Einen ungeheuerlichen Skandal enthüllte der New Yorker Abgeordnete Hevesi Ende März:

Amerikanische Ärzte haben 454 Babys als Versuchskaninchen benutzt. An ihnen sollte ausprobiert werden, wie sich Fettentzug auf das Wachstum auswirkt. So wurde ihnen Milch eingeflößt, der das Fett bis zum letzten Gramm entzogen war. Inzwischen sind bereits sieben Kinder an den Folgen des „medizinischen Experiments" gestorben, 25 weitere schweben in Lebensgefahr. Etliche andere Kinder bekamen Ausschläge und Infektionskrankheiten.

Bei den „Testpersonen" handelt es sich ausschließlich um Kinder der ärmsten Schichten – Arbeitslose, Hilfs- und Gelegenheitsarbeiter – vorwiegend Farbige aus den Slums New Yorks.

Den Müttern der Babys war ein Jahr lang kostenlos Milch versprochen worden, *„wenn sie ihre Kinder für einen harmlosen Test zur Verfügung stellen würden."*

Die am untersten Existenzminimum „lebenden" Familien nahmen dies „vielversprechende" Angebot dankbar an.

Über die Risiken des Experimentes wurden sie natürlich nicht informiert.

Dieser Fall menschenfeindlicher Experimente ist nicht der einzige. Wie die „Bild"-Zeitung vom 26. März 1974 meldete, haben Ärzte in einer New Yorker Sonderschule geistig behinderte Kinder mit Gelbsuchtviren infiziert. Es wurden dann neue Medikamente an den Kindern ausprobiert, die die eingespritzten Viren bekämpfen sollen. *„Die ‚Impfung' war freiwillig, doch Eltern, die sich sträubten, wurde gedroht, ihr Kind werde von der Schule verwiesen. In einem anderen Fall wurden 22 Patienten in einem Krankenhaus im New Yorker Stadtteil Brooklyn Krebszellen (!) eingeimpft."* („Bild", 26.3.74)

Diese drei Fälle, bei denen Kinder Opfer der Profitinteressen der Pharmazeutischen Kapitalisten wurden, reihen sich ein in eine lange Kette scheußlichster kapitalistischer „Forschungen". So berichtete der „Spiegel" Ende 1970 von Tests an Häftlingen in amerikanischen Gefängnissen. *„Im Zuchthaus von Atlanta ließen sich Gefangene freiwillig für ein – vom Pentagon finanziertes – Forschungsprogramm mit Malaria-Erregern verseuchen. Monatelang erleiden die Häftlinge Fieberanfälle, Schüttelfrost und Kopfschmerzen ...*

Im „Ohio State Penitentiary" ließen sich Häftlinge lebende Krebszellen einspritzen, im „Cook County Jail" wurde Freiwilligen Blut von Patienten übertragen, die an Leukämie erkrankt waren ... In Tallahassee ließen Wissenschaftler Sträflinge DDT schlucken, um die Wirkung des Unkraut-Vernichtungsmittels auf den Menschen zu erforschen ..." (Spiegel 48/70).

Amerikanische Mediziner und Behörden beriefen sich bei diesen „Experimenten" immer auf die sogenannte „Freiwilligkeit" der Häftlinge. Nun ist es mit dieser „Freiwilligkeit" nicht weit her, denn unter den psychologischen Zwängen im Knast, Abkapselung, Ängste, Brutalität der Wärter ist die Zustimmung zu solchen Experimenten nicht schwer zu bekommen. Besonders wenn für die Häftlinge endlich einmal die Möglichkeit besteht, in besseren Krankenhausabteilungen zu liegen, mehr Kontakte zu anderen Menschen und nicht zuletzt gute Beurteilungen, die für Haftzeitermäßigung von Ausschlag sind, zu bekommen. (Wie hoch die Zahl derjenigen Häftlinge ist, die unter den psychologischen Zwängen im Gefängnis kaputt gehen, zeigen die stetig steigenden Zahlen von Selbstverstümmelungen und Selbstmordversuchen.)

So drückte ein US-Mediziner das aus, was die Pharma-Kapitalisten als „kostensparend" entdeckt hatten: *„Die Häftlinge sind gutes Experimentier-Material, und viel billiger als Schimpansen."* (lt. Spiegel)

Die moralische Empörung der bürgerlichen Presse über diese „Fehlgriffe" des US-Gesundheitswesens landen allemal bei der Konsequenz, wie in der BRD Gesetze zu erlassen, die es der Pharma-Industrie untersagen, Versuche mit neu entwickelten Medikamenten an Menschen vorzunehmen. Ist dies die Lösung?

Zwar sind über Experimente der Pharma-Industrie an Menschen in der BRD wirklich in den letzten Jahren kaum Informationen bekannt geworden, dafür aber reichlich über Medikamente, die ungeprüft auf den Medikamentenmarkt flossen, wo die Bevölkerung also gleich in großem Maßstab zu Experimentierzwecken herangezogen wurde. Hier sei nur unter anderem an das Schlafmittel „Contergan" erinnert. Bekanntlich führten die Schlaftabletten bei etlichen tausend neugeborenen Kindern zu körperlichen Verstümmelungen. Der besondere Zynismus bestand darin, daß die Tabletten für schwangere Frauen äußerst gefährlich waren, die „Contergan"-Werbung allerdings das Präparat besonders „für schwangere Frauen" empfahl.

Die Wirksamkeit bzw. die Unschädlichkeit von Medikamenten unterliegt auch in der BRD praktisch keiner Kontrolle. Laut Gesetz wird lediglich verlangt, daß der Hersteller die von ihm in den Handel gebrachte Arzneispezialität „nach dem jeweiligen Stand der wissenschaftlichen Erkenntnis ausreichend und sorgfältig geprüft hat."

Diese Prüfung erfolgt durch den Hersteller selbst!!! Er leitet seine Ergebnisse an das Bundesgesundheitsamt weiter, das Bundesgesundheitsamt „prüft" seine Untersuchungen. „Prüft"? Bei ca. 1.700 Eintragungswünschen der Industrie jährlich sind nur 6 Apotheker als Prüfer angestellt!!

Nicht zu Unrecht kursiert unter Pharmazeuten das Witzwort, die Kontrolleure könnten die angelieferten Gutachten bestenfalls auf Rechtschreibfehler durchlesen. (nach: Gesundheitswesen im Klassenkampf)

Die Wurzel aller Übel im Gesundheitswesen im Kapitalismus, sowohl die ungeheuerlichen „Experimente" an Kindern in den USA, als auch die Tatsache, daß jederzeit Medikamente auf den Markt kommen, die völlig unzureichenden Prüfungen auf Wirksamkeit und Unschädlichkeit unterliegen, wie in der BRD, sind in der Tatsache begründet, daß die Pharmazeutische Industrie nicht für gesunde Menschen bezahlt wird, sondern an der Krankheit der Werktätigen ihr Geschäft macht. Nicht Hilfe - sondern Profit bestimmen das Gesundheitswesen im Kapitalismus! ●

Leitung des Chemie-Bereichs, KB-Gruppe Hamburg

INHALT Seite Seite

Die große Absahne der Ölkonzerne

Die „Ölkrise" hat sich schon jetzt für die Ölkonzerne bezahlt gemacht, was zugleich die Wirksamkeit und Funktion des von den arabischen Partnern des Imperialismus (Saudi-Arabien, Kuweit etc.) verhängten „Ölboykott" verdeutlicht.

Laut Meldung der „Süddeutschen Zeitung" vom 19.2.74 haben die zehn größten Ölkonzerne 1973 rund 7,8 Mrd. Dollar Profit gemacht – das sind 51% mehr als 1972. Die „Frankfurter Allgemeine" vom 12.2.74 schrieb: *„Den amerikanischen Ölgesellschaften ist die ‚Energie-Krise' bisher nicht schlecht bekommen. Ihre Gewinne sind im letzten Quartal des vergangenen Jahres nach Ausbruch des Nahost-Konflikts um 61% auf ein seit zwanzig Jahren nicht mehr erreichtes Niveau gestiegen. Sie sind jedoch nur die erste Abschlagszahlung (!) auf die Ernte (!!), zu der ihnen das Kartell der Ölländer durch drastische Preissteigerungen, Boykotts und Embargos verholfen (!!!) hat."*

Am besten abgeschnitten hat offenbar die Exxon (Esso), deren Profitsteigerung von 1972 auf 1973 mit 86% angegeben wird („FAZ", 12.2.74). Schlecht im Rennen liegt dagegen die Shell mit einer Gewinnsteigerung von „nur" 28%. (Die Shell hatte z.B. in der westdeutschen Presse eine Anzeigen-Kampagne geführt, um sich gegen die „unsachlichen Angriffe" auf die Ölkonzerne zu verteidigen. Immerhin ist eine Gewinnsteigerung von 28% aber auch kein Pappenstiel.)

Die hier genannten Gewinnsteigerungen geben übrigens die wirklichen Zugewinne der Ölkonzerne nur sehr schwach wieder. Klarer wird das Bild, wenn man die tatsächlichen Reingewinne der Konzerne (nach Steuern) vergleicht, obwohl auch die „Reingewinne" natürlich frisiert sind! Die ‚Welt' vom 1.12.73 erwähnte z. B., die BP habe einen Reingewinn von 187,2 Mio. Pfund in den ersten neun Monaten von 1973 gemacht; das bedeutet gegenüber der Vergleichszeit des Vorjahres eine Steigerung um sage und schreibe 428 % !! Aus der Bilanz der Hamburger Esso AG ergibt sich immerhin eine Steigerung des Gewinns nach Steuern um 200 % !

Entlarvt ist jetzt auch eindeutig die Lüge der Ölkonzerne, sie hätten ihren Gewinnzuwachs in den ersten neun Monaten von 1973 erzielt, also vor der Ölkrise, während sie an der Ölkrise nicht besonders verdient hätten. Aus Unterlagen der ARAMCO gegenüber einem US-Senatsausschuß geht hervor, daß die US-Ölkonzerne in 1973 pro Barrel Öl durchschnittlich 1,21 Dollar Gewinn hatten (aufs Jahr berechnet), im ersten Vierteljahr 1974 jedoch 4,50 Dollar, was eindeutig zeigt, zu welch enormen Preissteigerungen die „Ölkrise" von den Konzernen benutzt wird. (Meldung der „Frankfurter Rundschau" vom 1.4.73; Anteilseigner der ARAMCO sind Exxon, Texaco, Standard Oil Cal. zu je 30 % und Mobil Oil zu 10 %).

Profit, mehr Profit – das ist die Freiheit, die die Kapitalisten meinen. Der Sozialismus wird solchem Treiben auf dem Rücken der arbeitenden Menschen einen Riegel vorschieben. ●

INHALT